

# Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

## Inhalt

Kriegsschulden-Moratorium . . . . .	1057	Mageres Ergebnis der Internationalen Arbeitskonferenz . . . . .	1055
<i>Dr. Alfred Marcus</i> , Eine neue Platin- Konvention . . . . .	1059	S. Bleichröder — Gebr. Arnhold . . . . .	1053
* * *, Kalenderreform — zwölf oder dreizehn Monate? . . . . .	1042	Präsident Reich verteidigt sich . . . . .	1054
<i>Dr. Walter Flemmig</i> , Die Zukunft der Internationalen Rohstahlgemeinschaft	1045	Die führerlose Credit-Anstalt . . . . .	1054
Glossen		Die Schwierigkeiten der Amstelbank . . . . .	1055
Hart an der Deckungsgrenze . . . . .	1048	—	
Die Reichsbank am Ultimo . . . . .	1048	Duisburg und der Kampf gegen Ford . . . . .	1055
Eine Fehlkonstruktion im Reichsbank- gesetz? . . . . .	1049	Personalialia . . . . .	1056
Die Riesenverluste des Nordwolle-Konzern	1050	Bilanzen (Porzellanfabrik Kahla) . . . . .	1056
Neue Erfolge der Deutschen Luft Hansa . . . . .	1050	Literatur . . . . .	1057
Der Status von Schlubach, Thiemer & Co. . . . .	1051	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Waren- märkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, London, New York)	1059
Die abgeänderte Schantung-Bilanz . . . . .	1051	Statistik (Die Reichsfinanzen im April / Reichseinnahmen im Mai / Berliner Börsenkurse / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Reichsbank-Ausweis / Ausweise der Privatnotenbanken) . . . . .	1065
Staatliche Handelsmonopole zur Trust- Bekämpfung? . . . . .	1052		

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRlich 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131



# DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Akt.-Kap 60 Millionen Reichsmark

Reserven 60 Millionen Reichsmark

Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands

Korrespondenten an allen wichtigen Plätzen der Welt

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

# Süddeutsche Bodencreditbank

München, Ludwigstraße 9-10

Einladung zur Zeichnung

auf

**GM. 3 000 000.—**

unserer

**7% igen Goldplandbriefe** Reihe XVII u. XVIII  
mündelsicher in Bayern und Hessen  
mit Januar/Jul-Zinsen

Gesamtkündigung bis 1. Oktober 1936  
bzw. 1. Januar 1937 ausgeschlossen

zum Vorzugskurse von 98<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%

(Börsennotiz 97%)

Stücke zu

GM. 100.-, 200.-, 500.-, 1000.-, 2000.- und 5000.-

Zeichnungen können bei uns direkt, sowie bei sämtlichen Banken, Bankiers, Giro- und Sparkassen erfolgen in der Zeit

vom 25. Juni bis 15. Juli 1931.

München, den 24. Juni 1931.

Süddeutsche Bodencreditbank

Seit 1701 Gottesberger Brauhaus

Unser Spezialprodukt

# Gottesberger Pilsner

wird von keinem fremdländischen Erzeugnis übertroffen!

Über 105 Millionen Mark ausgezahlt!

Diese Summe ersetzen wir unseren Versicherten allein im Jahre 1930 für entstandene Schäden.

Wenn Sie etwas zu versichern haben, wenden Sie sich vertrauensvoll an unsere Mitarbeiter, die Ihnen gern kostenlos Auskunft erteilen.



ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN  
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

ALLIANZ UND STUTTGARTER  
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

## Kriegsschulden-Moratorium

*Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover, die Kriegsschuldzahlungen ein Jahr lang auszusetzen, hat in der ganzen Welt einen starken Widerhall gefunden. Während die reinen Schuldnerländer Hoovers Vorschlag sofort angenommen haben, sind bei den anderen beteiligten Staaten erhebliche Bedenken aufgetaucht, insbesondere bei Frankreich. Obwohl es ursprünglich hieß, daß Hoovers Plan nur im ganzen angenommen werden könne, wird jetzt zwischen der amerikanischen und der französischen Regierung über einen Gegenvorschlag Frankreichs verhandelt, der eine wesentliche Abänderung des ursprünglichen amerikanischen Plans bedeuten würde. Selbst wenn der Vorschlag Hoovers von allen Beteiligten angenommen werden sollte, darf man nicht mit einer raschen fühlbaren Entlastung der deutschen Finanzen rechnen.*

Der Vorschlag des Präsidenten Hoover, die Kriegsschuldzahlungen für ein Jahr auszusetzen, hat in der ganzen Welt ein gewaltiges Echo gefunden. Vor allem in Deutschland hat Hoovers Botschaft geradezu Wunder gewirkt. Während noch vor einigen Wochen eifrig darüber diskutiert wurde, wie man den ungünstigen Eindruck eines deutschen Moratoriumsgesuchs auf Grund der Bestimmungen des Young-Plans nach Möglichkeit mildern könne, hat Hoover das Problem von der andern Seite angepackt: Nicht Deutschland sucht um Zahlungsaufschub nach — die Reparationsgläubiger stunden von sich aus. Nicht Deutschland allein erhält eine Atempause — von Amerika, dem Gläubiger aller Gläubigerländer ausgehend, wird ein Moratorium aller für alle erlassen. Es ist ein kühner Schritt, zu dem sich der Präsident der Vereinigten Staaten entschlossen hat, bedeutet er doch trotz aller Verkläuserungen zugleich das Eingeständnis, daß Amerika in der Reparationsfrage nicht länger völlig in seiner splendid isolation zu verharren vermag.

Die psychologische Wirkung, die Hoovers Vorschlag ausgelöst hat, war, wie schon gesagt, in Deutschland besonders stark. Hier stand wirklich alles auf des Messers Schneide. Wie sehr sich die Situation zugespitzt hatte, zeigten die katastrophalen Vorgänge auf dem Devisenmarkt. Der letzte Reichsbank-Ausweis läßt erkennen, wie weit der jetzt abgestoppte Devisen-Run die Notenbank geschwächt hat, wie schwer die kreditpolitischen Eingriffe hätten werden müssen, wenn nicht plötzlich ein Umschwung eingetreten wäre. Über diese sofortige Erleichterung, welche allein durch die Bekanntgabe von Hoovers Schritt eingetreten ist, darf die Frage nicht vergessen werden, welche praktischen Folgen für Deutschland eintreten, wenn der Vorschlag des Präsidenten „von den wichtigeren Gläubigerstaaten“ angenommen wird.

Da die Kriegsschuldzahlungen nach der Erklärung Hoovers nur für ein Jahr ausgesetzt werden sollen,

und zwar für das am 1. Juli beginnende Etatsjahr der Vereinigten Staaten, würde die Ersparnis für Deutschland höchstens 1,5 Milliarden RM betragen. Der Dienst der Dawes-Anleihe und der Young-Anleihe kann nicht eingestellt werden, ebenso wahrscheinlich nicht die Zahlungen aus dem belgischen Markabkommen. Soweit die Gläubigerstaaten von Deutschland nicht mehr empfangen, als sie selbst an andere Länder auf Grund der interalliierten Kriegsschuldenabkommen zu zahlen haben, werden sie dem Hooverschen Plan keine Schwierigkeiten bereiten; sie verlieren dabei nichts. Anders liegen die Dinge bei den Ländern, die von Deutschland mehr empfangen als sie selbst zur Abdeckung ihrer ausländischen Kriegsschulden verwenden müssen. In erster Linie handelt es sich dabei um Frankreich, das über 400 Mill. RM mehr erhält, als es zur Deckung seiner Kriegsschuld an England und die Vereinigten Staaten abführen muß. Auch im Etat Belgiens spielen die deutschen Zahlungen, die über die eigenen belgischen Verpflichtungen hinausgehen (rd. 90 Mill. RM), eine erhebliche Rolle. Der Widerstand gegen Hoovers Vorschlag geht deshalb hauptsächlich von diesen Ländern aus.

Neben den Barzahlungen würde auch ein Teil der Sachlieferungen — nämlich soweit sie nicht durch Verträge festgelegt sind — für ein Jahr in Fortfall kommen. Dieser Ausfall der Sachlieferungen kann sich auf verschiedene Weise auswirken. Reparationsexporte können sich in freie Exporte verwandeln, sie können aber auch auf dem Inlandsmarkt erscheinen. Dort fänden sie eine Aufnahmemöglichkeit z. B. dadurch, daß im Fall einer Aussetzung der deutschen Reparationszahlungen auch die Reichsbahn von ihrer Aufbringungsverpflichtung in Höhe von 660 Mill. RM jährlich befreit würde. Dadurch würde die Bahn in die Lage versetzt, mit größeren Aufträgen den Ausfall von Sachlieferungen wenigstens teilweise auszugleichen. Vollständig übersehen läßt sich jedenfalls noch nicht, zu wel-



chen Konsequenzen der Fortfall der Sachlieferungen für die deutsche Wirtschaft führen würde.

Der Gedanke liegt nahe, daß man die Ersparnisse im Etat, die durch die Annahme des Hooverschen Vorschlags eintreten würden, zu Milderungen der so hart umstrittenen Notverordnung verwenden könnte. Es wäre indes ein verhängnisvoller Irrtum, vor dem nicht eindringlich genug gewarnt werden kann, wenn man annähme, daß der Gesamtertrag aus den durch die Notverordnung neu geschaffenen Steuern ausreichen werde, um die Etats von Reich, Ländern und Gemeinden auszugleichen. Zunächst halten wir es nicht für sicher, daß die Steuern und anderen Maßnahmen der Notverordnung den vom Reichsfinanzministerium geschätzten Betrag erbringen werden. Aber selbst wenn die Schätzung auch zutreffen sollte, so bleiben noch genug Fehlbeträge an anderen Stellen. Es ist vielleicht nicht allzu pessimistisch, wenn wir sagen: möglicherweise erspart uns die Suspendierung der Reparationszahlungen für ein Jahr lediglich eine weitere Notverordnung.

Zunächst scheint es, daß die Freudenhauser auf den Effektenmärkten etwas verfrüht war. Die Börse hat auch bereits die ersten Übertreibungen ein wenig korrigiert. Man sollte sich überhaupt davor hüten, Hoovers Schritt als ein so bedeutendes Ereignis anzusehen wie etwa die Kanonade von Valmy. Von hier und heute geht kaum eine neue Epoche der Reparationsgeschichte aus. Wir haben schon zu viele solcher Episoden erlebt. Bisher steht noch nicht einmal das von Hoover vorgeschlagene Reparationsfreijahr selbst fest, von den Schlußfolgerungen auf die weitere Entwicklung der Kriegsschuldenfrage ganz zu schweigen, die man mancherorts daran knüpft.

Der Hauptgegner Hoovers ist, wie gesagt, Frankreich; Frankreich soll den größten Verzicht aussprechen — von den Vereinigten Staaten natürlich abgesehen. Allerdings ist England gleichfalls betroffen, nachdem es mit schönem Opfersinn auch seinen Dominions einen einjährigen Zahlungsaufschub zugebilligt hat. Die Antwort, die aus Paris nach Washington gesandt wurde, ist, während diese Zeilen in Druck gehen, noch nicht bekannt. Aber man weiß, daß Frankreich keine glatte Zustimmung erteilt hat, sondern einen Gegenvorschlag macht. Er soll, so heißt es, darauf hinauslaufen, daß für den ungeschützten Teil der Reparationen kein Aufschub gewährt wird, allerdings soll Deutschland diesen Teil auch nicht zahlen, er soll ihm vielmehr als Anleihe belassen werden. Frankreich geht es natürlich auch darum, dem ungeschützten Teil der Reparationen, wenn er schon nicht den Gläubigerländern zufließt, wenigstens seinen Charakter, eben den

Charakter als „ungeschützten“ Teil, zu erhalten. Hoover aber muß in dem französischen Gegenvorschlag den Versuch erblicken, seinen Zahlungsaufschub, der nichts als ein Zahlungsaufschub, eine Notstandsmaßnahme zu Gunsten aller sein soll, mit dem Young-Plan zu verquicken. Nichts scheut die amerikanische Regierung mehr. „Unsere Regierung hat sich nicht an der Auferlegung der Reparationen beteiligt, noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäußert.“ Immer wieder wird das im Weißen Haus betont. Die Reparationsfrage sei ein rein europäisches Problem, mit dem Amerika nichts zu tun habe. Aber Amerika wolle von seinen Schuldnern nicht mehr herausholen, als sie zahlen können. „Wir werden dadurch nicht in die Diskussion rein europäischer Probleme, zu denen die Reparationsfrage gehört, hineingezogen.“ Man verbleibt noch gern in der splendid isolation.

Wenn man die Haltung der angelsächsischen Presse verfolgt, gewinnt man den Eindruck, daß die Aktion Hoovers ungenügend vorbereitet war. Es kann aber auch sein, daß man in Washington selbst fast bis zum letzten Augenblick geschwankt hat, ob man mit dem Reparationsfreijahr jetzt hervortreten oder einen anderen Zeitpunkt abwarten solle. Namentlich über die Aufnahme in Frankreich bestanden Zweifel, die besser vorher geklärt worden wären. Bis zum 1. Juli hofft Hoover die Annahme seines Vorschlages erreichen zu können. Er müsse im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden, hieß es zuerst. Schon haben aber die Verhandlungen begonnen, um die französischen Wünsche mit der amerikanischen Scheu vor dem Young-Plan zu versöhnen. Wird Hoovers Vorschlag scheitern, wird er bis zur Bedeutungslosigkeit abgeändert werden? Das hieß vielleicht, Amerika auf Jahre hinaus von jedem neuen Versuch abschrecken. Die Verhandlungen zwischen Paris und Washington sind schwierig. Sollte man es nicht zwischen Paris und Berlin direkt versuchen?

Am Dienstag Abend hat Reichskanzler Brüning unerwartet eine große politische Rede am Rundfunk gehalten. Er hat vor der breitesten Öffentlichkeit seine Bereitschaft zu neuen Verständigungen kundgegeben und ein „französisches Chequers“, eine Zusammenkunft der führenden Politiker Deutschlands und Frankreichs vorgeschlagen. Macdonald und Henderson werden in wenigen Wochen den Besuch, den ihnen der deutsche Reichskanzler und der deutsche Außenminister kürzlich machten, in Berlin erwidern — ein sicheres Zeichen, daß Besprechungen, wie die von Chequers, auch dann von großer Bedeutung sind, wenn ihnen Taten nicht unmittelbar auf dem Fuße folgen.

# Eine neue Platin-Konvention

Von Dr. Alfred Marcus

*Vor dem Kriege war Rußland der weitaus wichtigste Platinproduzent der Welt; es umfaßte über 90 % der gesamten Welterzeugung. Diese Vormachtstellung hat Rußland nach dem Krieg eingebüßt — eigenartigerweise nicht dadurch, daß es durch Produktionsstätten mit niedrigeren Gestehungskosten aus dem Markt verdrängt wurde, sondern dadurch, daß ein internationales Verkaufssyndikat den Platinpreis künstlich hochschraubte und dadurch die Produktion in anderen Gebieten anregte. Der Anteil der Russen sank infolgedessen auf 42 %. Kürzlich haben sich jedoch sämtliche bedeutenden Platinproduzenten zu einer Konvention zusammengeschlossen, und die Preise, die vorübergehend tief gesunken waren, haben sich von neuem stark erhöht.*

Die Entwicklungen, die sich während der letzten Jahre auf dem internationalen Platinmarkt vollzogen haben, können deshalb einen besonderen Grad von Interesse für sich beanspruchen, weil sich in ihnen die Außenhandelspolitik und die Weltmarktpolitik der Russen recht klar widerspiegelt. Rußland hat vor dem Kriege den Platinmarkt im wesentlichen beherrscht. Die unten stehende Tabelle über die Entwicklung der Weltproduktion mag dies veranschaulichen:

Die Übersicht zeigt, wie stark sich, was die russische Position anbelangt, die Verhältnisse in den Nachkriegsjahren gegenüber der Vorkriegszeit gewandelt haben. Es sind vor allem zwei Produzentengruppen von Bedeutung neu entstanden, die in Südafrika und Kanada. Davon abgesehen, ist die Produktion in Columbien sehr stark entwickelt worden. Dies alles geschah auf Kosten der russischen Position. Diese hat sich, wenn man den prozentualen Anteil Rußlands an der Platinweltproduktion betrachtet, sehr stark verschlechtert, und wenn es auch seit 1923 gelungen ist, den russischen Anteil langsam wieder zu erhöhen, so kann es doch wohl als völlig ausgeschlossen gelten, daß die Russen jemals wieder das Platineschäft zu über 90 % beherrschen werden.

Begünstigt wurde die zeitweise fast völlige Herausdrängung der Russen aus dem internationalen Geschäft durch die ungewöhnliche Überhöhung der Platinpreise, die bis um die Mitte des vergangenen Jahrzehnts auf dem Markt zu verzeichnen war. Diese Preisüberhöhung führte dazu, daß insbesondere in Columbien die Produktion vervielfacht wurde, daß Südafrika mit einem viel größeren Anreiz, als er früher jemals vorhanden gewesen wäre, an die Aufsuchung und Aufschließung von Platinerzlagern heranging und daß schließlich die metallurgische Industrie aller Länder die größten Anstrengungen machte, Verfahren zu finden, die es ermöglichen, die in manchen Schwermetallerzen

enthaltenen sehr geringen Beimengungen von Platin auf rentable Weise zu gewinnen. Hier lag für die internationale Metallurgie eine sehr lohnende Aufgabe, in die auch Geld hineingesteckt werden konnte; das wird ohne weiteres verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Unze Platin im Jahre 1900 in New York etwa 18 \$ gekostet hat, im Jahre 1908 rd. 16,30 \$, im Jahre 1930 44,88 \$, im Jahre 1920 aber 111 \$ und im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1926 etwa 115 \$. Derartige Preise konnten natürlich auch die Entwicklung solcher Vorkommen sehr stark anregen, die an sich teuer arbeiten, wie die in Columbien und in Südafrika.

Als die russische Wirtschaft wieder einigermaßen übersichtlich geworden war, ging man natürlich auch an die Wiederherstellung der Platinbetriebe und an den Versuch, russisches Platin auf dem Weltmarkt zu vertreiben. Der Verkaufsapparat, der den Russen hier zur Verfügung stand, war zunächst noch ungefähr der gleiche, wie in der Vorkriegszeit; es bestand nämlich für den Vertrieb des Platins ein internationales Syndikat, in dem die englische Firma Johnson, Matthey & Co., die amerikanische Firma Baker, die französische Firma Marret, Bonnin & Cie. und die bekannte deutsche Schmelze Heraeus in Hanau die Führung hatten. Dieses Syndikat bestimmte den Verkaufspreis für Platin nach der jeweiligen Marktlage. Es war hierin, wie die oben angegebenen Preise zeigen, nicht gerade engherzig. Hatten die Russen in den Jahren, in denen sie ihr Platin durch das Syndikat vertrieben, einen nominellen Gestehungspreis von 45 \$ je Unze (in Wirklichkeit ist natürlich die Frage russischer Gestehungspreise ein Problem für sich, auf das auch in diesem Zusammenhange noch weiter unten einzugehen sein wird), so hatte Columbien mit Unkosten von etwa 65 \$ je Unze zu rechnen. Das Syndikat hielt aber den Platinpreis auf einem Stande, der beinahe doppelt so hoch wie die columbischen Gestehungskosten war, und diese Preistaktik be-

(Unzen)	1910	1911	1912	1913	1925	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Rußland .....	176 334	187 008	177 596	157 735	37 393	56 879	94 799	92 692	100 000	78 925	99 667	120 000
Columbien .....	10 000	12 000	12 000	15 000	42 283	56 357	56 000	55 000	55 000	53 531	45 577	33 000
Kanada .....	—	—	—	—	9 000	9 186	8 692	9 471	11 217	10 452	12 839	40 000
USA .....	390	628	721	485	609	315	380	360	153	528	797	—
Transvaal .....	—	—	—	—	—	—	—	8 000	10 431	17 828	23 017	15 000
Australien .....	352	470	610	422	—	—	—	—	666	354	—	—
zusammen	187 056	200 116	190 927	173 600	89 285	122 739	159 871	165 523	177 514	161 728	181 897	206 000
Rußland .....	94,2	93,5	93,0	91,4	41,7	46,3	59,3	56	56	49	55	60

hagte den Russen auf die Dauer nicht. Sie gingen nämlich davon aus, daß sie ihre alte Weltmarktsposition nur dann würden wieder erobern können, wenn die Platinpreise sich erheblich senkten. Auf der einen Seite gedachte man hiermit den Konsum zu heben, auf der anderen Seite verfolgte man aber auch die Absicht, die in der Entstehung befindliche Transvaal-Produktion und die teuer arbeitende Produktion Columbiens wieder aus dem Markt zu drängen. Die Russen kündigten jedenfalls im Jahre 1926 ihre Verkaufsverträge mit dem Syndikat, und damit begann eine neue Ära für die internationale Platinwirtschaft.

Diese neue Ära prägte sich vor allem darin aus, daß der Platinpreis sehr stark nachgab. Das ging so weit, daß bis zum Frühjahr 1931 eine Platinotierung von etwa 23 \$ in New York erreicht war, Platin demnach kaum noch teurer war als Gold. Die Preise der letzten Vorkriegsjahre waren also bereits unterschritten, und es schien, als ob man sich dem bisher niedrigsten Preis, der überhaupt jemals für das Metall festgestellt worden ist, dem oben erwähnten vom Jahre 1908, wieder näherte. Nun gab hierzu nicht nur die Tatsache Anlaß, daß die Russen aus den angedeuteten Gründen den Versuch machten, die Preise zu „werfen“. Auch die allgemeine Wirtschaftslage trug dazu bei, den Platinpreis stärker absinken zu lassen, als man auch auf russischer Seite beabsichtigt hatte. Die Verwendung des Metalls in der Schmuckwarenindustrie (insbesondere in der Industrie der Vereinigten Staaten) verminderte sich seit etwa 1929 aus allgemeinerwirtschaftlichen Gründen immer mehr. Dagegen aber ist auch auf dem Platinmarkt die Hausseperiode zum Ausgangspunkt von Ersatzbestrebungen auf industriellen Verwendungsgebieten geworden, ähnlich wie wir dies in den letzten Jahren beim Zinn gesehen haben. Man hat in vielen Fällen Ersatz zu schaffen vermocht. Die hervorragende Beständigkeit des Platins gegen bestimmte chemische Einflüsse konnte man in gewissem Umfang auch bei Silizium-Eisen-Legierungen und einigen Spezialstählen erreichen. Die Hitzebeständigkeit des Platins wurde bei Nickelchrom-Legierungen erzielt. Als Heizelement im elektrischen Ofen haben sich ebenfalls Nickelchrom-Legierungen als Ersatz für Platin bewährt. Für elektrische Kontakte werden Wolfram und Wolfram-Legierungen verwendet. Auch im Laboratoriumsgebrauch und in der Glühlampenindustrie konnte vielfach Ersatz für die Verwendung des Platins geschaffen werden. Hier vollzog sich also eine Einengung der Absatzmöglichkeiten, deren erneute Ausweitung von den Russen weltwirtschaftlich gesehen mit Recht angestrebt worden ist, und auch zu einem gewissen Teile wieder erreicht werden konnte, wobei man freilich das einmal eingeleitete Abgleiten des Preisniveaus nicht mehr zu zügeln vermochte, als die Entwicklung auch vom russischen Standpunkt aus weit genug fortgeschritten zu sein schien. Die Russen hatten sich bei der Einleitung ihrer Kampagne gedacht,

daß ein Preisniveau von ungefähr 55—60 \$ je Unze ihren Bedürfnissen Genüge leisten, den Columbiern und Südafrikanern aber bereits Schwierigkeiten machen werde, und diese Kalkulation war auch nicht falsch. Die eingangs wiedergegebene Übersicht zeigt, wie stark bereits sowohl die columbische als auch die südafrikanische Produktion zurückzugehen begann, als im Jahre 1929 ein Platinpreis von 55—60 \$ erreicht war.

Aber die russische Berechnung enthielt doch einen Fehler, der freilich auf dem Eintritt eines nicht vorauszusehenden Ereignisses beruhte. Es handelte sich darum, daß Kanada mit unerwartet großen Platinmengen auf dem Weltmarkt erschien, mit Mengen, die sich von 1925—1930 mehr als vervierfacht haben. Die kanadische Produktion beruht auf einem metallurgischen Fortschritt. Die Kupfer-Nickelerze der International Nickel Co. of Canada enthalten Beimengungen von Platin, die man früher nicht gewann, weil ein entsprechendes Verfahren nicht zur Verfügung stand. Angeregt durch die überhöhten Platinpreise aus der Zeit des Syndikats haben aber die Kanadier ein solches Verfahren entwickelt und zu einer ungeahnten Höhe gebracht. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß es sich bei dem Platin kanadischer Herkunft um ein Nebenprodukt handelt. Es ist nicht, wie das russische, das columbische und das südafrikanische Platin, aus Platinsanden oder Platinerzen gewonnen, sondern entfällt bei der Gewinnung anderer Schwermetalle, wie etwa ein großer Teil der Silberproduktion bei der Bleigewinnung. Als Nebenprodukt hat das kanadische Platin aber auch keinen eigentlichen Gestehungspreis, der vom Erz oder vom Sand ausgehend bis zum raffinierten Metall berechnet werden könnte. Die platinhaltigen Rückstände aus den Hütten der International Nickel Co. of Canada kosten praktisch nichts. Nur ihre Aufbereitung und die Raffinierung des gewonnenen Rohplatins verursachen Unkosten, aber es fällt hier die Vorbelastung durch die Erzförderung und Erz-scheidung, wie sie in den andern Ländern entsteht, völlig fort. Die Frage der kanadischen Gestehungskosten für Platin muß von den Wettbewerbern dieser Gruppe auch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß die ganzen Kosten des Prozesses von dem Nickel-Trust ohne Schwierigkeiten in die Kosten seiner Metallgewinnung mit einkalkuliert werden können, daß sich also praktisch für diesen der Erlös aus dem Platingeschäft darstellt als ein Abzug von den Unkosten seiner sonstigen Metallgewinnung. Wenn also die Russen auch auf Grund der besonderen Konstruktion des russischen Wirtschaftsapparates bei der Berechnung ihrer Gestehungskosten für Platin in der Praxis Maßstäbe anlegen können, die man auf vielen Gebieten der Wirtschaft oft mit der Bezeichnung „Dumping“ zu charakterisieren pflegt (deren Berechtigung soll hier nicht diskutiert werden), so sind sie doch in Kanada auf einen Konkurrenten gestoßen, den — wenn man so will — sein Platin ebenfalls „nichts“

kostet, der also den Kampf mit den Russen aus einer wesentlich günstigeren Position heraus aufnehmen konnte als die anderen im internationalen Wettbewerb stehenden Gruppen. Seine Krönung hat der Kampf der Kanadier auf dem Platinmarkt aber erst zu Beginn dieses Jahres in der Fertigstellung der riesenhaften Edelmetallraffinerie von Acton bei London gefunden, die formell der mit den Kanadiern in engster Freundschaft arbeitenden Mond-Nickel Co. gehört. Nach der Inbetriebsetzung dieser Raffinerie, die wirklich mit den „raffiniertesten“ metallurgischen Methoden arbeitet und nach den vorliegenden Nachrichten die Unze Platin zu einem Preise von etwa 10 sh zu raffinieren vermag, mußten die Russen einsehen, daß hier ein Konkurrent entstanden war, mit dem eine Verständigung dringend geboten erschien, wenn nicht die Preise ins Bodenlose absinken sollten. Hieran hatten natürlich auch die Russen kein Interesse. Denn die erhoffte starke Belebung des russischen Absatzes seit der Auflösung des Syndikats ist aus den oben erwähnten all-gemeinwirtschaftlichen Gründen nur in verhältnismäßig geringem Grade Tatsache geworden, und zur Zeit jedenfalls ist der Wert des russischen Platin-exports sicherlich niedriger als etwa in den Jahren 1926 und 1927; dementsprechend ist auch der Erlös an fremden Devisen zurückgegangen, Daneben fungiert ein gewisser Platinbestand als Währungsdeckung der russischen Staatsbank. Auch die Entwertung dieses Bestandes liegt nicht im russischen Interesse.

Zu diesen Erkenntnissen ist man freilich auf russischer Seite erst verhältnismäßig spät gekommen. Ende 1929, als Kanada auf eine Platinproduktion gelangt war, die ungefähr 15 % der russischen betrug, hat der verstorbene Lord Melchett den Versuch gemacht, die Russen im Zuge der seinerzeitigen russisch-englischen Wirtschaftsverhandlungen auch zu einer Verständigung über den Platinmarkt zu bewegen. Sie fühlten sich aber damals noch stark genug, um abzulehnen. Ende 1930 zeigte sich, daß die kanadische Produktion auf 30 % der russischen angewachsen war, obwohl auch diese sich um 20 000 Unzen erhöht hatte. Die Verhandlungen kamen erneut in Gang, schleppten sich allerdings noch bis in den Juni 1931 hin, ehe sie zu einem Resultat führten. Man hat auf kanadischer Seite während dieser Verhandlungszeit den Beweis erbracht, daß man mit jedem russischen Preise zu konkurrieren vermag; außerdem aber wurden die Absatzverhältnisse während der Verhandlungszeit so schlecht, daß die russischen Hoffnungen auf eine mengenmäßige Absatzsteigerung bei noch niedrigeren Preisen mehr und mehr zusammenschumpften.

In dieser Situation kam endlich eine *Einigung* zustande, über deren Einzelheiten strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Sicher ist lediglich die Tatsache, daß der Platinpreis zunächst von rund

23 \$ je Unze zunächst auf 28 \$ und wenige Tage später auf 39 \$ erhöht worden ist. Dabei sind die Abgaben an die Verbraucherschaft offenbar rationiert worden. Sonst wäre die verhältnismäßig lebhaftere Nachfrage, die schon zu Anfang Mai durch die internationale Schmuckwarenindustrie einsetzte, bei den damals herrschenden weltwirtschaftlichen Aussichten kaum zu erklären gewesen. Angaben darüber, ob und in welcher Weise die Märkte aufgeteilt worden sind, waren nicht zu erhalten. Geht man von den Verhältnissen des Jahres 1930 aus, so entfällt auf Rußland ein Produktionsanteil von 60 %, auf Kanada ein solcher von ungefähr 20 %, auf Columbien von 15 % und auf Südafrika von rund 5 %. Die eigentliche englische Gruppe — Kanada und Transvaal — hätte also einen Gesamtanteil von rund 25 % gehabt. Es ist nun mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß dieser Anteil sich im Rahmen der neuen Vereinbarungen auf Kosten der Russen erhöht hat. Aber genaue Angaben fehlen auch hierüber. — Man wird erst an den Produktionsergebnissen des Jahres 1931 oder doch seiner zweiten Hälfte erkennen können, was in dieser Beziehung vereinbart worden ist.

Die Preispolitik, welche die neue Konvention befolgen wird, liegt ebenfalls noch im Dunkeln. Wir haben oben bereits bemerkt, daß die Russen ursprünglich einen Preis von etwa 55—60 \$ angestrebt haben. Das wären ungefähr 12 £ je Unze. Hiervon ist man noch ziemlich weit entfernt. Aber auf der andern Seite ist die Platingewinnung in Rußland im Laufe der letzten Jahre so weit elektrifiziert und mechanisiert worden, daß die Russen wohl auch mit einer niedrigeren Preisgrenze zufrieden sein werden als die oben angegebene. Die Mechanisierung der russischen Platingewinnung hat vor allem auch die Folge gehabt, daß der Abbau von platinarmen Sanden und sogenannten Seifen lohnt. Die elektrisch betriebenen Bagger mit einem Fassungsvermögen von  $11\frac{1}{2}$ — $13\frac{1}{2}$  Kubikfuß können eine Jahresförderung von 30—40 Millionen Kubikfuß bewältigen. Hierbei rentiert sogar die Ausbeutung von solchen Seifen, die auf die Tonne Sand überhaupt nur  $\frac{1}{6000}$  Unze Platin führen. Die gegenwärtig abgebauten Vorkommen enthalten aber ungefähr  $\frac{1}{2000}$  Unze Platin. Da diese Anlagen seit einigen Jahren gut funktionieren, wird man russischerseits heute keinen entscheidenden Wert mehr auf eine Preisgrenze legen, die man sich auf Grund der Produktionsverhältnisse mit unmodern gewordenen Anlagen errechnet hatte. Wir können also vorläufig wohl mit einer gewissen Stabilität des Preises auf einer Basis von etwa 8 £ rechnen, aber selbstverständlich würde die Platinkonvention ebenso wie alle andern Organisationen dieser Art jede Gelegenheit benutzen, um mit den Preisen weiter in die Höhe zu gehen, wenn die Marktverhältnisse es gestatten. Gegenwärtig sind die Aussichten hierfür allerdings gering.

# Kalenderreform — 12 oder 13 Monate?

Von \* \* \*

*Der Völkerbund hat sich in den letzten Jahren intensiv mit dem Problem einer Kalenderreform befaßt. Zwei Gruppen von Vorschlägen stehen in engerer Wahl, ein Zwölfmonats- und ein Dreizehnmonats-Plan. Wegen seiner engeren Anlehnung an die bisherige Zeitrechnung und wegen der Möglichkeit, die Rechnung in Quartalen zu je drei Monaten beizubehalten, wird der Zwölfmonats-Plan von vielen Seiten bevorzugt. Für den Dreizehnmonats-Plan spricht die größere Gleichförmigkeit seines Aufbaus; bei ihm sind sämtliche Monate gleich lang; sie bestehen aus genau vier Wochen. Unabhängig von der Gesamtreform des Kalenders wird die Frage einer Fixierung der beweglichen religiösen Feste (Ostern und Pfingsten) behandelt.*

Durch zwei große kosmische Rhythmen wird das Leben des Menschen bestimmt: durch den Wechsel der Jahreszeiten und den Wechsel von Tag und Nacht, mit andern Worten: durch die Bewegung der Erde um die Sonne und durch die Drehung der Erde um die eigene Achse. Beide Rhythmen aber stimmen nicht miteinander überein. Die Bewegung der Erde um die Sonne ist kein vielfaches Ganzes ihrer Drehung um sich selbst; Tag und Nacht wechseln vielmehr 365,24222 mal so schnell wie die einzelnen Jahre. Vielfache Komplikationen sind daraus entstanden, daß dieses Verhältnis rechnerisch so schwer zu erfassen ist. Setzt man das Jahr einfach mit 365 Tagen an, ohne die Dezimalstellen zu berücksichtigen, so tritt nach wenigen Jahrhunderten eine merkbare Verschiebung der Jahreszeiten ein. Man kann jedoch leicht ausrechnen, daß der dadurch entstehende Fehler in praktisch hinreichendem Maße ausgeglichen wird, wenn man alle vier Jahre einen zusätzlichen Tag einfügt und alle hundert Jahre diesen „Schalttag“ ausfallen läßt.

Auf diesem Prinzip beruht bekanntlich der gregorianische Kalender, der gegenwärtig in den wichtigsten Ländern der Welt gilt. Aber mit dem Problem, wie die 365 Tage des Normaljahres ihrerseits in Monate und Wochen zusammenzufassen sind, wurde dieser Kalender nicht recht fertig. Das Jahr zerfällt nach ihm in zwölf Monate, von denen in unregelmäßiger Reihenfolge vier Monate 30 Tage, sieben 31 Tage und einer nur 28 Tage lang sind; außerdem hat er den Rhythmus der siebentägigen Woche keineswegs sinnvoll einzuordnen verstanden.

Eine Verbesserung des gregorianischen Kalenders, eine gleichmäßigere Unterteilung des Jahres in Monate und Wochen, gehört zu jenen Aufgaben, deren Lösung durch die Existenz einer internationalen Organisation wie derjenigen des Völkerbundes außerordentlich erleichtert wird. Es ist nicht denkbar, daß ein einzelner Staat, der weltwirtschaftlich mit anderen Ländern verflochten ist, für sich eine Kalenderreform durchführen könnte, zumal auch Rußland, Bulgarien, Griechenland, Rumänien und Jugoslawien (wo während der letzten Jahrhunderte der julianische Kalender galt) vor einigen Jahren zum gregorianischen Kalender übergegangen sind. Wohl aber ist es möglich, daß die wichtigsten Staaten gemeinsam und im gleichen Zeitpunkt eine Ka-

lenderreform durchführen. Tatsächlich hat der Völkerbund bereits seit vielen Jahren wichtige Vorarbeiten für die Lösung dieser Frage geleistet. Ein besonderer Ausschuß hat die verschiedenen Vorschläge, die teilweise bereits vor Jahrhunderten ausgearbeitet wurden, geprüft, hat sich mit den Organisationen, die in einzelnen Ländern — teils zur Untersuchung, teils zur Propaganda einzelner Kalenderreform-Pläne — bestehen, in Verbindung gesetzt und Rundfragen bei den Regierungen, bei Wirtschaftskreisen usw. veranstaltet. Ein umfangreiches Material ist so bei ihm zusammengefloßen, und im Oktober dieses Jahres soll eine Weltkonferenz für die Kalenderreform in Genf zusammentreten. Obwohl man dieser Herbsttagung mit einer gewissen Skepsis entgegensetzen muß — denn vorläufig scheint die Überzeugung, daß eine Kalenderreform von großem praktischem Wert ist, noch nicht weit verbreitet zu sein —, sollen die Hauptprobleme der verschiedenen Vorschläge kurz erörtert werden.

Alle Reformvorschläge, die überhaupt diskutabel sind, können in zwei große Gruppen zusammengefaßt werden: Die einen schlagen eine Einteilung des Jahres in zwölf Monate, die anderen eine Einteilung in dreizehn Monate vor. Bei dem Zwölfmonats-Kalender „Plan B“ ist eine Einteilung des Jahres in vier Quartale zu je drei Monaten vorgesehen; zwei dieser Monate haben 30 Tage, einer 31 Tage. Jedes Quartal beginnt mit dem gleichen Wochentag. Das Jahr besteht aus 364 benannten Tagen; außerdem wird ein *Blanko-Tag* mit dem Namen „Jahrestag“ (am Schluß oder am Anfang des Jahres) eingefügt; er erhält keine Wochentagsbezeichnung. Auch der *Schalttag*, der alle vier Jahre (in die Mitte des Jahres, zwischen den sechsten und den siebenten Monat) einzusetzen ist, soll außerhalb der Wochentagsordnung stehen.

Lehnt sich dieser Vorschlag noch einigermaßen eng an die bisherige Gliederung des Jahres an, so bringt der „Plan C“ eine weit größere Umwälzung. Er sieht vor, daß die 364 Tage in dreizehn Monate zu je 28 Tagen zusammengelegt werden, so daß jeder Monat vier Wochen zu sieben Tagen umfaßt. Bei diesem Vorschlag beginnt nicht nur jedes Quartal, sondern sogar jeder Monat mit demselben Wochentag; der 1. eines jeden Monats ist z. B. ein Sonntag. Auch nach diesem Vorschlag sind ein „Jahrestag“, als 365. Tag



zwischen Dezember und Januar, und ein „Schalttag“ hinter den sechsten Monat (also nicht in die Mitte des Jahres!) einzusetzen.

Beide Vorschläge lassen die Einteilung des Jahres in 52 Wochen zu je sieben Tagen bestehen. Offenbar würde der Plan, die Ordnung der *Wochen* abuschaffen, kaum eine Aussicht auf baldige Verwirklichung haben; allzustark stehen religiöse und dogmatische Bedenken einer solchen Reform entgegen. Hier tritt deutlich ein seltsames Phänomen zu Tage: Die für alle rechnerischen Zwecke so außerordentlich unbequeme Primzahl Sieben ist — nach aller Wahrscheinlichkeit — gerade deshalb zur „heiligen“ Zahl und auf diesem Wege zur Grundzahl für die Zählung der Wochentage erhoben worden, weil sie sich von den anderen Zahlen als etwas Besonderes abhebt. Sieht man von der Drei, die wegen ihres niedrigen Wertes für die meisten Einteilungen nicht in Frage kommt, ab, so sind Fünf und Sieben die niedrigsten Primzahlen; die Fünf aber ist aus einem anderen Grund — nämlich wegen der Zahl der menschlichen Finger, der primitivsten Rechenmaschine — eine allzu bekannte Recheneinheit, als daß man sie hätte „heilig sprechen“ können. Unser ganzes Dezimal- und Positionszahlensystem beruht ja eben auf der Zahl der menschlichen Finger — obwohl die Zehn (nach der u. a. die Tage des Monats gezählt werden) keineswegs eine ideale Recheneinheit darstellt. Denn die nur um zwei „Punkte“ größere Zwölf bietet wegen ihrer Teilbarkeit durch 2, 3 und 4 gegenüber der Zehn wesentliche Vorzüge, und eben darauf beruht auch ihre Verwendung bei der bisherigen Zeitrechnung (12 Monate,  $2 \times 12$  Stunden,  $5 \times 12$  Minuten und  $5 \times 12$  Sekunden).

Wenn auch sowohl Plan B wie Plan C die Gliederung des Jahres in 52 Wochen bestehen lassen, so bringen sie doch beide zugleich eine gewisse Durchbrechung der siebentägigen Woche, indem sie den Jahrestag und den Schalttag einführen, die beide keinen Wochentagsnamen erhalten sollen. Mit dieser Regelung haben sich denn auch orthodoxe Kreise bisher nicht befreunden können; Katholiken und Protestanten, vor allem aber die Juden sträuben sich dagegen, den seit der Schöpfung regelmäßig ablaufenden Rhythmus der sieben Tage durchbrechen zu lassen. Wichtiger aber als diese und andere grundsätzliche Bedenken (die zudem gegen beide in engerer Wahl stehenden Pläne gelten) sind uns in diesem Zusammenhang die *wirtschaftlichen* Vorzüge und Nachteile der einzelnen Vorschläge.

Plan C bietet zunächst den wichtigen Vorteil, daß alle Monate gleich lang sind und dieselbe Zahl von Sonntagen (nämlich vier) enthalten. Damit kann manche Rechnung in Fortfall kommen, die bisher zum Vergleich statistischer Zahlen notwendig ist: die Umrechnung von Monatszahlen auf Arbeits- oder auf Kalendertage. Häufig müssen bisher Zahlen des Außenhandels, der Produktion (Eisen, Kohle, Elektrizität, Kupfer usw.), der Konkurse, des Güter- und Personenverkehrs usw. korrigiert werden, ehe sie von Monat zu Monat vergleichbar werden. ganz zu

schweigen von den zahlreichen Fällen, in denen an den privaten Statistiken der verschiedensten Betriebe Umrechnungen vorgenommen werden müssen. Da außerdem jeder Monat genau vier Wochen umfaßt, sind Vergleiche zwischen Wochen- und Monatszahlen bei dem Plan C außerordentlich vereinfacht.

Alle diese Vorteile werden von dem Zwölfmonats-Plan nicht in einer annähernd entsprechenden Weise gewährt. Nach diesem Vorschlag ist dieselbe Einheitlichkeit, die bei Plan C für den *Monat* gegeben ist, nur für das *Quartal* vorhanden: Jedes *Quartal* beginnt mit demselben Wochentag, jedes *Quartal* hat die gleiche Anzahl von Wochen (nämlich 13) und die gleiche Zahl von Tagen (nämlich 91); die Monate unter sich sind jedoch recht unterschieden. Denn ein Monat in jedem Quartal (praktisch wird es wohl sein, hierzu den letzten Monat eines jeden Vierteljahrs zu wählen) umfaßt nicht 30, sondern 31 Tage, und nicht 4, sondern 5 Sonntage.

Dieser Unterschied gegenüber dem Plan C stellt aber nicht nur einen Nachteil, sondern zugleich einen wesentlichen Vorteil des Planes B dar. Die Gleichförmigkeit der einzelnen Monate muß nämlich nach Plan C durch einen *Verzicht* auf die Quartaleinteilung erkauft werden. Die 13 Monate, in die sich das Jahr nach diesem Plan gliedern soll, sind auf keine Weise direkt zu gleichgroßen Quartalen zusammenzufassen; es bleibt lediglich die Möglichkeit, Vierteljahre zu bilden, die sich mit den Monaten überschneiden, indem sie jeweils  $3\frac{1}{4}$  Monate (13 Wochen) umfassen. So konzentriert sich das Problem, welcher Plan den Vorzug verdient, auf die Frage, was wichtiger ist: eine Gleichförmigkeit der Monate oder der Quartale — denn beides läßt sich gleichzeitig nicht erreichen.

Die Beantwortung dieser Frage wird im Mittelpunkt aller künftigen Verhandlungen und Überlegungen stehen. Man muß hauptsächlich unter zwei Gesichtspunkten an sie herangehen: unter dem rein statistischen und dem zahlungstechnischen Gesichtspunkt. Vom Standpunkt der *Statistik* aus dürfte der Plan C, der gleichgroße und gleichgestaltete *Monate* vorsieht, zu bevorzugen sein. Denn fast alle statistischen Erhebungen, die bisher durchgeführt wurden, sind auf das Jahr, den Monat oder die Woche, nicht aber auf das Quartal eingestellt. In manchen Fällen sind zwar Statistiken vorübergehend vierteljährlich zusammengestellt worden, doch stellte dies meist nur eine Übergangsmaßnahme bei der Umstellung von einer jährlichen zu einer monatlichen Erhebung dar. Je mehr die statistischen Erhebungen ausgebaut und die Untersuchungsmethoden verfeinert werden, um so notwendiger ist eine Gleichförmigkeit der Monate. Doch muß darauf hingewiesen werden, daß auch die Einführung des Planes B einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem Gregorianischen Kalender darstellen würde. Der Unterschied zwischen dem Januar und Februar der bisherigen Rechnung beträgt z. B. rund 10%; nach Plan B kann diese Differenz nur 3,3% betragen, und die Zahl der Werkzeuge ist nach ihm sogar in jedem Monat gleich groß.

Immerhin dürfte der Dreizehmonats-Plan unter statistischen Gesichtspunkten den Vorzug verdienen. Zu einem anderen Urteil könnte man hingegen gelangen, wenn man die beiden Pläne vom Standpunkt des *Zahlungsverkehrs* aus betrachtet. Eine ganze Reihe von *Zahlungen* findet üblicherweise am *Quartalsultimo* statt: Mieten, Zinsen, Versicherungsprämien, Renten, teilweise auch Gehälter werden häufig vierteljährlich berechnet und vierteljährlich gezahlt. Vor dem Krieg fanden derart viele Geldumsätze am Ende eines jeden Quartals statt, daß die entsprechende Steigerung des Zahlungsmittelumschlages und die entsprechende Anspannung des Geldmarkts eine regelmäßige — und wegen ihrer Regelmäßigkeit ungefährliche — Erscheinung darstellten. In den letzten Jahren waren zwar die Anspannungen am Quartalsende nicht mehr ganz so deutlich ausgeprägt; doch darf man daraus nicht ohne weiteres auf einen Wandel der Zahlungssitten schließen: zweifellos finden vielmehr auch heute noch viele wichtige Umsätze am Quartalsultimo statt, und für diese Zahlungen würde der Dreizehmonats-Kalender eine Erschwerung, nicht aber eine Vereinfachung bringen.

Demgegenüber ist der Nachteil, der bei einer Durchführung des Planes B für die *Monatszahlungen* entsteht, von geringerer Bedeutung. Der Zahl und dem Betrage nach spielen zwar die Umsätze am Monatsultimo eine weit größere Rolle als die Zahlungen am Ende eines Quartals; aber sie können in Zukunft ebenso geleistet werden wie bisher; denn Monate — von nur ein wenig verschiedener Länge — sollen auch nach Plan B tatsächlich bestehen, während die Quartalsenden nach Plan C nicht mehr mit den Monatsenden zusammenfallen, wodurch rechnerisch eine Komplizierung entsteht. Bei diesem Problem der Quartalsrechnung tritt der Nachteil in Erscheinung, der sich aus der ungeraden Monatszahl dreizehn bei dem Vorschlag C ergibt. Plan B teilt das Jahr in zwölf Monate zu durchschnittlich  $4\frac{1}{2}$  Wochen ein, Plan C in dreizehn Monate zu je genau 4 Wochen; mit einer ungeraden Zahl — der Monate im Jahr oder der Wochen im Monat — wird man sich also abfinden müssen.

Plan B hält sich viel stärker als Plan C an die bisherige Jahreseinteilung; er bedeutet einen weit geringeren Bruch mit der Vergangenheit, einen leichteren Übergang, eine bessere Vergleichbarkeit der neuen Zahlen gegenüber den nach der bisherigen Methode berechneten. Aber sollte dieser Gesichtspunkt entscheidend sein? Gilt demgegenüber nicht vielmehr der Satz, daß man — wenn man schon eine Kalenderreform durchführt, was immerhin nur in vielen Jahrhunderten einmal geschehen kann — vor einem gewissen Radikalismus nicht zurückschrecken sollte? Wichtiger als dieser Einwand scheint uns die *Kostenfrage* zu sein. Mannigfache Rechenoperationen, die beim Zwölfmonats-Jahr zwölfmal jährlich vorzunehmen sind — Zinsberechnungen, Kontenabschlüsse, Statistiken aller Art —, wären im Fall einer Verwirklichung des Planes C dreizehmal in

jedem Jahr durchzuführen. Das bedeutet sicherlich eine große Belastung, die nicht aus ökonomischen, sondern lediglich aus rechnerischen Gründen notwendig wird.

Plan B und C bringen ein „unveränderliches“ Jahr, d. h. jedes Datum fällt in jedem Jahr auf den gleichen Wochentag. Beide Pläne enthalten auch als stillschweigende Voraussetzung eine *Fixierung der beweglichen religiösen Feste*, Ostern und Pfingsten. Auf welchen Monat diese Feste gelegt werden, an welche Stelle der Jahrestag und der Schalttag einzuordnen sind und ob diese Tage den Charakter nationaler Feiertage (Volkstrauertag?) erhalten, all dies sind Fragen sekundärer Bedeutung, die hinter die Hauptfrage: zwölf Monate oder dreizehn? weit zurücktreten müssen.

Vorläufig dreht sich die Diskussion nicht einmal um diese Hauptfrage, sondern um ein noch *davor* liegendes Problem, nämlich um die Zweifel, ob überhaupt eine Kalenderreform wünschenswert sei. Sehr ernsthafte Hemmungen machen sich in dieser Hinsicht geltend, vor allem die Hemmung der *Tradition*. Die Einsicht, daß auch der Gregorianische Kalender relativ neuzeitlich ist — er wurde erst 1582 geschaffen — und daß die Mängel seiner Gestalt größtenteils auf den zufälligen Selbstverherrlichungsdrang römischer Cäsaren zurückgeht, kann bei vielen Menschen nicht das Gefühl besiegen, daß ihnen dieser alte Kalender lieb und wert geworden ist. Soweit es sich dabei lediglich um eine Frage der Vitalität handelt, ist eine Diskussion unmöglich; über ein Temperament läßt sich nicht streiten. Manchmal aber handelt es sich um eine ganz simple *Inkonsequenz*, mit deren Aufdeckung der Widerstand gegen eine radikale Reform zusammenstürzen würde; dann nämlich, wenn die Verfechter des Planes B in überstarker Leidenschaft den Plan C verwerfen, weil bei ihm jeder Monat mit dem gleichen Wochentag beginnt und dadurch „eine entsetzliche Eintönigkeit“ entsteht und der Kalender auf einen unerträglichen „Tiefpunkt der Unveränderlichkeit und der geistlosen Routine“ gebracht würde, so daß sich „die verdummende Wirkung andauernder Gleichförmigkeit“ auswirken muß<sup>1)</sup>. Im Munde eines Gegners jeglicher Reform wären solche Worte immerhin verständlich; aus der Feder einer Reformerin aber können sie schwerlich ernst genommen werden.

Die Reform des Gregorianischen Kalenders liegt jetzt in der Hand des Völkerbundes. Es hieße das vielseitige Problem künstlich vereinfachen, wollte man sich im voraus auf einen der beiden Pläne, um die jetzt gekämpft wird, festlegen. Beim Völkerbund sind die verschiedenen Gutachten aus aller Herren Länder zusammengefloßen; sie nehmen zu den einzelnen Vorschlägen in sehr unterschiedlicher Weise Stellung. Eine Reform, die nur international gleichmäßig durchgeführt werden kann, muß sich in ihrer

<sup>1)</sup> Elisabeth Achelis: *Der Weltkalender*. Verlag The World Calendar Association, New York. S. 17/18. — Die Literatur über die Kalenderreform — meist Broschüren, Streitschriften und Gutachten — ist zu mannigfaltig, als daß sie hier aufgeführt werden könnte. Instrukтив sind die kurzen Publikationen des Deutschen Studienkomitees für die Kalenderreform, das organisatorisch mit dem Institut für Konjunkturforschung verbunden ist.

Ausgestaltung nach den Interessen *aller* Länder richten. Die Vereinigten Staaten beispielsweise haben deutlich den Zwölfmonats-Plan abgelehnt, zumal zahlreiche amerikanische Betriebe für ihre internen Rechnungen bereits das Dreizehmonats-Jahr eingeführt haben (was übrigens auch für viele Betriebe Englands gilt - Eisenbahnen). In Deutschland hat sich hingegen die Mehrzahl der befragten Unternehmungen und Organisationen für den Plan B ausgesprochen; doch ist es zweifelhaft, ob sich nicht eine

Mehrheit für das Dreizehmonats-Jahr ergeben würde, wenn man die einzelnen Stimmen nach ihrer Bedeutung gewichten könnte. Der Völkerbund, der den Interessenausgleich und die letzte Klärung aller Fragen vornehmen soll, hat gewiß keine leichte Aufgabe; es ist zu hoffen, daß seine schwerfällige und durch politische Gesichtspunkte notwendigerweise gehemmte Organisation kein Hindernis, sondern eine wesentliche Erleichterung für eine rasche Lösung dieses Problems bedeuten wird.

## Die Zukunft der Internationalen Rohstahlgemeinschaft

Von Dr. Walter Flemmig

*Wie viele andere Syndikate ist auch die Internationale Rohstahlgemeinschaft durch die Wirtschaftsdepression stark beeinträchtigt worden; zahlreiche Erzeuger halten sich nicht mehr an die vereinbarten Preise. Besonders Belgien, das etwa vier Fünftel seiner Rohstahlproduktion exportiert, hat unter dem Druck sinkender Preise den Weltmarkt stark „gestört“. Bei der geplanten Neuerrichtung des Kartells soll die Beteiligung für den Inlands- und den Auslandsabsatz getrennt werden, d. h., es sollen alle Mitglieder der IRG jene Vergünstigung erhalten, die Deutschland nach vielen Bemühungen bereits vor längerer Zeit für sich durchsetzen konnte. Die Aussicht, daß das Kartell in festerer Form wieder errichtet werden kann, ist dadurch erheblich gestiegen.*

Es ist eine alte Erfahrung, die schon in den meisten Industriezweigen und Ländern gemacht werden konnte, daß die Kartelle in der Krisenzeit auseinandergehen. Mit der Beschränkung der Konkurrenz werden die Mitglieder leichter einverstanden sein, wenn die Absatzlage gut ist. Man braucht sich dann über die Konkurrenz von Außenseitern nicht besonders aufzuregen. Dies Bild ändert sich aber in Zeiten zurückgehenden Wirtschaftsverlaufes. Wenn es auch anfangs noch möglich ist, durch konkurrenzbeschränkende Maßnahmen Gewinnschmälerungen bzw. Verluste zu verringern, so kommt doch regelmäßig der Zeitpunkt, wo sich eine starke Unzufriedenheit mit dem Funktionieren des Kartells bei den Mitgliedern einstellt. Sind diese Erscheinungen schon bei nationalen Kartellen zu beobachten, so müssen sie sich bei internationalen Vereinbarungen um so stärker zeigen, weil der innere Aufbau der einzelnen Teilnehmer außerordentlich verschieden ist, und zwar sowohl hinsichtlich der Gestehungskosten und in Verbindung damit der für zweckmäßig gehaltenen Preispolitik, wie auch mit Rücksicht auf die anteilige Bedeutung des Inlands- und Auslandsabsatzes. Bei der *Internationalen Rohstahl-Gemeinschaft (IRG)* kam noch hinzu, daß lediglich die deutsche Gruppe in nationalen Verbänden straff organisiert ist, während die anderen Ländergruppen mangels fehlender Verbände dauernd eine Gefährdung ihrer Vorschläge durch Außenseiter befürchten müssen.

Überblickt man die Entwicklung seit dem Herbst 1926, so ist festzustellen, daß die IRG kaum zu einer Zeit einen nennenswerten Einfluß auf die Weltmärkte

ausüben konnte. Der im vorigen Jahr unternommene Versuch der Gründung einiger Verkaufsverbände scheiterte, und so führte die Entwicklung auf dem Welteisenmarkt allmählich zu den trostlosen Verhältnissen, die wir seit Monaten haben. Die fob-Antwerpen-Preise für Stabeisen, die sich Anfang 1926 auf etwa 106,50 RM und Ende September 1926 (bei der Gründung der IRG) auf etwa 110 RM belaufen hatten, unterschritten bereits Ende Januar 1927 die 100 RM-Grenze, die erst Ende Januar 1928 wieder überschritten wurde. Bis Mitte 1929 folgte eine Preissteigerung, bei der Notierungen zwischen 120 und 125 RM in Geltung waren. Im Herbst 1929 wurde dann ein scharfer Rückgang der Ausführpreise verzeichnet, der zu dem Versuch führte, durch Verkaufsverbände für die wichtigsten Stahlerzeugnisse (Stabeisen, Halbzeug, Träger) Mindestverkaufspreise festzusetzen. Die Weltmarktpreise blieben deshalb auch im ersten Halbjahr 1930 unverändert auf dem Satz von 105 bis 107,50 RM. An dieses Eingreifen knüpfte man damals große Hoffnungen; aber der Mangel an Zusammenarbeit ließ in der zweiten Hälfte 1930 die Preise erheblich stürzen, eine Entwicklung, die sich in der Folgezeit immer weiter nach unten fortsetzte, so daß Mitte Juni 1931 der Stabeisenpreis in Brüssel mit 69 RM notiert wurde (gegenüber einem Friedenspreis von 115 RM am 1. 5. 1915).

Daß gerade die *belgische* Eisenindustrie der Hauptstörenfried der internationalen Abmachungen war, ist leicht zu verstehen; denn der erhebliche Rückgang des Ausfuhrgeschäfts mußte sich bei der belgischen Eisenindustrie besonders unangenehm fühlbar machen.

weil etwa 80 % der belgischen Erzeugung ausgeführt werden. Allerdings dürfte man inzwischen auch auf belgischer Seite erkannt haben, daß die seit dem Herbst vorigen Jahres erzielten Preise selbst bei voller Beschäftigung der einzelnen Unternehmungen *Verlustgeschäfte* sind. Da man bei den belgischen Werken die durchschnittlichen Selbstkosten für Stabeisen mit etwa 95 bis 100 RM ansetzen kann und in Belgien eine nennenswerte Differenz zwischen Inlands- und Ausfuhrpreisen nicht besteht, kann man die Verluste der Belgier, die sie im letzten Jahr bei den jeweils geltenden Ausfuhrpreisen (85 RM Mitte September, 97 RM Mitte November 1930, 75 RM März 1931, 69 RM im Juni 1931) erlitten haben, unschwer errechnen. Äußerlich trat dies insofern in Erscheinung, als mehrere belgische Werke die Erzeugung einstellen mußten und andere sich vom Ausfuhrmarkt zurückzogen oder zusammengeschlossen haben. Auch die *französischen* Werke sind in ähnlicher Lage, obwohl ihnen bei der Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreisen für etwa 60 % der Erzeugung im höheren Inlandspreis ein gewisser Ausgleich zur Verfügung steht. Die Lage bei den westlichen Eisendländern zeigt übrigens auch, daß man für die Beurteilung der innerdeutschen Eisenpreispolitik nicht etwa die Notierungen der Brüsseler Eisenbörse heranziehen kann, da hier schon seit langem völlig anormale Verhältnisse herrschen. Trotzdem hat die deutsche Eisenindustrie die inländischen Walzstahlgrundpreise — entgegen der ständigen Steigerung der Selbstkosten — allmählich so gesenkt, daß diese durchweg unter den Preisen liegen, die bei der Gründung des Syndikats im Jahre 1925 festgelegt worden waren.

Die Entwicklung der IRG ist besonders von den deutschen Werken bedauert worden, weil gerade sie dem Aufbau der internationalen Gemeinschaft beträchtliche Opfer gebracht hatten. Nach dem anfangs bestehenden System stand die deutsche Quote nicht im richtigen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit, so daß für Überschreitungen hohe Strafzahlungen geleistet werden mußten, die zum großen Teil der französischen Eisenindustrie zugeflossen sind. Die Möglichkeit einer gerechten Aufteilung für Deutschland ist nur dann gegeben, wenn auch die infolge der Reparationsverpflichtungen notwendige größere Exporttätigkeit Berücksichtigung findet.

Wie soll nun der künftige Vertrag der IRG gestaltet werden? Die deutsche Gruppe will die künftigen Vereinbarungen so gestaltet wissen, daß nicht eine einzige Gruppe die Hauptlast trägt und daß die IRG Wege findet, die Erzeugung mit der Aufnahmefähigkeit der Märkte in Einklang zu bringen. Besonders die Aufteilung der Quoten wird schwierig sein, da der Konjunkturverlauf in den einzelnen Staaten ungewöhnliche Abweichungen aufwies. Sieht man sich die Erzeugung und Quotenfestsetzung der einzelnen Partner an, so muß man daraus für die neue IRG die Folgerung ziehen, das Prinzip der *Leistungsfähigkeit* bei der Quotenverteilung stärker als bisher zur Geltung kommen zu lassen:

### Erzeugung und Quoten von Rohstahl

(1000 t)	Deutschland	Frankreich	Belgien	Luxemburg	Saargebiet
1. Vierteljahr 1929					
Quote .....	3161	2283	846	608	423
Erzeugung .....	4056	2389	1008	641	523
1. Vierteljahr 1931					
Quote .....	2892	1980	753	527	417
Erzeugung .....	2349	2161	721	505	448

In den ersten drei Monaten des Jahres 1931 blieb die Erzeugung in Deutschland stets hinter dem Monats-Soll zurück, während Frankreich sein Tonnageprogramm überschreiten konnte. Wenn sich auch die Weltwirtschaftskrise bei der Rohstahlerzeugung fast aller Staaten bemerkbar macht, so ist doch das Bild bei den einzelnen Ländern nicht einheitlich. Am günstigsten schneidet bei einer Gegenüberstellung der einzelnen Staaten Frankreich ab:

### Rohstahlerzeugung

(1000 t)	1. Quartal 1929	1. Quartal 1930	1. Quartal 1931	Rückgang (1931 geg. 1929)
Deutschland .....	4055	3655	2349	42,3 %
Frankreich .....	2389	2588	2158	10 %
Belgien .....	1008	1120	741	25 %
Luxemburg .....	641	656	505	21 %

Während Deutschland Mitte 1929 fast ebensoviel Rohstahl erzeugte wie alle anderen IRG-Partner zusammen und fast doppelt soviel wie Frankreich, lag es im zweiten Vierteljahr 1931 unter der Rohstahlerzeugung Frankreichs. Diesen Tatsachen gegenüber können die Klagen der französischen Eisenindustrie über eine von Tag zu Tag sich verschärfende französische Wirtschaftskrise nicht überzeugen.

Will man in der gegenwärtigen Zeit bei der IRG Wege finden, die die Rohstahlerzeugung mit der Aufnahmefähigkeit der Märkte in Einklang bringen, so steht man vor der fatalen Tatsache, daß im Verhältnis zu der Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts ein großes Überangebot besteht und daß trotzdem die Leistungsfähigkeit der Werke nicht ausgenutzt ist. Allerdings darf über der Passivseite des Verbrauchsrückgangs die Aktivseite der Verbrauchszunahme bei aufsteigender Konjunkturentwicklung nicht übersehen werden. Dabei sollte man aber beachten, daß der Eisenbedarf in der Vergangenheit von Jahrzehnt zu Jahrzehnt rapide zugenommen hat.

Hinsichtlich der Anpassung der Produktion an den Bedarf ist seitens *Deutschlands* durch die Verlängerung der deutschen Eisenverbände so ziemlich alles getan worden. Allerdings drängen der auf dem inländischen Markt liegende Druck und die pendelartige Bewegung des Exports die Wirkung stark zurück. Natürlich muß auch bei straffster Anpassung der Produktion an den Bedarf ein gewisser Spielraum vorhanden sein. *Frankreich* dagegen krankt seit Beendigung des Krieges an einer Überproduktion, deren Wirkung nur durch den großen inländischen Bedarf abgeschwächt wird. Würde der Inlandsmarkt durch Verminderung des Rüstungsprogramms wieder auf das Niveau einer normalen Aufnahmefähigkeit zurückzusinken und der Export sich entsprechend erhöhen, so müßte diese Überproduktion besonders scharf in Erscheinung treten. Nicht besser liegen die

Verhältnisse in Belgien; denn von der Gesamtproduktion dieses Landes an Eisen und Stahl gehen in den unmittelbaren Verbrauch nur etwa 15—20 %, während der übrige Teil in das Ausland abgeführt werden muß.

Bei dem in Vorschlag gebrachten Umbau der IRG will man die oft entgegengesetzte Entwicklung von Inlands- und Auslandsmarkt dadurch auszugleichen suchen, daß die Beteiligung für den Inlands- und Auslandsabsatz aufgeteilt wird. Alle Mitglieder des Kartells sollen dabei die gleiche Vergünstigung erhalten, die schon am Ende des Vorjahrs Deutschland innehatte. Den deutschen Werken war bekanntlich eine Aufteilung ihrer Produktion in eine Inlands- und eine Exportquote zugestanden worden, wobei sie für die Überschreitung der Inlandsquote nicht die volle Strafsumme von 4 \$ je t zu entrichten brauchten. Ende 1930 verlangte Frankreich eine ähnliche Vergünstigung, nämlich eine Senkung der Strafsumme um 3 \$ für die Überschreitung der Inlandsquote. Belgien und Luxemburg verlangen nunmehr ähnliche Vorrechte, so daß schließlich sämtliche Partner der IRG für die Überschreitung des Inlandsverbrauchs nur noch 1 \$ zu zahlen hätten. Man darf wohl annehmen, daß eine allgemeine Aufteilung der Quote in eine solche für Inland und Ausland die Regelung in einem solchen wesentlichen erleichtern würde. Im allgemeinen wird die Benachteiligung Deutschlands durch eine solche Regelung nicht allzu schwer sein, da die belgische und die luxemburgische Produktion zum größten Teil in den Export geht. Natürlich müßten die entsprechenden Bestimmungen strenger als bisher durchgeführt werden, wenn das Kartell seine frühere Bedeutung wiedererlangen soll.

Die einheitliche Preisgestaltung muß bei den Unterschieden in den Erzeugungskosten der einzelnen Länder auf gewisse Schwierigkeiten stoßen. Die deutschen Eisenpreise pflegen höher zu sein als die in Frankreich, Belgien oder Luxemburg. Bei der Neuregelung der IRG muß die deutsche Gruppe ihre Stellungnahme davon abhängig machen, daß sie den in Zukunft so gestaltet werden kann, daß sie den Schwierigkeiten, die sich aus der Preisspanne zwischen ihren einzelnen Partnern ergeben können, entgegenzuwirken hilft. Allerdings müßte die deutsche Eisenindustrie, wenn sie eine Dauerlösung erstrebt, darauf bedacht sein, ihre Produktionskosten möglichst weitgehend an die der westlichen Länder anzugleichen. Auf die Preisgestaltung der neuen IRG könnte dadurch ein gewisser Einfluß gesichert werden, daß für die Überschreitung der Auslandsbeteiligung besonders hohe Strafzahlungen festgesetzt werden. Abgesehen davon, daß nach den bisherigen Erfahrungen nur die Bildung von Verkaufsverbänden die Voraussetzung für eine wirksame Marktregelung

ist, müßte eine Festsetzung von Mindestverkaufspreisen einhergehen.

Bei den Erneuerungsverhandlungen bzw. bei der Ausgestaltung der IRG besteht für Deutschland eine Möglichkeit, wirksam in das Vertragswerk einzugreifen, und zwar liegt diese auf dem Gebiet der *Weiterführung des Kontingent-Abkommens*. Dieses Kontingent-Abkommen ist zwar nicht ein unmittelbarer Bestandteil des IRG-Vertrages, aber es steht doch für Frankreich und Luxemburg im Vordergrund der Aufmerksamkeit, weil seine praktische Wirksamkeit für die Beteiligten offenbar größer gewesen ist als die der Vereinbarungen des eigentlichen IRG-Vertrages. Deutschland hat große Stahlmengen aus Frankreich und Luxemburg aufgenommen, so daß auch die betreffenden Gruppen weiterhin Interesse für die Aufnahmewilligkeit Deutschlands haben. Natürlich kann die Übernahme der Kontingente, die für Deutschland völlig einseitig ist, nur von entsprechenden Gegenleistungen der anderen Partner abhängig gemacht werden. Bei dem allgemeinen Interesse für die Erneuerung der internationalen Eisenvereinbarungen dürften aber hier nicht unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege stehen. Belgien hat am eigenen Leibe gespürt, daß es auf die Dauer die gegenwärtige Verlustwirtschaft nicht aushalten kann und daß die gegenwärtigen Weltmarktpreise nur als Kampfpreise anzusehen sind. Man kann vielleicht den erbitterten Wettbewerb der letzten Monate als eine Art Ausscheidungskampf vor allem in der belgischen Gruppe werten.

Allerdings muß die IRG, wenn sie auf die Dauer von Erfolg begleitet sein will, *feste Verkaufsverbände* schaffen, und zwar in erster Linie für Halbzeug, Träger, Stabeisen und Grobbleche. Schon auf der am 12. März in Düsseldorf abgehaltenen Mitgliederversammlung sprachen sich sämtliche Vertreter grundsätzlich für die Wiederherstellung der internationalen Verkaufsverbände aus. Man dürfte wohl allgemein eingesehen haben, daß die IRG in ihrer bisherigen Form als Kontingentierungskartell nicht das erstrebte Ziel erreichen kann. Die Verschiedenheit in der Verteilung des Absatzes bei den einzelnen Ländergruppen hat in erster Linie den wirksamen Ausbau durch Schaffung von Verkaufsverbänden verhindert; denn es sind gerade die Angebote belgischer Werke gewesen, die den Versuch mit den Verkaufskontoren scheitern ließen. Von luxemburgischer Seite ist betont worden, daß man den Ländern mit geringerem Inlandsmarkt mengenmäßig eine stärkere Beteiligung an den Ausfuhrmengen vorweg geben müsse. Die jetzt vorgesehene Trennung der Beteiligung in Inlands- und Auslandsabsatz dürfte gewisse Schwierigkeiten, die bislang bestanden, hinwegräumen.

## Glossen

---

### Hart an der Deckungsgrenze

---

Die Reichsbank stand am Ende der vorigen Woche vor Entscheidungen, die an Schwierigkeit und Tragweite alles seit der Stabilisierung Dagewesene in den Schatten stellten. Am 19. und 20. Juni wurden ihr infolge französischer und teilweise auch amerikanischer Kreditkündigungen abermals 150 Mill. RM Devisen entzogen. Ihr Bestand schmolz damit auf 1600 Mill. RM Gold und Devisen zusammen, d. h. auf einen Betrag, der nicht mehr ausreichte, um einen Notenumlauf von voraussichtlich 4,3 Milliarden am Ultimo zu decken. Was konnte geschehen? Eine Unterschreitung der Notendeckungsgrenze von 40 %, die mit Zustimmung des jetzt ganz aus deutschen Mitgliedern bestehenden Generalrats möglich gewesen wäre, erschien inopportun, da eine solche Maßnahme das ausländische und vor allem auch das inländische Publikum zu beunruhigen drohte; würde aber erst einmal das Gros der Bankdepositen und Spareinlagen in Bewegung geraten, so wäre, meinte das Reichsbankdirektorium, die Bewegung kaum noch zu meistern. Da somit diese Möglichkeit — zwar nicht aus rein sachlichen, aber aus psychologischen Gründen — ausschied, mußte man versuchen, die Deckungsrate zu verbessern, sei es durch Zurückschraubung der Kreditansprüche oder durch eine Transaktion zur Vermehrung der Devisenbestände. Außerdem konnte die Reichsbank eventuell den *Bereitschaftskredit* von 50 Mill. \$ in Anspruch nehmen, über den die Golddiskontbank — obwohl nach dem Gesetz nur die Förderung des deutschen Exports ihre Aufgabe ist! — im Interesse der Währung verfügt. Aber gerade in diesen Tagen zögerte die Reichsbank, den Golddiskontbankkredit in Anspruch zu nehmen, weil sie befürchten mußte, daß die amerikanischen Banken ihre *übrigen* Ausleihungen an Deutschland mindestens um den Betrag dieser Kredithergabe einschränken würden, so daß im Ergebnis nichts geholfen wäre. Ein Gesuch um einen *Rediskontkredit bei ausländischen Notenbanken* glaubte die Reichsbank ebenfalls nicht stellen zu sollen, da sie in diesem Zeitpunkt noch nicht übersehen konnte, ob Deutschland nicht zu einer Inanspruchnahme der Moratoriumsrechte des Young-Plans genötigt sein würde. Praktisch kam also nur die Zurückdämmung der Kreditnachfrage in Betracht, wofür zwei Wege denkbar waren. Die *indirekte* Kreditkontingentierung durch abermalige Erhöhung des (bereits von 5 auf 7 % heraufgesetzten) Diskonts wäre zwar auf die Dauer ein wirksames Mittel gewesen, die Kredite zu drosseln und zugleich die Liquidation von Devisen- und Warenvorräten bei Banken und Industriegesellschaften zu erzwingen; aber man scheute vor einer solchen Kreditverteuerung zurück, weil man von ihr keine genügend rasche Wirkung erwartete. Infolgedessen entschloß man sich, den zweiten Weg zu beschreiten, nämlich eine *Kreditrestriktion* vorzunehmen. Am 20. Juni wurde zunächst die Privatdiskontnotiz ausgesetzt, um zu verhindern, daß die Banken ihre Devisenkäufe durch Einreichung von Privatdiskonten unbegrenzt finanzieren könnten. Die Reichsbank begann mit einer individuellen Restriktion, die gleichmäßig auf die Einreichung von Privat-

diskonten und von Wechseln aller Art an den Reichsbankschaltern erstreckt wurde. Sie ließ ferner eine Reihe von Banken wissen, daß ihr die weitere Erhöhung ihres Azeptumlaufs unerwünscht sei, und sie schien überdies entschlossen zu sein, nicht nur in Fällen, in denen die Kreditkontingente überschritten waren, sondern allgemein die Wechseldiskontierung zu verweigern, wenn ihr das Verhältnis von Auslandsschulden zu Auslandsguthaben eine solche Wechseleinreichung nicht nötig erscheinen ließ. Auch diese Maßnahme mußte auf schwere *Bedenken* stoßen. Abgesehen von den in den kritischen Tagen noch in der Schwebe befindlichen Verhandlungen über die Gewährung eines Schatzwechselkredits der Banken an das Reich, die durch eine solche Restriktion gefährdet worden wäre, hätte die Reichsbank durch eine Kreditverweigerung manche Banken in eine peinliche Lage gebracht, und obendrein wären alle jene unerwünschten *Stockungen im Kreditkreislauf* zu verzeichnen gewesen, die von früheren Kreditrestriktionen bekannt sind. Man weiß nicht, wie die Sache ausgegangen wäre, wenn nicht am 21. Juni Hoovers Angebot eines Kriegsschuldenfestjahres in die Welt hinausgegangen wäre. Die Entlastung, die nun eintrat, entthob die Reichsbank der Notwendigkeit, die Kreditrestriktion in voller Schärfe durchzuführen. Zwar waren am 22. Juni zunächst noch einige Devisenanforderungen zu befriedigen, weil gewisse Geldkündigungen des Auslands noch nicht rückgängig gemacht worden waren. Aber schon am 23. Juni hatte die Reichsbank wieder einen *Devisenzufluß* zu verzeichnen. Englische und amerikanische Banken begannen bereits in einem Augenblick, in dem französische Banken noch keine Prolongationen vornahmen, Kredite neu anzubieten oder zu verlängern. Die Privatdiskontnotiz wurde wieder hergestellt, und die Restriktion nur in mildester Form durchgeführt. Außerdem wird der Reichsbank von den Notenbanken in New York, London und Paris und von der BIZ ein *Überbrückungskredit für den Ultimo von 100 Mill. \$* zur Verfügung gestellt werden. Buchstäblich in letzter Stunde ist damit eine schwere Gefahr von der deutschen Wirtschaft abgewendet worden.

---

### Die Reichsbank am Ultimo

---

Das Bild des Reichsbankausweises vom 23. Juni entspricht den Erwartungen. Die Deckung wird mit 40,4 % gerade noch über der gesetzlichen Grenze ausgewiesen. Da der Reichsbank am 22. und am 23. Juni Devisen nicht mehr abgezogen worden sind, und da andererseits der Notenumlauf am 20. beträchtlich höher gewesen ist als am 23., läßt sich mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß die *Deckungsgrenze* am Sonnabend den 20. *tatsächlich unterschritten* worden ist. In der für den Ausweisertermin ungewöhnlich starken Zunahme der Wechsel und der schwachen Abnahme der verhältnismäßig hohen Lombardbestände kommt nicht nur der Rückgang der Deckungsmittel um fast 370 Mill. RM, sondern auch eine überdurchschnittliche *Ultimovorsorge* zum Ausdruck, die auch die Zunahme der Giroguthaben um über 100 Mill. RM verursachte. Vermutlich

hat die Furcht vor Restriktionsmaßnahmen zur vorzeitigen Einreichung von Wechselmaterial auch längerer Laufzeit geführt. Der Ausweis zeigt, in welcher unangenehme Lage die Reichsbank am Juni-Ultimo kommen würde, wenn ihr nicht der Konsortialkredit der fremden Notenbanken zur Verfügung stände. Die Steigerung des Notenumlaufs am Ultimo wird auf Grund der an ähnlichen Terminen gemachten Erfahrungen auf mindestens 600 Mill. RM geschätzt werden dürfen, auch wenn sich die Reichsbank bemüht, nach Möglichkeit Scheidegeld und Rentenbankscheine in den Verkehr zu setzen. Die am 23. Juni ausgewiesenen Gold- und Devisenbestände würden den für den Ultimo zu erwartenden Notenumlauf nur mit knapp 35 % decken; bei voller Beanspruchung des 400 Millionen-Kredits ist hingegen, falls die Devisenbilanz ausgeglichen bleibt, mit einer Deckungsquote von 44 % zu rechnen. Dabei stellt der Halbjahrsultimo keineswegs einen besonders angespannten Termin dar. Der Geldbedarf (und damit der Notenumlauf) pflegt vielmehr bis in den September hinein eher noch leicht anzusteigen. In diesem Jahr liegen insbesondere der Juli- und Augustultimo recht ungünstig: Der Juliultimo fällt auf einen Freitag, der Augustultimo auf einen Montag — beides sind Tage mit verhältnismäßig hohem Geldumlauf. Selbstverständlich beeinflusst jedoch die Entwicklung des Notenumlaufs den Deckungsprozentsatz weit weniger als die der Deckungsmittel. Die Schwierigkeiten, in die die Reichsbank — nicht etwa die deutsche Währung — zur Zeit geraten ist, können deshalb nicht durch Beeinflussung des Geldumlaufs, sondern nur durch Beeinflussung des Deckungsmittelbestandes überwunden werden.

#### Eine Fehlkonstruktion im Reichsbankgesetz?

Was wäre geschehen, wenn sich die Lage bei der Reichsbank so zugespitzt hätte, daß sie die Deckungsgrenze von 40 % für ihre Noten am Juni-Ultimo nicht hätte einhalten können? Sehen wir von den an sich sehr wichtigen *psychologischen Wirkungen* ab, so ist folgendes festzustellen: Im Gegensatz zur Regelung vor dem Kriege, nach der eine Unterschreitung der Deckungsgrenze (damals 33 1/3 %) schlechthin verboten war, erklärt das Bankgesetz von 1924 eine solche Unterschreitung grundsätzlich für zulässig; sie knüpft allerdings vier wichtige Bedingungen daran: Erstens darf die Herabsetzung der Deckungsgrenze nur „unter ausnahmsweisen Umständen“ auf Vorschlag des Direktoriums durch einen *qualifizierten Mehrheitsbeschluß* des Generalrats erfolgen. Zweitens muß die Reichsbank für die Dauer der Minderdeckung eine *Notensteuer* an das Reich abführen, deren Höhe sich nach dem Maß der Unterschreitung des normalen Deckungssatzes richtet. Drittens muß der Diskontsatz *mindestens 5 %* betragen, und schließlich soll sich der Diskont um mindestens ein Drittel des Prozentsatzes der zu zahlenden Steuern *erhöhen* (Bankgesetz § 29). Die erste dieser Bedingungen ist ohne weiteres verständlich. Die drei anderen bezwecken alle das Gleiche, nämlich einen Druck auf die Reichsbankleitung, durch Erhöhung des Diskontsatzes die Inanspruchnahme der Bank zu verringern. Sie erreichen dieses Ziel auf verschiedene Weise. Die Notensteuer soll den Gewinn der Reichsbank mindern; da aber das kapitalistische Gewinnstreben für

die Reichsbank gegenüber ihren währungspolitischen Aufgaben eine untergeordnete Rolle spielt, kommt der Notensteuer praktisch keine große Bedeutung zu. Anders steht es mit der Vorschrift, daß der Diskontsatz mindestens 5 % betragen soll. Gegenwärtig ist diese Bestimmung allerdings illusorisch, da der Diskont bereits vor der Unterschreitung der Deckungsgrenze 7 % beträgt, und ähnlich kann die Lage in anderen Fällen sein, wenn die Gefahr einer Deckungsunterschreitung vorliegt. Man könnte der Ansicht sein, daß die Fixierung eines Mindestdiskonts an sich richtig sei, daß man den Satz aber nicht bei 5, sondern z. B. bei 7 % festlegen müsse. Betrachtet man jedoch das deutsche Zinsniveau vor dem Kriege und das gegenwärtige Niveau auf dem Weltmarkt, so muß man die Wahl eines höheren Satzes für gefährlich halten. Vor allem die Verbindung mit der stufenweisen Erhöhung des Diskonts würde sonst zu erstaunlich hohen Zinssätzen führen. Die „Zusatzprozente“, die auf den Diskontsatz nach dieser vierten Bedingung aufzuschlagen sind, werden nicht auf den Mindestsatz, sondern auf den jeweilig geltenden Diskont aufgeschlagen. Diese Auslegung des Bankgesetzes (§ 29) wird zwar von der Reichsbankleitung als eine höchst unwillkommene *Einschränkung ihrer freien Diskontpolitik* betrachtet; an ihrer Richtigkeit aber kann kein Zweifel bestehen. Sind diese Bedenken der Reichsbank grundsätzlich berechtigt, liegt hier also ein Konstruktionsfehler des Bankgesetzes vor? Ohne Zweifel stellt *jede* Deckungsvorschrift eine Einschränkung der Diskontpolitik dar; dies eben ist ihre Aufgabe und ihre Funktion. Aber die besondere Bestimmung, von der hier die Rede ist, hat darüber hinaus eine Komplikation zur Folge, die in ihren Auswirkungen höchst unerfreulich sein kann; sie *erschwert nämlich eine rechtzeitige Vorsorge* für eine Einschränkung der Notenausgabe. Wenn das Reichsbankdirektorium — z. B. in einem Zeitpunkt, zu dem die Deckung noch über 40 % liegt, die Gefahr weiterer Goldabzüge aber droht — dieser Gefahr *zunächst* durch eine Diskonterhöhung, später aber durch eine Kreditrestriktion (Rationierung) begegnen möchte, so wird sie in der Durchführung dieses (evtl. sehr zweckmäßigen) Plans dadurch gehemmt, daß sie bei Unterschreitung der Deckungsgrenze weitere Diskonterhöhungen vorzunehmen hat; sie wird also danach streben, den Diskontsatz vor Erreichung der Deckungsgrenze nicht zu sehr zu erhöhen, und eben dadurch wird sie eventuell die Gefahr einer Unterschreitung der Grenze erst herbeiführen. Nun liegen die Dinge tatsächlich nicht so schlimm; denn die Bestimmung, daß der Diskontsatz bei einer Unterschreitung automatisch zu erhöhen ist, stellt nur eine *Sollvorschrift* dar, und eben darauf hätte sich die Reichsbank offenbar in der gegenwärtigen Lage berufen, wenn sie die 40 %ige Rechnung an einem Ausweistag nicht mehr hätte einhalten können. Den schlechten „moralischen“ Eindruck, der durch dieses Verfahren wahrscheinlich entstanden wäre, hätte sie aber in Kauf genommen, *um Schlimmeres zu verhüten*; denn auch eine weitere Diskonterhöhung würde keineswegs günstig gewirkt haben, da dadurch der Zinsunterschied zwischen Deutschland und dem Weltmarkt, d. h. die in Deutschland zu zahlende Risikoprämie, deutlich in Erscheinung getreten wäre. Nur deshalb wirkt sich also diese Bestimmung nicht

ungünstig aus, weil es sich um eine Sollvorschrift handelt. Daß sie wegen dieses unverbindlichen Charakters überflüssig sei, läßt sich trotzdem nicht behaupten; denn auch die nach dem Gesetzestext unbedingt verbindlichen Deckungsvorschriften stellen im Grunde nur eine moralische Hemmung dar.

### Riesenverluste im Nordwolle-Konzern

Seit Jahren trägt die Verwaltung der *Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei* in Bremen einen erstaunlichen Optimismus zur Schau. In Geschäftsberichten, Auskünften bei den Generalversammlungen, in Communiqués und Reden — immer hat sie die Aussichten ihres Geschäfts weit günstiger gezeichnet, als die Öffentlichkeit anzunehmen geneigt war, immer hat sie die Nachrichten über Verluste dementiert. All das hat plötzlich aufgehört. Nachdem noch in diesem Jahre eine ganze Kette von Börsengerüchten, Anfragen und erst dementierenden, dann merklich vorsichtig gefaßten Verwaltungsäußerungen zu verzeichnen war — eine Kette, die sich nachträglich wie ein spannender Roman liest —, muß die Gesellschaft nunmehr einen Verlust von 24 Mill. RM zugestehen, sie muß weitere Verluste in Aussicht stellen und „einschneidende Maßnahmen“ ankündigen. Wie konnte es zu einer so katastrophalen Entwicklung kommen? Die Verwaltung führt *zwei Gründe* an, einen mysteriösen und einen klaren. Der *mysteriöse* ist eine Bemerkung, nach der bei einer holländischen Tochtergesellschaft, die „neben der Vermittlung des Rohwoll- und Kammzuggeschäfts auch andere Geschäfte“ betrieben hat, erhebliche Verluste entstanden sind; es handelt sich dabei um eine bisher unbekannte Gesellschaft. Der klare Grund ist der Hinweis auf die gesunkenen *Wollpreise*. Vor genau einem Jahr war die Verwaltung der Ansicht, daß nach dem „nunmehr erfolgten Wiedereintritt normaler Geschäftsbedingungen in der Wollindustrie auch die Verluste des Jahres 1929 bald wieder ausgeglichen werden dürften“. Wenn man auch keinen Vorwurf daraus machen kann, daß die Verwaltung einen derartigen weiteren Sturz der Wollpreise, wie er inzwischen eingetreten ist, nicht vorausgesehen hat, so darf man doch vermuten, daß sie sich infolge ihres unangebrachten Optimismus allzusehr in Wolle engagiert hatte. Offenbar ist die Verwaltung bestrebt, die Riesenverluste des Jahres 1930 hauptsächlich mit dem sinkenden Rohstoffpreis zu erklären. Daß aber darüber hinaus noch *weitere*, nicht ausdrücklich erwähnte Ursachen für die Verluste vorliegen, wurde indirekt bereits durch einige Personalveränderungen zugegeben. Senator *Rodewald* nämlich, der frühere Direktor des Unternehmens, der vor einigen Jahren in den Aufsichtsrat übergetreten war, übernimmt von neuem die Leitung, und die bisherigen Vorstandsmitglieder *Carl, Heinz* und *Friedel Lahusen* haben ihre Ämter zur Verfügung gestellt. Das bedeutet mit anderen Worten: Die Politik rascher Expansion, die unter Heranziehung aller finanziellen Reserven vor sich ging, die von der Wollkämmerei und -spinnerei in die weiterverarbeitende Industrie vordrang, die gleichzeitig in der schärfsten Weise durch Konzentration der Geschäftsleitung, durch Rationalisierung (und damit: durch Schematisierung) in der Produktion und in der Verwaltung den Mangel

an persönlicher Freiheit in den Leitungen der einzelnen Betriebe ausgleichen wollte — diese ganze Geschäftspolitik soll aufgegeben werden. Wir haben bei der Bilanzbesprechung im vorigen Jahr ausführlich die Fehler dieser Expansion beschrieben (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 25, S. 1185); die Befürchtung, daß besonders der Vorstoß in die Verarbeitung — Errichtung der „Toga“ (Weberei), der „Alrowa“ (Strickerei) und der „Nova“ (Strumpffabrikation) — besonders hohe Verluste bringen werde, hat sich leider bewahrheitet. Genauere Zahlen über die Verluste an den Tochtergesellschaften waren bei Abschluß dieses Heftes noch nicht bekannt; die Prüfung des Status der Tochtergesellschaften ist noch nicht beendet, aber mit weiteren erheblichen Verlusten ist selbst nach Angabe der Verwaltung nunmehr zu rechnen. Wir hoffen, daß die neue Leitung den Aktionären bald einen vollständigen Bericht vorlegt, der nicht mehr, wie die bisherigen Äußerungen, von der Tendenz nach möglichst weitgehender Beschönigung der Lage beherrscht wird.

### Neue Erfolge der Deutschen Luft Hansa

Die Zeichen eines tüchtigen Schritts zur Wirtschaftlichkeit waren bereits aus dem vorjährigen Bericht der Deutsche Luft Hansa AG deutlich zu erkennen (vgl. MdW Jahrg. 1930, Nr. 21, S. 984); durch den plötzlichen Entzug eines Teils der bisher geleisteten Reichssubventionen hatte die Gesellschaft im Jahre 1929 *Rationalisierungsmaßnahmen* vornehmen müssen, die sich als außerordentlich segensreich erwiesen. Im Jahre 1930 sind diese Bestrebungen mit Erfolg fortgesetzt worden: die Betriebsunkosten je Flugkilometer sind von 2,49 auf 2,29 RM gesunken, die Handlungsunkosten haben sich von 22 auf 17 Rpf vermindert, und auch die Abschreibungen konnten von 70 auf 55 Rpf herabgesetzt werden. Insgesamt wurden bei dem Gesamtaufwand 3,2 Mill. RM erspart. Diesem Rückgang steht eine *Erhöhung der Eigeneinnahmen* von 1,4 Mill. RM gegenüber; sie ergibt sich aus einem vermehrten Erlös aus Sonderleistungen und aus Materialverkäufen; die *eigentlichen Flugträge* sind hingegen um 57 000 RM gesunken. Der Geschäftsbericht teilt mit, daß die günstige finanzielle Entwicklung „in voller Höhe der öffentlichen Hand durch entsprechende Senkung der Beihilfen zugute kam“; tatsächlich dürfte der Zusammenhang umgekehrt gewesen sein, indem die Senkung der Beihilfen zu einer entsprechenden Rationalisierung zwang. Die gesamten *Subventionen* wurden im vergangenen Jahr von 22,5 auf 17,8 Mill. RM herabgesetzt; sie machen „nur“ noch 62 % gegen 70 % im Vorjahr aus. Etwa 4,5 Mill. RM der Beihilfen entfallen auf Länder und Gemeinden, der ganze Rest auf das Reich. Die *Verkehrsentwicklung* war im vergangenen Jahr recht günstig. Trotz der Wirtschaftskrise stieg die Zahl der Flugkilometer im Europadienst um 0,8 % auf 9,4 Millionen. Allerdings der „gemischte Verkehr“, auf den 86 % der gesamten Flugleistung entfallen, einen Rückgang um 5 % auf; weniger die Wirtschaftskrise als das ungünstige Wetter soll an dieser Entwicklung Schuld getragen haben. Ein deutliches Zeichen für den Abbau der kurzen, besonders unrentablen „Hüpflinien“ ist es, daß die Zahl der Fluggäste eine weit stärkere Senkung (— 11,6 %) aufweist als die Zahl der Flug-



gast-Kilometer (— 4,2); offenbar ist die durchschnittliche Fluglänge wesentlich gestiegen. Der Rückgang im gemischten Verkehr wird hauptsächlich durch den Zuwachs beim *Post- und Fracht-Sonderverkehr* (+ 65,4 %) ausgeglichen; die Zusammenarbeit mit der Post scheint überhaupt bemerkenswert eng zu sein. Einen ähnlichen Umfang erreichte die Steigerung des Verkehrs im *außereuropäischen Dienst*; im Südatlantik-Flug stieg die Zahl der Flugkilometer um 45,5, im Nordatlantik-Flug sogar um 74,9 %. Dem absoluten Betrag nach handelt es sich aber dabei vorläufig um einen relativ kleinen Verkehr, großenteils um Anschlußflüge zu den Dampfern. Während die Zahl der Flughäfen im Inland von 64 auf 51 weiter herabgesetzt wurde, stieg sie im Ausland von 20 auf 27. Von den neu in Betrieb genommenen Linien ist vor allem der Postverkehr nach Konstantinopel zu erwähnen, der später über Bagdad mit dem persischen, indischen und australischen Luftverkehrsnetz verbunden werden soll. Zu großen Hoffnungen berechtigt auch das Abkommen mit der chinesischen Regierung (vgl. MdW Jahrg. 1930, Nr. 39, S. 1768), das wohl in absehbarer Zeit zu einer beträchtlichen Beschleunigung des Postverkehrs zwischen Deutschland und Ostasien führen wird.

**Der Status  
von Schlubach, Thiemer & Co.**

Der von einer Treuhand-Gesellschaft aufgestellte Status des Hamburger Überseehauses Schlubach, Thiemer & Co., über dessen Zahlungseinstellung wir im vorigen Heft (S. 1018) berichtet haben, zeigt rund 13,1 Mill. RM Passiven, denen nur rund 7 Mill. RM Aktiven gegenüberstehen. Der Status ist also noch etwas ungünstiger, als die ersten von uns im vorigen Heft erwähnten Schätzungen erkennen ließen. Größter Gläubiger ist, wie bekannt war, das Haus Schröder. Die Londoner Firma Schröder hat nach Verrechnung von 1,35 Mill. RM auf Wertpapiere und Buchforderungen, die von Schröder übernommen wurden, 3,15 Mill. RM zu fordern, das New Yorker Haus Schröder weitere 2,22 Mill. RM. Von den übrigen Kreditoren entfallen auf die International Acceptance Bank, New York, 0,69 Mill. RM und auf die London Merchants Bank 0,22 Mill. RM. Von deutschen Gläubigern sind zu erwähnen das Bankhaus S. Oppenheim jun. & Co. in Köln mit einer Forderung von 0,36 Mill. RM. Die Commerzbank, die ebenfalls zu den Gläubigern gehört, hat offenbar eine Möglichkeit zur Aufrechnung. Es sind auch zahlreiche Kleingläubiger vorhanden; die Einzelforderungen bis zu 1000 RM betragen insgesamt rund 80 000 RM. Von den übrigen Kreditoren, die zusammen noch 1½ Mill. RM ausmachen, entfällt über die Hälfte auf Übersee, während sich der Rest auf Hamburg und auf andere deutsche und europäische Plätze verteilt. Die Forderungen der beteiligten Familien sind mit 1,16 Mill. RM angesetzt. Bei den Aktiven hat die Treuhand-Gesellschaft zunächst eine Abschreibung von rund 4½ Mill. RM vorgenommen, wovon nach 7 Mill. RM verblieben. Mit Rücksicht auf die starken Wertverminderungen bei den von Schlubach, Thiemer & Co. hauptsächlich gehandelten Produkten hielt die Treuhand-Gesellschaft eine weitere Minderbewertung um 1,7 Mill. RM für angebracht. Für Massekosten, bevorrechtigte Forderungen usw. wur-

den rund 0,8 Mill. RM abgesetzt. (Für gedeckte Forderungen hat man schon vorher 2 Mill. RM abgestrichen.) Danach stehen 11,1 Mill. RM ungedeckten Forderungen nur rund 4,5 Mill. RM Aktiven gegenüber. Darin sind die Privatvermögen der Geschäftsinhaber schon enthalten. Außer Betracht gelassen wurden dagegen Aufrechnungsmöglichkeiten auf Grund noch laufender Inkassi. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, daß der Status, wie die Treuhand-Gesellschaft selbst betont, unter der Annahme einer Liquidation der Gesellschaft aufgestellt ist. Bei einer auch nur teilweisen Weiterführung des Hauses würden sich die Aktiven nicht unerheblich vermehren. Man könnte nicht nur die bevorrechtigten Forderungen vermindern, z. B. soweit es sich um Angestelltenforderungen handelt, sondern auch für die Abstoßung verschiedener Besitztümer vielleicht einen günstigeren Zeitpunkt abwarten. — In Kreisen des Hamburger Überseehandels wurde im Zusammenhang mit dem Fall Schlubach, Thiemer & Co. an der Konzentration im Bankgewerbe und der Leitung des Kredit-Geschäfts von Berlin aus (wenigstens soweit es sich um Kredite größeren Umfangs handelt) Kritik geübt. Die Interessen des Hamburger Platzes würden durch die Konzentration in Berlin geschädigt und die Hamburger Häuser mit ihren Kreditgesuchen häufig ins Ausland getrieben; Häuser, die über keine ausländischen Finanzverbindungen verfügen, bekämen oft überhaupt keine Kredite. Die jetzt bekanntgewordenen Einzelheiten über den Fall Schlubach, Thiemer & Co. lassen diese Beschwerden nicht als berechtigt erscheinen, wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, daß die immer stärkere Konzentrierung des großen Finanzgeschäfts in Berlin gerade für einen Platz wie Hamburg nicht unbedenklich ist.

**Die abgeänderte  
Schantung-Bilanz**

Die neue Verwaltung der *Schantung Handels AG* hat zum 29. Juni eine Generalversammlung einberufen, die über die abgeänderte Bilanz Beschluß fassen soll (vgl. MdW, Nr. 12, S. 567 und Nr. 21, S. 879). Während die von der alten Verwaltung aufgemachte Gewinn- und Verlustrechnung einen Gewinn von 0,28 Mill. RM bei 5 Mill. RM Aktienkapital auswies, entsteht nach den von der neuen Verwaltung für notwendig gehaltenen Abschreibungen und Wertberichtigungen ein *Verlust* von 0,09 Mill. RM, um den sich der Gewinnvortrag aus 1929 auf rund 26 000 RM vermindert, die auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. Die alte Verwaltung wollte aus dem von ihr errechneten Gewinn 5 % Dividende ausschütten lassen. Im neuen Geschäftsbericht wird mitgeteilt, daß die Beteiligung an der Kwamdulu Sisal Estates Ltd. im Laufe des Jahres voll eingezahlt worden sei. Auf die andere Sisal-Unternehmung wurden rund 4000 £ eingerufen, so daß die Schantung AG entsprechend der fortschreitenden Anlage der Pflanzung noch rund 8000 £ einzuschließen habe. Diese Verpflichtung erscheint in der neuen Bilanz auf dem Konto „Einzahlungsverpflichtungen auf Beteiligungen“. Sonst scheint dieses Konto noch die noch nicht eingeforderte Beteiligung bei der Deutsch-Asiatischen Bank zu enthalten. Die Kapitalausstattung der beiden Sisal-Unternehmungen wird von der neuen Schantung-Verwaltung als unzureichend angesehen. Der

zunächst vorgesehene Ausbau der Kwamdulu-Gesellschaft erfordere 25 000 £ zusätzliche Mittel, doch sei die Rentabilität der Gesellschaft auch nach dieser Neuinvestition noch fraglich. Selbst wenn man die Abschreibungen unberücksichtigt lasse, würde die Hereinbringung jeder Ernte bei den jetzigen Sisal-Preisen Zuschüsse erfordern. Unter diesen Umständen hält es die Verwaltung für notwendig, das seinerzeit für die Beteiligung an der Kwamdulu bezahlte Agio von 11 500 £ vorweg restlos abzuschreiben. Aber auch das ist nach Ansicht der neuen Verwaltung noch nicht ausreichend, sondern sie sucht durch Errichtung eines Wertberichtigungskontos für Beteiligungen in Höhe von 10 000 £ die Schantung-Beteiligungen „dem Buchwert der Sisal-Beteiligungen anderer deutscher Gesellschaften anzupassen“. Eine solche Abschreibung hatte allerdings auch die alte Verwaltung vorgesehen. Sie hatte aber, im Gegensatz zur neuen Verwaltung, von einer guten Entwicklung der Pflanzungen berichtet. Ferner beurteilt die neue Verwaltung die Aussichten der Gesellschaft noch insofern abweichend, als nach ihrer Ansicht weitere Abschreibungen oder Wertberichtigungen auch in Zukunft noch erforderlich sein könnten. Dies wird bemerkenswerterweise nicht im Bericht des Vorstands, sondern im Bericht des Aufsichtsrats gesagt, was vielleicht damit zusammenhängt, daß der neue Vorstandsbericht nicht nur von dem an Stelle des zurückgetretenen Direktors Mojert amtierenden Direktor Miedl, sondern auch von dem früher gemeinsam mit Mojert zeichnenden Direktor Schmidt unterzeichnet ist. Der Aufsichtsrat erklärt weiter, daß die von der alten Verwaltung vorgesehene Dividende von 5 % aus den Erträgen der letzten zwei Jahre ohne Schaffung neuer Ertragsquellen in den kommenden Jahren nicht aufrechterhalten werden könnte. Über die künftige Entwicklung des Unternehmens sagt er schließlich, daß die Verwaltung ihr besonderes Augenmerk auf die Schaffung neuer Ertragsquellen richten werde, „ohne sich allerdings zu irgendwelchen Übereilungen drängen zu lassen“. Für die unabhängigen Aktionäre wäre es wichtig, wenn sich die alte Verwaltung zu der Neubewertung der sogenannten „Wiederaufbau“-Beteiligungen äußern würde. Angesichts der Tatsache, daß nicht nur der neue Aufsichtsrat, sondern auch eins der beiden alten Vorstandsmitglieder die Neubewertung gutheißt, haben die Minderheitsaktionäre ein Anrecht darauf, daß die Frage geklärt werde, ob die alte Verwaltung diese Beteiligungen zu optimistisch beurteilt hat oder die neue Verwaltung bei der Bewertung zu rigoros vorgeht. Ebenso wird die Generalversammlung der Minderheit, zu der die früheren Verwaltungsbanken gehören, Gelegenheit geben klarzustellen, welche Vorwürfe man eigentlich gegen die jetzigen Machthaber erhebt und aus welchen Gründen man die Bildung einer Schutzvereinigung für angebracht hält.

#### Staatliche Handelsmonopole zur Trust-Bekämpfung?

In einer Entschließung, die der Bundesausschuß des ADGB in diesen Tagen gefaßt hat, tritt er für die Errichtung staatlicher Handelsmonopole ein. „Für das Reich“, so heißt es dort, „können neue Finanzquellen noch erschlossen werden, wenn fortan verhindert wird, daß alljährlich ungezählte, aus inländischer Konsumkraft gewonnene Millionen für

deutsche Rechnung internationaler Trusts in das Ausland verbracht und dem deutschen Steuerzugriff entzogen werden. Es ist an der Zeit, daß Regierung und Gesetzgebung die Übernahme von Handelsmonopolen auf das Reich ernsthaft ins Auge fassen, z. B. für Getreide, Margarine, Tabak, Öl und andere Verbrauchsgüter, deren Rohstoffe im wesentlichen aus dem Ausland kommen.“ Ob aus der Errichtung derartiger Monopole große finanzielle Vorteile für das Reich entstehen würden, scheint uns recht zweifelhaft zu sein. Vor allem aber stehen wir diesem Vorschlag aus grundsätzlichen Bedenken skeptisch gegenüber; denn die Erfahrungen, die Deutschland bisher mit Handelsmonopolen gemacht hat, berechtigen nicht zu der Überzeugung, daß die Leitung des Monopols ihre Aufgabe in echtem volkswirtschaftlichem Sinn erfüllen werde. Von den einzelnen Branchen, die der ADGB für eine Organisation von Handelsmonopolen geeignet hält, dürfte nur der Vorschlag für das *Tabakgewerbe* diskutabel sein. Der Plan, die großen finanziellen Reserven, die trotz der gegenwärtigen hohen Besteuerung noch im Tabakgewerbe liegen, durch Rationalisierung des Handels, insbesondere durch Errichtung eines staatlichen Tabak-Handelsmonopols (wie es häufig vorgeschlagen wurde), zu erfassen, ist gewiß jeder Beachtung wert; er wurde während der letzten Jahre mehrfach erörtert. Gegen eine Sozialisierung des *Getreidehandels* sind hingegen eine große Zahl ernsthafter Bedenken zu erheben; die bisher bestehenden Organisationen dieser Art (Mais, Branntwein, z. T. auch Roggen und Kartoffelstärke) schrecken von weiteren Experimenten ab. Ähnliche Einwände gelten gegenüber dem Plan, *ausländische Trusts* durch inländische Handelsmonopole zu schröpfen. Offenbar ist dabei in erster Linie an die *Erdölkonzerne* und den *Margarine-Trust* gedacht. Wird der Vorschlag der freien Gewerkschaften verwirklicht, so steht Monopol gegen Monopol. Der Ausgang eines Kampfes in solcher Situation ist zum mindesten zweifelhaft. Gelingt es dem Reich nicht, z. B. durch Ausnutzung der Konkurrenz Rußlands auf dem Erdölgebiet, die großen Erdölkonzerne wirksam zu bekämpfen (und zwar in einer solchen Form, daß der Kampf mit keinem größeren Schaden für die deutsche Wirtschaft verbunden ist, als sein siegreiches Ende Vorteile bringt), so bleibt der ganze Aufwand vergebens. Im Fall der Margarineindustrie ist ein Erfolg von vornherein nicht zu erwarten. Ein Trust, der so stark international verflochten ist wie der Unilever-Konzern, besitzt zahlreiche Mittel, um sich auch gegenüber einem staatlichen Handelsmonopol durchzusetzen. Allein die Drohung, einen großen Teil seiner deutschen Produktionsstätten stillzulegen, falls der Staat einen Druck auf die Preise ausübt, könnte das Handelsmonopol zu einem Verzicht auf den größten Teil seiner Forderungen zwingen. Außerdem erhebt sich eine andere Frage: Wer gibt eine Garantie dafür, daß das Margarine-Handelsmonopol nicht eines Tages für einen ganz anderen Zweck eingesetzt würde als den, die Gewinne des Trusts zu mindern? Die deutsche Agrarpolitik der letzten Jahre läßt es als durchaus möglich erscheinen, daß man z. B. die Margarine *verteuern* würde, um den Butterabsatz zu heben. Daß eine solche absurde Maßnahme durchaus denkbar ist, kennzeichnet die Gefahren einer Verstaatlichung des Handels. Gewiß wäre es sehr er-

freulich, wenn man die „aus inländischer Konsumkraft gewonnenen Millionen“ internationaler Trusts der deutschen Wirtschaft erhalten könnte. Aber der Vorschlag des ADGB erscheint uns nicht als ein taugliches Mittel zu diesem Ziel.

**Mageres Ergebnis der Internationalen Arbeitskonferenz** — Sicht man von der Konvention ab, die der *Kohlen-Ausschuß* auf der soeben beendeten 15. Internationalen Arbeitskonferenz angenommen hat (vgl. Nr. 25, S. 1017), so muß das Ergebnis der ganzen Tagung als recht mager bezeichnet werden. Die Festsetzung der 7 $\frac{1}{4}$ stündigen Schichtdauer im Untertagebergbau und die Annahme der 8 Stunden-Schicht im Braunkohlenbergbau über Tage sind tatsächlich die einzigen konkreten Resultate der Konferenz, und selbst von ihnen muß gesagt werden, daß sie (erstens) noch nicht verwirklicht sind — man wird abwarten müssen, welche Staaten das Abkommen ratifizieren, und unter welchen Vorbehalten — und daß sie (zweitens) den Erfolg, der offiziell als das Ziel der Vereinbarung hingestellt wurde, nämlich die „Überwindung der Kohlenkrise der Welt“, nicht erreichen werden, weil dieses Ziel durch noch so eingehende Vereinbarungen über die Arbeitszeit niemals erreicht werden kann. Was sonst in Genf erörtert und beschlossen wurde, ist nicht von weltwirtschaftlicher Bedeutung. Die Konferenz wurde durch einige aufregende Ereignisse belebt. So nahmen z. B. die Vertreter *Englands* in einer Schärfe, die bisher in Genf nicht üblich war, gegen den Leiter des Internationalen Arbeitsamts, *Thomas*, Stellung. Dieser hatte sich in seinem temperamentvollen Vorbericht heftig gegen Vorwürfe gewandt, die das englische Arbeitgebermitglied des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts, *Forbes Watson*, in einer Schrift über „Die wirtschaftliche Lage“ gegen die Unergiebigkeit und Nutzlosigkeit der ganzen Genfer Organisation erhoben hatte. *Thomas* hatte eine Reihe von Gegenfragen gestellt, die unmißverständlich den Vorwurf enthielten, daß England selbst durch seine Saumseligkeit in der Ratifikation wichtiger Abkommen die Tätigkeit des Arbeitsamts ungemein hemme, daß gerade die englischen Arbeitgeber durch ihren Widerstand gegen eine Unterzeichnung des Abkommens von Washington dem Amt einen schweren Schaden zufügen; ihre Opposition sei in diesem Fall um so unverständlicher, als der Inhalt des Washingtoner Vertrags (achtstündiger Arbeitstag) ungefähr dem Stand der britischen Arbeitsbedingungen entspreche. Die Engländer waren durch diese schroffe Verteidigung *Thomas'* außerordentlich gereizt; sie erklärten mit Empörung, daß die Vorwürfe unberechtigt seien und daß die Methode, eine derartige Kritik an einem Mitgliedstaat in einem schriftlichen Bericht an die Konferenz niederzulegen, der internationalen Zusammenarbeit nicht dienlich sei. Hier und bei dem traditionellen Protest der Arbeitnehmervertreter gegen ihren faschistischen Kollegen aus Italien sowie bei dem Exodus eines indischen Arbeitgeberdelegierten waren die Gemüter stark erregt. Trotzdem — oder deswegen? — wurde positive Arbeit fast gar nicht geleistet. Der lebendig geschriebene Bericht *Thomas'* hatte ein weites Gebiet schwieriger Fragen angeschnitten; die ganzen Probleme der *Arbeitslosigkeit* wurden in ihm erörtert; aber eine Tagung des

Internationalen Arbeitsamts ist offenbar kein Forum, vor dem die letzten Fragen der Weltwirtschaft fruchtbringend erörtert werden können. Von allen Diskussionsreden zu diesem Thema war nur diejenige des deutschen Regierungsvertreters *Brauns* bemerkenswert, der u. a. auf den Zusammenhang zwischen der Weltwirtschaftskrise und den internationalen Schulden und Reparationslasten hinwies; er richtete einen Appell an die kapitalstarken Nationen, ihre Geldmittel besser zu verteilen. Kein anderer Redner ging jedoch auf seine Ausführungen ein; fast demonstrativ schwiegen besonders die fremden *Regierungsvertreter*.

**S. Bleichröder —  
Gebr. Arnhold**

Die Verhandlungen, die auf einen Zusammenschluß der beiden großen Bankhäuser *S. Bleichröder* und *Gebr. Arnhold* hinielen (vgl. Nr. 20, S. 842), haben zu einem Ergebnis geführt, das über die bisherigen Erwartungen noch hinausgeht. Während ursprünglich als Zweck des Zusammenschlusses „der gemeinsame Ausbau der ausländischen Interessen“ angegeben wurde, wird jetzt mitgeteilt, daß sich „die Zweckmäßigkeit einer engen Zusammenarbeit *auch im Inlande*“ ergeben habe. Es sei ein diesbezügliches Abkommen mit Wirkung vom 1. Juli 1931 an unterzeichnet worden. Bemerkenswert ist, wie sich das Zusammengehen der beiden Firmen nach außen dokumentiert. Der Seniorchef von *S. Bleichröder*, *Dr. Paul v. Schwabach sen.*, wird Teilhaber der Firma *Gebr. Arnhold*, während von *Gebr. Arnhold* *Konsul Adolf Arnhold*, *Dresden*, und *Hans Arnhold*, *Berlin*, als persönlich haftende Gesellschafter in die Firma *S. Bleichröder* eintreten. Es muß auffallen, daß *Bleichröder* bei *Gebr. Arnhold* nur durch einen Teilhaber vertreten sein wird, während die Firma *Gebr. Arnhold* zwei ihrer Mitinhaber in das Haus *S. Bleichröder* entsendet. Diese Ungleichheit ist wohl nicht nur damit zu erklären, daß *Gebr. Arnhold* in *Dresden* und *Berlin* domicilieren, während *S. Bleichröder* allein in *Berlin* einen Sitz hat. In der Mitteilung der beiden Bankhäuser wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die seit vielen Jahren bestehende Interessennahme des Hauses *S. M. von Rothschild* in *Wien* an der Firma *S. Bleichröder* auch in Zukunft bestehen bleibe. Die Beziehungen *Bleichröders* zu *Rothschild* sind bekanntlich alt. Wie sich die Zusammenarbeit der beiden Häuser in den letzten Jahren ausgewirkt hat, läßt sich schwer beurteilen. Ebenso ist nicht zu erkennen, ob die neue Situation, in die das Wiener Haus *Rothschild* durch den Zusammenbruch der *Credit-Anstalt* und die Gefährdung anderer Interessen (z. B. *Amstelbank*) geraten ist, auf die Entschließungen von *Bleichröder* eingewirkt haben. Die Tatsache, daß man zunächst betont hatte, nur einen gemeinsamen Ausbau der ausländischen Interessen vorzunehmen, jetzt aber hervorhebt, daß auch eine enge Zusammenarbeit im Inland beabsichtigt sei, könnte darauf hindeuten, daß die Wiener Vorgänge nicht ohne Einfluß waren. Die Selbständigkeit beider Firmen soll völlig aufrechterhalten bleiben, d. h. die juristische Selbständigkeit, denn praktisch kann bei einer so engen Zusammenarbeit das eine Haus keinen Schritt ohne das andere tun. Für die Aufrechterhaltung der juristischen Selbständigkeit sprechen verschiedene Umstände. Zu-

nächst einmal die Beteiligungen Bleichröders bei anderen Bankgeschäften (Aufhäuser in München, Schlutow in Stettin), ferner die Besitzverhältnisse bei Bleichröder selbst. Von den Teilhabern des Hauses Bleichröder scheint nur einer auszuscheiden, vermutlich Curt von Bleichröder, während man früher in Bankkreisen davon sprach, daß sich auch Ernst Kritzler zurückziehen werde. Der bekannte Aufwertungsprozeß zwischen den Teilhabern von Bleichröder, der ein helles Licht auf die großen Verluste warf, die Bleichröder durch Krieg und Inflation erlitten hatte, ist beigelegt. Mitgesprochen haben mag neben allem übrigen bei dem Festhalten an der juristischen Selbständigkeit beider Firmen auch der Vorteil, daß jedes der beiden Häuser seine Quote in den zahlreichen Konsortien behält. Ferner bleibt Bleichröder Mitglied der Stempelvereinigung, während das Dresdner Haus Arnhold Mitglied der Vereinigung der Privatbankiers ist.

---

#### Präsident Reisch verteidigt sich

---

Aus Wiener Bankkreisen wird uns geschrieben: „Ob sich nun die Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten der Österreichischen Nationalbank Prof. Dr. Reisch und dem Direktor der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft Dr. Oppenheim tatsächlich so abgespielt hat, wie ein Wiener Blatt zu berichten wußte (dementiert wurde die Meldung allerdings von beiden), oder nicht — eines ist gewiß: das Schuldkonto des Notenbankleiters trägt keine weitere Belastung mehr. Der Konflikt ist dadurch entstanden, daß sich die intakt gebliebenen Banken durch die Politik der Notenbank schwer geschädigt erachteten. Um den fortgesetzten Rediskontansprüchen der Österreichischen Credit-Anstalt genügen zu können, hat das Noteninstitut den Wechselkredit der anderen Banken restringiert. Dies in einem Zeitpunkt, wo diese Banken, die zum Unterschied von der Credit-Anstalt über durchaus einwandfreies Wechselmaterial verfügen, infolge der (nun abgewendeten) Schillingpanik starken Abhebungen ausgesetzt waren und auch auf die Sparkassen von der Nationalbank zugunsten der Credit-Anstalt Einfluß genommen worden war. In offener Generalversammlung erfuhr man aus dem Mund des Präsidenten Reisch, daß es für die Nationalbank kein Mittel gäbe, bei den Privatbanken eine ausreichende Kreditkontrolle auszuüben. Vielmehr bestehe nur die Möglichkeit, durch den Wechselrediskont eine Teilkontrolle vorzunehmen. Das war völlig neu. Bisher war man immer der Ansicht, daß die Nationalbank auf Grund der vorher festgestellten Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit des Einreichers das Ausmaß des zulässigen Obligos bestimme, nicht aber umgekehrt, daß sie aus dem eingegangenen Obligo nachträglich einen Schluß auf die Bonität des Verpflichteten ziehe. Dr. Reisch, der doch nebenher Professor an der Wiener Universität ist, hat mit seiner neuen Theorie auch die Wissenschaft um einen interessanten Beitrag bereichert. Was würde er aber dazu sagen, wenn sich die Leiter der Zweiganstalten seines Instituts an diese neue Lehre halten wollten und erst aus der Insolvenz ihrer Verpflichteten davon Kenntnis erlangen, daß sie im Wechselkredit zu weit gegangen sind? Oder gilt am Ende etwa hier: ‚Quod licet Jovi...‘? Sehr dürftig war auch alles andere, was Reisch auf das ihm vor-

gehaltene Sündenregister zu erwidern wußte. Er wurde daran erinnert, daß er den Erlaß präziser Vorschriften für die Aufstellung von Halbjahresbilanzen bei den Banken als schikanös bezeichnet habe. Als in anderen Ländern längst Zwischenabschlüsse in kürzeren Zeiträumen nach einem mehr oder weniger eingehenden Schema selbstverständlich waren, hat ein Notenbankleiter selbst einheitliche Halbjahresabschlüsse für eine überflüssige Behelligung erklärt und einen dahingehenden Antrag im Generalrat überhaupt nicht zur Abstimmung zugelassen! Wenn der Sprecher in der Generalversammlung verlangte, daß die Schuldigen an den Bankaffären der letzten Jahre endlich zur Verantwortung gezogen werden, so wird Präsident Reisch wahrlich nicht der letzte sein, der Rede und Antwort zu stehen haben wird. Mag er selbst sich für unfehlbar halten, mag er der Ansicht sein, daß es vollkommen in Ordnung ist, von einer Bank, die er als obersten Hüter des Kredit- und Währungswesens zu überwachen hätte, Revenuen in Form eines stattlichen Ruhegehältes zu beziehen und überdies dem Verwaltungsrat einer industriellen Aktiengesellschaft (Staatseisenbahn-Gesellschaft) desselben Bankkonzerns anzugehören — ein Forum, das diese Ansicht für ‚nobile‘ erklären könnte, wird er vergebens suchen.“

---

#### Die führerlose Credit-Anstalt

---

Durch die Vereinbarung mit den Auslandsgläubigern der Österreichischen Credit-Anstalt, Guthaben im Gesamtbetrag von 71 Mill. \$ auf die Dauer von zwei Jahren dem Institut zu belassen, und durch die Bevorschussung der österreichischen Schatzscheinanleihe seitens der Bank von England mit 150 Mill. \$ ist die Lawine, die Österreich finanziell zu verschütten drohte, zum Stillstand gebracht worden. Die politische Krise hat durch die Bildung eines Kabinetts, dem als neue Männer der Kanzler Dr. Buresch, der bisherige Landeshauptmann von Niederösterreich, und Dr. Josef Redlich, der in den letzten Jahren an der amerikanischen Harvard-Universität wirkte, angehören, ihr Ende gefunden. Redlich, ein Gelehrter von Ruf, ist auf finanziellem Gebiet ein Neuling. Die Aufgabe, die seiner harret, ist um so schwieriger, als seinem Amtsvorgänger Dr. Juch die Dinge über den Kopf gewachsen waren und der Bund in eine Situation geriet, die sich bei einigermaßen planmäßigem Vorgehen gewiß hätte vermeiden lassen. Die Gesamtengagements des Staates bei der Credit-Anstalt aus der Übernahme von Aktien und Haftungen und aus der Bareinzahlung belaufen sich auf rund 1 Milliarde S, weit mehr als der Erlös der Völkerbundanleihe, für die Österreich seine finanzielle Freiheit opfern mußte. Wieweit das Obligo effektiv werden wird, hängt wesentlich davon ab, wie die Geschäfte der Credit-Anstalt zur Abwicklung gelangen werden. Aber die Bank ist immer noch führerlos. Wohl haben die ausländischen Gläubiger in der Person van Hengels einen Vertreter, der Bund in Dr. Spitzmüller einen Vertrauensmann. (Nebenbei bemerkt: Wenn es richtig ist, daß Dr. Spitzmüller, der doch nur darüber zu wachen hat, daß keine unlauteren Manipulationen vorkommen, ein Jahresgehalt von 120 000 S eingeräumt wurde, dann wäre das ein bedenklicher Anfang beim Abbau der Spitzengehälter!) Zur Leitung der Geschäfte wurde

aber noch niemand gefunden. Man möge den neuen Leiter überall, nur nicht in der „zweiten Garnitur“ der Credit-Anstalt suchen. Die stellvertretenden Direktoren haben das Urteil über sich selbst gesprochen. Keiner von denen, die es verstanden haben, sich 80 000 S und darüber im Jahr an Gehalt und angemessen große Pensionen, dazu noch Abfertigung in der zwei- und dreifachen Höhe eines Jahresgehalts auszubedingen, haben die Gewissenhaftigkeit oder das Verantwortungsgefühl aufgebracht, einem Geschäftsgesbaren entgegenzutreten, welches das Institut umfehlbar dem Untergang preisgab. Wann die Credit-Anstalt in Wirklichkeit bereits insolvent war, wird die Untersuchung, die jetzt im Gang ist, festzustellen haben. Vielfach herrscht die Überzeugung vor, daß sie schon im Zeitpunkt der Übernahme der Boden-Credit-Anstalt mit ernstesten Schwierigkeiten kämpfte, ihre Verluste aber noch aus der Masse der fusionierten Anstalt decken zu können vermeinte. Während sie sich von der Öffentlichkeit als Retterin aus den Gefahren, in die das Land durch die Immobilisierung der Boden-Credit-Anstalt geraten war, preisen ließ, wußte sie tatsächlich selbst nicht mehr aus noch ein und setzte all ihre Hoffnung auf diese eine Karte. Aber die übernommenen Aktiven wurden so verwaltet, daß sie die Situation noch verschlimmerten. Neben der Nachprüfung der Bücher läuft nun auch eine polizeiliche Untersuchung gegen den früheren Direktor Ehrenfest, der, obwohl er der Bank ungeheure Verluste zugefügt hat — die Molo AG, die bei einem Aktienkapital von 100 000 S einen Kredit von vielen Millionen erhielt, ist ein bezeichnendes Beispiel für seine Geschäftsführung —, mit fürstlichen Jahresbezügen und einer Sinekure bei einer Pariser Verbindung der Credit-Anstalt für den Verzicht auf die Mitgliedschaft im Vorstand entschädigt wurde. Die sofortige Einsetzung vertrauenswürdiger und zugleich fachlich versierter Direktoren ist unerlässlich, wenn man, statt fortzuwursteln, wieder ordentlich wirtschaften oder auch nur ordentlich liquidieren will. Schon hat sich die Krise in Gestalt eines Moratoriums auf die Amstelbank ausgewirkt, und die Bank für auswärtigen Handel in Berlin schreitet zu einem sehr erheblichen Geschäftsabbau. Abgestoßen wurde bisher nur eine einzige Beteiligung, die *Laibacher Kredit-Anstalt*, deren Aktien sich zum weit überwiegenden Teil im Besitz des Wiener Instituts befanden. Die Laibacher Beteiligung ist durch den Verkauf des Mehrheitspakets an ein slowenisches Syndikat jetzt „nationalisiert“ worden.

### Die Schwierigkeiten der Amstelbank

Die 1920 in Amsterdam gegründete Amstelbank galt lange Zeit als der bedeutendste Bankstützpunkt unter den Auslandsbeteiligungen der Gruppe Rothschild—Credit-Anstalt. In den Jahren der Inflation war das Institut für seine Gründer sicherlich von außerordentlichem Wert, und es ist keine Über-

treibung, wenn man sagt, daß die Amstelbank sehr dazu beigetragen hat, das Wiener Haus Rothschild vor allzu großen Inflationsverlusten zu bewahren. Seit der Währungsstabilisierung in Österreich und in Deutschland, wohin bald nach der Gründung der Bank Fäden gesponnen wurden, widmete sich die Amstelbank vornehmlich der Beschaffung von Auslandskrediten. Insbesondere das Rembours-Geschäft spielte eine große Rolle. In welchem Umfange Gelder der Wiener Rothschilds oder der Credit-Anstalt in der Amstelbank arbeiteten, ist nie genau bekanntgeworden, ebenso wie man nicht weiß, wie das eigentliche Kundengeschäft der Amstelbank beschaffen war. Für einen Teil der fremden Gelder, welche die Amstelbank für ihre Geschäfte heranzog, hatte die Österreichische Credit-Anstalt die Garantie übernommen. Dies und die Tatsache, daß Rothschild und die Credit-Anstalt auch die Hauptaktionäre der Amstelbank sind, gaben den Anstoß zu den Schwierigkeiten dieser holländischen *Dépendance* der österreichischen Gruppe. Bis zum Ausbruch der Wiener Krise galt die Amstelbank, die bei 6 Mill. Fl Aktienkapital zuletzt 5 Mill. Fl offene Reserve auswies und Dividenden zwischen 9 und 11 % ausschüttete, im internationalen Geschäft als erstklassig. Die Kreditoren betrug Ende 1930 rund 120 Mill. Fl, die Debitoren 100 Mill. Fl. Daß die Bank nach dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt bei dem offenbaren Unvermögen des Wiener Hauses Rothschild, den ihm nahestehenden Finanzinstituten ausreichende Hilfe zu leisten, sich ohne fremden Beistand nicht lange würde halten können, war von Anfang an zu befürchten. Immerhin glaubte man, daß die Bank bei einem Arrangement mit den englischen Großgläubigern von einem Schalterschuß bewahrt werden würde. Die Entwicklung ist dann aber doch anders gegangen, und die Direktion der Amstelbank hat schließlich, „um eine Übervorteilung bestimmter Gläubiger zu vermeiden“, am Freitag der vorigen Woche ihre Zahlungen eingestellt. Am 17. Juni hatten die Großgläubiger einer Prolongation der laufenden Kredite um zunächst einen Monat zugestimmt. Die Direktion der Bank war indes der Ansicht, ohne eine mindestens dreimonatige Verlängerung der Akzeptkredite nicht durchkommen zu können. Die Bank hat jetzt das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Nach dem vorgelegten Status betragen die Kreditoren 117 Mill. Fl. Nach österreichischen Mitteilungen übersteigen die Aktiven die Passiven. Bei einer ruhigen und langsamen Liquidation sei eine Schädigung der Amstelbank-Gläubiger nicht zu befürchten. Holländische Meldungen lassen erkennen, daß die Direktion der Bank noch mit der Möglichkeit rechnet, das Institut weiterzuführen. Die Wirkung der Zahlungseinstellung war auf den holländischen Plätzen naturgemäß sehr ungünstig. Wenn auch die Hauptgläubiger nicht in Holland sitzen, so ist die Verbundenheit der Bank mit dem Lande schon durch die holländischen Mitglieder des Verwaltungsrats sehr eng.

### Duisberg und der Kampf gegen Ford

In den Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsverband der Automobilindustrie und den Kölner Ford-Werken spielt auch eine Äußerung des Geheimrats Duisberg eine Rolle, die er bei der Eröffnungsfeier der Kölner Ford-Werke, unter ausdrücklicher Berufung auf seine Eigenschaft als Vorsitzender des Reichsverbandes der

Deutschen Industrie, getan haben soll. Der Fordwagen — so wird auch in den uns vorliegenden Berichten Duisbergs Äußerung wiedergegeben —, aus deutschem Material und von deutschen Arbeitern hergestellt, sei ein rein deutscher Wagen. Der Reichsverband der Automobilindustrie will dagegen auf gerichtlichem Wege feststellen lassen, daß die in Köln gebauten Fordwagen nicht

einmal zu 70 % deutsch seien. Nun hat Geheimrat Duisberg dem Reichsverband der Automobilindustrie geschrieben, daß er in seiner Kölner Tischrede die ihm unterlegte Wendung vom rein deutschen Fordwagen nicht gebraucht habe. Duisberg fügt dieser Mitteilung hinzu, eine solche Wendung würde auch seinen eigenen Beobachtungen beim Rundgang durch das Werk widersprochen haben. Er habe das Ford-Unternehmen ersucht, jede propagandistische Ausnutzung der fraglichen Behauptung zu unterlassen. Wenn Geheimrat Duisberg erklärt, die umstrittene Äußerung nicht getan zu haben, so darf man das natürlich nicht in Zweifel ziehen. Duisberg muß sich dann aber in seiner Tischrede sehr unklar und mißverständlich ausgedrückt haben, denn verschiedene glaubwürdige Zuhörer haben Duisbergs Äußerung so verstanden, wie sie zuerst auch vom Reichsverband der Automobilindustrie wiedergegeben worden ist, und entsprechende Berichte sind auch in die Tageszeitungen gelangt. In dem Kampf des Reichsverbandes der Automobilindustrie gegen die Kölner Ford-Werke ist die Richtigstellung Duisbergs praktisch ebensowenig von Bedeutung wie der in Aussicht gestellte Nachweis, daß in Köln viel mehr ausländisches Material verarbeitet wird als die Ford-Werke zugeben. Weder wird durch eine solche Feststellung der Absatz des Fordwagens, wenn er gut und preiswert ist, stärker behindert, noch werden die Ford-Werke durch die Behauptung, daß ein größerer Teil des verwendeten Materials aus Deutschland stammt, ihren Absatz wesentlich erweitern können.

#### Personalia

Am 18. Juni starb im Alter von 75 Jahren der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig, Generalkonsul *Alfred Thieme*, Inhaber der Eisenfirma C. F. Weithas Nachf., Leipzig. Generalkonsul Thieme, der bis zum Jahre 1930 den Vor-

sitz und dann den Ehrevorsitz im Aufsichtsrat der Deutscher Eisenhandel AG führte, war früher Vorsitzender und zuletzt Ehrenvorsitzender des Nord-West- und Mitteldeutschen Eisengroßhandels-Verbandes eV und der Nord-West- und Mitteldeutschen Trägerhändler-Vereinigung eV.

Der langjährige Generaldirektor der Kattowitzer AG für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, Geh. Bergrat Dr. ing. *Gustav Williger*, wird am 1. August von seinem Posten mit Rücksicht auf sein hohes Alter — er vollendet am 5. Juli sein 75. Lebensjahr — zurücktreten.

An seinem 70. Geburtstag starb das stellvertretende Vorstandsmitglied der Gebrüder Stollwerck AG, Direktor *Friedrich Eppler*.

Das Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Lorenz AG in Ettlingen, Direktor *Ludwig Heinrich*, starb im Alter von 53 Jahren

Geheimrat Dr. ing. e. h. *Wilhelm von Opel* wurde einstimmig in den Senat des Reichsverbandes der deutschen Industrie gewählt.

Aus Anlaß der 100-Jahrfeier ernannte die Technische Hochschule in Hannover unter anderem folgende Herren zu Ehrendoktoren: Dr. *Friedrich Bergius*, Heidelberg, Regierungsbaumeister a. D. *Hans Hertlein* (Siemens-Konzern), Direktor *Hermann Reyss* (Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckert-Werke AG), Dipl.-Ing. *Max Ott* (Vorstandsmitglied der Hanomag), Direktor *Fritz Weissleder* (Accumulatoren-Fabrik AG) und Generaldirektor *Richard Platz* (Hackethal Draht- und Kabel-Werke AG).

Zum Rektor der Leipziger Handelshochschule wurde Professor *Alexander Snyckers* gewählt.

Die Referentin im Statistischen Reichsamte und Privatdozentin für Staatswissenschaften an der Universität Berlin, Dr. *Charlotte Lorenz*, ist beauftragt worden, Vorlesungen und Übungen über Wirtschaftsstatistik abzuhalten.

## Bilanzen

### Porzellanfabrik Kahla

Nach dem Gewinnrückgang der letzten Jahre jetzt ein Verlustabschluß

Vor einem Jahr haben wir die Entwicklung des größten deutschen Porzellankonzerns, der Porzellanfabrik Kahla, ausführlich besprochen (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 23, S. 1088). Wir wiesen damals darauf hin, daß sich sein Ertrag weit ungünstiger als bei den vergleichbaren Gruppen entwickelte. Inzwischen haben sich die Ergebnisse auch bei den anderen Porzellanfabriken im allgemeinen verschlechtert; aber sie sind doch nach wie vor wesentlich günstiger als bei Kahla. Hier hat sich nicht nur die seit 1927 anhaltende Gewinnminderung fortgesetzt, sondern es wird jetzt sogar ein Verlust ausgewiesen, der den angesammelten Gewinnvortrag von fast einer halben Million aufzehrt und darüber hinaus einen noch etwas höheren Verlustvortrag an seine Stelle setzt. Die rückläufige Konjunktur und die Verschlechterung der Absatzbedingungen, die schon seit Jahren zu der ständigen Verminderung des Ertrags führten, haben Kahla im Jahre 1930 in doppelter Weise schwer getroffen: im Geschirr- und im Elektroporzellangeschäft.

In *Geschirrporzellan* hat Kahla zwar seinen Absatzanteil innerhalb der deutschen Industrie vergrößern können, aber offenbar nur durch schwere Preisopfer. Die Zunahme ergab sich nämlich auf dem *Inlandsmarkt*, wo Kahla mit seiner Stapelware von der Abwanderung zu billigeren Qualitäten unter dem Druck der verminderten Kaufkraft Nutzen zog. Der *Export* dagegen hat stark gelitten, gerade für diese Stapelware, die nicht die wachsenden Zollmauern überspringen kann. Vor allem die Vereinigten Staaten, die bei der letzten Erhöhung ihres protektionistischen Tarifs auch die Porzellanzölle reichlich heraufgesetzt haben, spielen

dabei eine große Rolle. Die Ausfuhr von Kahla nach den USA betrug 1930 fast nur noch ein Viertel von 1929. Im ganzen nahm der Auslandsabsatz um 38 % ab, während die Gesamtausfuhr der deutschen Porzellanindustrie um 22 % zurückging. Eine Umsatzsteigerung um 15,8 % des Wertes im Inland bewirkte aber, daß Kahla im ganzen nur einen Rückgang des Umsatzwertes um 5,4 % zu verzeichnen hat, während der Umsatzwert der gesamten deutschen Porzellanindustrie um 13 % abnahm. Mengenmäßig war die Entwicklung allerdings anders: Der Durchschnittswert war in der gesamten Geschirrinindustrie noch etwas gestiegen, während er bei Kahla sank. Darin wirkt es sich aus, daß im Export die Entwicklung der besseren Qualitäten eine günstigere ist als die der Stapelware.

In der *Elektroporzellanindustrie*, die während der letzten Jahre im allgemeinen besser rentierte als die übrigen

#### Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
<b>Einnahmen</b>					
Gewinnvortrag .....	0,042	0,290	0,404	0,433	0,435
Waren .....	3,286	6,910	6,967	6,013	4,036
Pacht und Miete .....	0,177	0,163	0,124	0,130	0,146
Verlust .....	—	—	—	—	0,562
<b>Ausgaben</b>					
Verlustvortrag .....	—	—	—	—	3,062
Unkosten .....	—	4,378	4,525	4,093	1,302
Steuern und soziale Lasten ..	2,872	1,459	1,409	1,323	—
Abschreibungen auf Gebäude, Maschinen und sonstige Anlagen .....	0,321	0,587	0,657	0,719	0,833
Reingewinn .....	0,311	0,938	0,904	0,441	—
<b>Dividende in %</b>					
Auf Stammaktien .....	0	7	1) 5	0	0
Auf Vorzugsaktien .....	6	6	6	6	0

1) 3 Mill. RM junge Aktien nur für ein halbes Jahr dividendenberechtigt.

## Bilanz

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
<b>Aktiva</b>					
Grundstücke und Gebäude ....	4,077	6,764	6,817	6,669	6,507
Unvollendete Neubauten .....	—	0,117	0,058	0,071	0,054
Öfen, Maschinen und sonstige Anlagen .....	1,612	2,705	2,897	2,856	2,682
Hypotheken .....	0,907	0,024	0,050	0,029	0,041
Wertpapier- und Beteiligungs-Konto .....	2,218	1,968	1,987	2,920	3,017
Kasse .....	0,044	0,027	0,045	0,085	0,035
Wechsel .....	0,315	0,085	0,007	0,001	0,053
Halbfabrikate .....	—	—	0,201	0,265	0,210
Fertigfabrikate .....	1,172	3,006	2,946	2,075	1,977
Vorräte .....	0,821	1,229	1,671	1,615	1,349
Bankguthaben .....	—	—	0,983	0,136	0,313
Außenstände über die Hermsdorf-Schönburg Isolatoren GmbH .....	5,058	5,543	2,295	2,059	1,489
Sonstige Schuldner .....	—	—	3,165	2,960	2,696
Bürgschaften .....	1,787	0,518	0,289	0,316	0,116
Verlust .....	—	—	—	—	0,582
<b>Passiva</b>					
Stammaktien .....	9,000	9,000	12,000	12,000	12,000
Vorzugsaktien .....	0,093	0,093	0,093	0,093	0,093
Gesetzlicher Reservefonds .....	0,703	0,909	1,279	1,279	1,279
Aufgewertete Obligationen .....	0,099	0,198	0,177	0,175	0,174
Hypotheken .....	1,265	1,680	1,762	1,278	1,203
Interimskonto .....	—	1,868	1,941	1,729	1,548
Bankschulden .....	—	—	2,365	2,432	2,841
Sonstige Gläubiger .....	3,062	4,910	1,529	1,568	1,510
Akzente .....	0,470	1,870	1,053	0,741	0,559
Bürgschaften .....	1,787	0,518	0,289	0,316	0,116
Reingewinn .....	0,311	0,958	0,904	0,441	—

Zweige, hat die starke Einschränkung der Investitionen durch die Elektrizitätserzeuger zu einer wesentlichen Verminderung des Absatzes — besonders beim Hochspannungsporzellan — geführt. Hier beträgt der Rückgang bei dem

straffen Absatzkartell und somit gleichmäßig bei allen seinen Mitgliedern nicht weniger als 36 %. In Niederspannungsporzellan war der Absturz etwas geringer; er betrug dort im ganzen etwa 25 und für Kahla 11 %. Offenbar sind die Niederspannungsartikel nicht in demselben Maße konjunkturrempfindlich wie die Hochspannungsartikel. Außerdem muß auch die Preispolitik eine Rolle spielen, vor allem auch bei der Erhöhung des Anteils von Kahla in Niederspannungsware. Allerdings klagt die Gesellschaft gerade auf diesem Gebiet über die unbefriedigende Preisbasis. Aber es fragt sich, was vorteilhafter ist: eine Einschränkung der Produktion und Aufrechterhaltung der Preise, oder Senkung der Preise und bessere Ausnutzung der Anlagen.

Die Bilanz spiegelt die übliche Entwicklung dieses Jahres wieder: Verminderung der Umsatzkonten mit den rückläufigen Preisen und der Verminderung der Geschäfte, und infolgedessen auch eine gewisse Verbesserung der Liquidität. Diese ist aber bei Kahla gering, da die Gesellschaft mit Verlust gearbeitet hat. Sie zeigt sich nur in einer bescheidenen Erhöhung der flüssigen Mittel und einer Verminderung der Hypotheken, der Akzente, des Interimskontos und der sonstigen Kreditoren; dagegen sind die Bankschulden sogar noch etwas gestiegen. Wesentlich verändert ist das Bild im ganzen nicht. Der Börsenkurs der Aktien deutet darauf hin, daß die Bilanzbewertungen bei den gegenwärtigen Ertragsaussichten recht kritisch betrachtet werden; in der Tat muß man bezweifeln, ob Kahla jemals in der Lage sein wird, das gegenwärtige Kapital normal zu verzinsen.

## Literatur

Elster, Karl: *Vom Rubel zum Tscherronjcz*. Zur Geschichte der Sowjet-Währung. Jena 1930. Gustav Fischer. VIII, 316 Seiten. — Preis 15 RM.

Im Vorwort nennt Elster seine Untersuchung *Betrachtungen zur Geschichte der Sowjet-Währung*; die Geschichte selbst könne noch nicht geschrieben werden. Die vier Kapitel behandeln die Zeit des Weltkrieges, des Kriegskommunismus, der neuen ökonomischen Politik bis zur Währungsreform und der letzten Jahre. Der dicke Band geht aber weit über das Thema der Währung hinaus — nicht immer zum Vorteil der Arbeit.

Das Positive besteht in der Wiedergabe der währungsgeschichtlichen Tatsachen bis Ende 1929. In deutscher Sprache ist die Entwicklung der letzten Jahre, nach Erscheinen der kleinen Schrift von Prof. L. N. Jurowsky (*Die Währungsprobleme Sowjetrußlands*, Prager 1925), nicht mehr zusammenfassend geschildert worden. Im geldgeschichtlichen Teil des Buches lehnt sich Elster an die russischen Untersuchungen, in erster Linie an Jurowskys neue, russische Auflage und an Katzenellenbaums Lehrbuch an. Im ganzen ist diese Darstellung gelungen; nur ein paar Bemerkungen seien gemacht. Von den verschiedenen Vorschlägen eines geldlosen Abrechnungssystems aus der Zeit des Kriegskommunismus erläutert er nur den Vorschlag von Strumilin, obschon auch andere, besonders Tschajanoff, mit dem Projekt einer naturalwirtschaftlichen Verteilung der Güter, bedeutend weiter gingen und auch theoretisch interessant waren. Es werden die Versuche nicht erwähnt, den Tscherronjcz an ausländischen Börsen einzuführen, obwohl diese Bestrebungen in den Jahren 1924—1925 in den baltischen Staaten, in Konstantinopel und auch in Rom einen bedeutenden Erfolg hatten. Das Bank- und Kreditsystem, das auch in der Union für die Geldwirtschaft von großer Wichtigkeit ist, hätte zusammenfassender und eingehender untersucht werden können. Elster setzt richtig auseinander, daß die Preise im Privathandel wegen des Warenmangels viel höher sind als im Staatshandel (S. 244, 258); unerwähnt bleibt aber die sehr wichtige Tatsache, daß die verschiedene Kaufkraft des

Rubels auch absichtlich nach sozialen Klassen differenziert wird, durch verschiedene Preise in den staatlichen Verkaufsstellen — auf rationierte und nicht rationierte Warenmengen. Die ganz richtige Bemerkung Karl Bräuers (im Vorwort zu Haensels „Finanz- und Steuerverfassung der UdSSR“), daß die staatliche Preisfestsetzung dem Staat große Mittel in die Hand gibt, wird von Elster weitläufig zu kritisieren versucht: Es seien im Jahre 1928/29 nur 4 % versteckte Verbrauchssteuern in den Staatseinnahmen enthalten. Demgegenüber findet man in den Kontrollzahlen für dasselbe Jahr die Feststellung, daß 74,3 % aller Einnahmen des Finanzplans durch den „Preismechanismus“ gedeckt werden.

Die grundlegende Frage, welchem Währungssystem die Sowjetwährung zuzuzählen ist, wird von Elster mit der Feststellung beantwortet, sie gehöre zu den „freien Währungssystemen“, die Geldschöpfung sei vom Edelmetall unabhängig. Wir meinen, daß diese Einreihung, die wohl durch die theoretische Einstellung des Verfassers bedingt ist, das Wesen der Tscherronjcz-Rubel-Währung nicht zu klären vermag. Die Definition von Jurowsky — „eine geschlossene Papierwährung mit offizieller Goldparität“, eine Abart der „gold exchange currency“ — drückt die Eigenart dieser Währung viel prägnanter aus.

Die Arbeit leidet unter einer übermäßigen Anhäufung nebensächlicher Dinge. Dem Bürgerkrieg sind viele Seiten gewidmet, die Interventionen der Entente werden gebührend geißelt, Deutschlands Kriegspolitik dagegen geschont: Über Brest-Litowsk heißt es nur: „Ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen ist dieser... Vertrag allerdings nicht gewesen.“ Man erfährt auch etwas über Rußlands Klima — „Die warmen Luftströmungen vom Atlantischen Ozean, vom Mittelländischen und dem Schwarzen Meer brechen sich an den skandinavischen Gebirgen, den Karpathen und den Bergen der Krim.“ (S. 259). Weitläufig und wenig überzeugend wird der Begriff des Kriegskommunismus erklärt (S. 122) sowie auch — im Gegensatz zur Lenin — zu beweisen versucht, daß die „Nep“ kein Rückzug gewesen sei (S. 152),

daß sie auch jetzt noch befolgt werde (Januar 1930, S. 161 und 315). Elster zitiert oft Jurovsky. Das Motto in dessen Buch lautet treffend: „The greatest of faults, I should say, is to be conscious of none“ (Thomas Carlyle).

Berlin

Prof. Dr. W. Leontief

*Fahrenfort, Jac.: Beurs en Krant, Handelswetenschappelijke Bibliotheek, Leiden.*

Zu den wenigen deutschen Büchern, die versuchen, den Handelsteil der Zeitungen dem unkundigen Leser zu erläutern, gesellt sich die vorliegende holländische Arbeit. Es handelt sich bei ihr um den ersten Teil eines Werkes, der im wesentlichen den Wertpapier- und Devisenmarkt und die damit im Zusammenhang stehenden Gebiete behandelt. Daß die Wertpapierbörse einen großen Raum einnimmt, kann angesichts der Bedeutung des Amsterdamer Markts nicht überraschen. Auch die Emissionsbank des Landes wird ausführlich behandelt, während allerdings die Notenbanken der anderen Länder etwas stiefmütterlich wegkommen; es werden überhaupt nur die Bank von England und die Bundes-Reserve-Banken ganz kurz besprochen, diese sogar ohne Wiedergabe selbst eines gekürzten Status. Von den ausländischen Börsen- und Devisenmärkten gilt ähnliches. Bei der ziemlich gut entwickelten Technik des Devisenmarkts in Deutschland ist es z. B. eigentlich etwas wenig, wenn ihm lediglich fünf Zeilen gewidmet werden. Auch der Handel in Edelmetallen, insbesondere der jetzt allgemein interessierende Silbermarkt, wird nur kurz erwähnt, obwohl die holländische Presse diesen Märkten einen ziemlich breiten Raum widmet. Die allgemeinen Einleitungen zu den einzelnen Kapiteln sind kurz, aber für das Verständnis des durchschnittlichen Lesers wohl ausreichend. Überhaupt kann das Buch als eine brauchbare Einführung in den Handelsteil der holländischen Zeitungen betrachtet werden.

Berlin

Hans Hirschstein

*Der neue chinesische Zolltarif vom 29. Dezember 1930.* Hamburg 1931. Herausgegeben vom Ostasiatischen Verein. 155 S. — Preis 3,50 RM.

Der neue chinesische Zolltarif, der am 1. Januar 1931 in Kraft getreten ist und erhebliche Veränderungen gegenüber dem alten Tarif bringt, ist jetzt vom Ostasiatischen Verein, Hamburg, in deutscher und englischer Sprache herausgegeben worden. Eine Gegenüberstellung der neuen und alten Zollsätze verdeutlicht die Veränderungen. Das Sachregister erleichtert ein Auffinden der einzelnen Tarifpositionen.

## Zeitschriften - Literatur

*Fritz Baade: Der Kampf um den Weltgetreidemarkt.* „Die Gesellschaft“ VIII. Jahrg., Juni 1931, Nr. 6. S. 516 bis 548.

Der Sturz der Weltgetreidepreise auf etwa 50 % des Vorkriegspreises wird im allgemeinen drei Hauptursachen zugeschrieben: den technischen Fortschritten in der *extensiven* Landwirtschaft (Verwendung von Traktor und Mäh-drescher), den Fortschritten in der *intensiven* Landwirtschaft (Ausbreitung des Kunstdüngerverbrauchs und des hochgezüchteten Saatguts in den bäuerlichen Gebieten Europas) und dem Wiederauftreten *Sowjetrußlands* auf den Weltgetreidemarkten. — *Mäh-drescher und Traktor* haben eine erhebliche Produktionskostensenkung in der extensiven Landwirtschaft halbtrockener Steppengebiete hervorgerufen. Trotzdem dürfen die extrem niedrigen Kosten nicht für die Weltgetreidewirtschaft verallgemeinert werden. Wichtig sind ja nicht die niedrigsten, sondern die höchsten Produktionskosten, die noch herangezogen werden müssen, um den Bedarf zu decken. Diese Grenz-Produktionskosten des Weizenbaus in den Vereinigten Staaten dürften nach Einführung von Mäh-drescher und Traktor rund 90 RM je t ab Farm betragen, d. h. unter Einbeziehung der Transportkosten etwa 140 RM je t ab europäischem Hafen. Die technischen

Fortschritte in der extensiven Landwirtschaft hätten also den Weizenpreis nur auf ungefähr den Vorkriegspreis senken können. Der Verbrauch von *Kunstdünger* und hochqualifiziertem *Saatgut* in der europäischen Landwirtschaft steigt in den letzten Jahren langsam an. Für Deutschland und Osteuropa dürfte ein Preisniveau der Agrarproduktion, das etwa um 10—20 % über den Vorkriegspreisen liegt, im Augenblick zwar noch als krisenhaft empfunden werden, aber unter dem Druck der modernen Technik würde die Erzeugung wahrscheinlich bei diesem Preisniveau noch weiter zunehmen.

Nach der Darstellung Baades ist für den Zusammenbruch des Weltgetreidemarkts in den letzten zwei Jahren die *Exportpolitik Rußlands* verantwortlich. Mit Beginn des russischen Exports setzten in fast allen Ländern *politische Gegenkräfte* zum Schutz der nationalen Landwirtschaft ein. Rund 200 Mill. t der Weltgetreideproduktion außerhalb Rußlands kommen zum Verkauf. Diese 200 Mill. t hatten nach den Weltmarktpreisen vor Beginn der russischen Exporte einen Verkaufswert von 30 Milliarden RM. In den letzten 15 Monaten haben sich die Weltmarktpreise auf etwa die Hälfte verringert; das bedeutet einen Verlust von 15 Milliarden an agrarischer Kaufkraft. Durch protektionistische Maßnahmen wurde dieser Verlust zu knapp zwei Dritteln abgewehrt; zu rund 6 Milliarden ist er tatsächlich im Jahre 1930 eingetreten.

Dabei war das Ausmaß, in dem sich die einzelnen Länder zur Wehr setzten, verschieden. 1. Eindeutige *Zuschußländer* haben sich durch Schutzzölle von 100—500 % der Weltmarktpreise sowie durch Staatsmonopole geschützt. 2. Einen Grad ungünstiger gestellt sind jene Länder, die an der Grenze von Einfuhrbedarf und Ausfuhrüberschuß stehen, vor allem die *Vereinigten Staaten*. Das protektionistische Problem der Union besteht darin, sich ganz vom Weltmarkt zurückzuziehen und so die hohen Agrarzölle wirksam zu gestalten. 3. Die *osteuropäischen Überschußländer* versuchen, der Preissenkung durch Beseitigung des privaten Handels im Export zu entgehen. 4. Die *überseeischen Exportländer*, die bis 80 % ihrer Produktion ausführen, sind dem Preiszusammenbruch vollkommen schutzlos ausgesetzt. 5. Es bleiben übrig die ausgesprochenen *Freihandelsländer*, die aber keinen normalen Zustand verkörpern. Auf diese Länder entfallen von der Weltgetreideproduktion in Höhe von 288 Mill. t (ohne Rußland) nur etwa 12 Mill. t.

Hieraus ergeben sich die *Entwicklungslinien*. Die Politisierung der Weltgetreidewirtschaft wird unter dem Druck des russischen Exports fortgesetzt werden. In den hochprotektionistischen Einfuhrländern wird die landwirtschaftliche Produktion infolge des hohen politischen Preisniveaus noch weiter ausgedehnt werden und damit aus dem Weltgetreidemarkt ausscheiden. Das gleiche gilt für die Vereinigten Staaten, die nur durch Verzicht auf Exportüberschüsse den Zusammenbruch ihrer eigenen Landwirtschaft verhindern können. Die osteuropäischen Überschußländer werden ihre Tendenz zu Regional-Abkommen mit West- und Mitteleuropa verstärken. Das eigentliche *Kampfgebiet* werden der englische, der dänische, belgische und holländische Zuschußbedarf in Höhe von rund 12 Mill. t werden. Die überseeischen Exportländer werden sich gegen den russischen Preisdruck nicht schützen können, so daß dort die Anbaufläche rapide zurückgehen muß; schon in diesem Jahr ist ein 20—30 % iger Rückgang festzustellen. Dadurch würde der im Herbst 1929 aufgenommene Kampf Sowjetrußlands um die Wiedererlangung seines früheren Weltmarktanteils zu Rußlands Gunsten entschieden sein. Es wäre wieder Platz für 10 Mill. t russischer Verschiffungen geschaffen, und die Preise würden voraussichtlich auf das Doppelte ihres niedrigsten Standes im Winter 1930/31 steigen. Wieweit dieser Kampf durch ein internationales *Getreidekompromiß*, das nur planwirtschaftlich sein könnte, ein Ende findet, ist vorläufig nicht abzusehen.

K. Z.



# Marktberichte

## Die Konjunktur

Selten haben sich „Stimmung“ und objektive Lage in der Konjunkturbeobachtung so weit voneinander entfernt wie in der vergangenen Woche. Psychologisch waren zweifellos alle Voraussetzungen für einen Konjunkturaufschwung gegeben; der Vorschlag Hoovers, den wir im Leitartikel dieser Nummer ausführlich besprechen, hat in weitesten Kreisen Deutschland und — was mindestens ebenso bedeutsam ist — fast der ganzen Welt einen großen Optimismus hervorgerufen. Sieht man jedoch von der Börsenhause, die nur mit wichtigen Vorbehalten als Zeichen eines Aufschwungs betrachtet werden kann, und von der Versteifung einzelner Warenmärkte ab, so sind weitere Auswirkungen auf die tatsächliche Konjunkturlage vorläufig nicht zu verzeichnen. Man durfte sie allerdings auch nicht so rasch erwarten.

Die Zahlen, die bisher über die Konjunkturentwicklung vorliegen, beziehen sich naturgemäß auf einen Zeitpunkt vor der Bekanntgabe des Hoover-Plans. Sie vermitteln das bekannte Bild einer weiteren Entlastung, bei der nicht mit hinreichender Exaktheit festzustellen ist, ob sie vornehmlich oder ausschließlich saisonmäßig bedingt ist. Nach dem Bericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Lage des *Arbeitsmarkts* Ende Mai ist bei den Arbeitslosen ein Rückgang um etwa 6%, bei den Kurzarbeitern eine Verminderung um etwa 4½% gegenüber dem Stand Ende April festzustellen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet diese Entwicklung eine weitere Verbesserung; denn besonders in der „Konjunkturgruppe“ trat dieses Jahr eine Entlastung ein, während im Jahre 1930 eine gewisse Verschlechterung vorhanden war. Gegenüber der Entwicklung im Jahre 1928 bedeutet die Bewegung dieses Jahres hingegen eine Verschlimmerung, zumal das Niveau des Beschäftigungsgrades mit etwa 61% (ausschließlich der „Saisongewerbe“) weit unter dem Stand in den Vorjahren liegt (1929: 74%, 1928: 82%).

Zwischen den Zahlen der freien Gewerkschaften und der Statistik der Arbeitsämter besteht übrigens seit einigen Monaten eine Differenz, die an Umfang über die bisher üblichen Unterschiede hinausgeht. Während beide Zahlenreihen die Entwicklung gegenüber dem Vorjahrsstand ziemlich gleichmäßig wiedergeben (eine Verschlechterung um etwa 54%), wird die Entlastung seit dem Maximum des letzten Winters von den Gewerkschaften wesentlich kleiner angegeben als von den Arbeitsämtern. Ein großer Teil dieser Differenz mag darauf zurückzuführen sein, daß die Saisonberufe, hauptsächlich die Bauarbeiter, innerhalb der Gewerkschaftszahlen eine überdurchschnittliche Bedeutung haben, und daß gerade bei dieser Gruppe eine konjunkturelle Verschlechterung im Vergleich zum Jahre 1930 festzustellen ist. Aber erst die Entwicklung in den kommenden Monaten wird ein Urteil darüber erlauben, ob diese Deutung das Richtige trifft.

Der Bericht der *Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung* für Mitte Juni kann zum ersten Male die Unterschreitung einer Vorjahrszahl melden: Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung lag mit 1 476 000 um rund 30 000 unter der entsprechenden Zahl des Vorjahrs. Während in der ersten Junihälfte des Jahres 1930 nur eine Entlastung um 46 000 Unterstützungsempfänger eintrat, war diesmal eine Verminderung um über 100 000 festzustellen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist zwar für die Gesamtentwicklung der Arbeitsmarktlage gegenwärtig weit weniger typisch als vor einem Jahr (damals betrug sie etwa 55% dieses Jahr hingegen nur 36% der gesamten Arbeitslosenzahl). Aber auch die Zahl der *Arbeitsuchenden überhaupt* machte in der ersten Junihälfte eine Entwicklung durch, die sich vorteilhaft von der Vorjahrsbewegung

unterscheidet: Sie sank um 53 000 auf rund 4 Millionen, während sie im vorigen Jahr um 11 000 (auf 2,6 Millionen) anstieg. Da sich aber die Konjunkturlage im vorigen Jahr ausgesprochen verschlechterte, darf man aus dieser relativ günstigen Entwicklung noch nicht auf eine echte konjunkturelle Entlastung in diesem Jahr schließen.

## Der Geld- und Kapitalmarkt

### Aufhebung und Wiedereinführung der Privatkontnotiz

An anderer Stelle des Heftes wird dargestellt, daß sich die Lage der Reichsbank am 19. und 20. Juni infolge neuer erheblicher Devisenabzüge kritisch verschärft hatte. Am 20. Juni wurde die *Privatkontnotierung ausgesetzt* und damit die Kreditrestriktion angekündigt, deren Folgen für die Bankwelt und die Wirtschaft beim Andauern der Kreditabziehungen unübersehbar gewesen wäre. Dank der Hooverschen Proklamation trat bereits am Montag eine *Beruhigung* ein. Die Privatkontnotierung konnte *wieder aufgenommen* werden, und wenn auch der Satz zunächst 7% blieb und die Kreditrestriktion zunächst — in milder Form — weiter durchgeführt wurde, so war doch das Schlimmste abgewendet.

1931	Berlin					Frankfurt a. M.	
	Privatdiskont lange Sicht	kurze Sicht	Tägliches Geld	Monats- geld	Waren- wechsel	Scheck- tausch	Waren- wechsel
18.6	7	7	7 - 9	7 - 8 1/2	7 1/4	6	7 1/4
19.6	7	7	7 - 8 1/2	7 - 8 1/2	7 1/4	6 1/2	7 1/4
20.6	7	7	6 1/2 - 8	7 - 8 1/2	7 1/4	6 1/2	7 1/4
22.6	7	7	6 1/2 - 8	7 - 8 1/2	7 1/4	6	7 1/2
23.6	7	7	6 1/2 - 8	7 - 8 1/2	7 1/4	6	7 1/2
24.6	7	7	6,8 - 8	7 - 8 1/2	7 1/4	6	7 1/2

Auf dem Devisenmarkt war der Kurs für Kabel New York am 19. Juni auf 4,213 gestiegen, für das Pfund auf 20,495 und für Paris auf 16,495. Schon am 22. Juni trat eine Ermäßigung ein, und am 23. Juni lösten sich die Kurse weiter vom Goldpunkt. Kabel New York sank auf 4,209, das Pfund auf 20,486 und der französische Franc auf 16,484. Die kleine Wiedererhöhung am 24. Juni hing damit zusammen, daß immer noch alte Kredite abliefen. Die Reichsbank brauchte nicht mehr zu intervenieren, nachdem sie schon am 23. Juni kleine Devisenzuflüsse zu verzeichnen hatte.

Berlin Mittelkurs:	18.6.	19.6.	20.6.	22.6.	23.6.	24.6.
New York .....	4,213	4,213	4,213	4,213	4,209	4,212
London .....	20,49	20,50	20,50	20,50	20,49	20,50

### Der gesicherte Reichskredit

Diese Entspannung kam auch den Verhandlungen über den Reichskredit von 250 Mill. RM zugute, der nunmehr als gesichert anzusehen ist. Die Auszahlung an das Reich erfolgt zum Teil (mit 180 Mill. RM) noch im Juni, zum andern Teil im Juli. Über den empfangenen Betrag werden Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit ausgestellt, die bei Fälligkeit bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1931 verlängert werden können. Für die Zinsberechnung bildet der jeweilige Reichsbankdiskont im Zeitpunkt der Auszahlung die Grundlage. Der Zinssatz beträgt 1% über Banksatz, wozu noch eine Provision von ¼% kommt. Mit Rücksicht darauf, daß die Reichsbank bei Annahme des Hooverschen Vorschlags hofft, ihren Notdiskont von 7% bald abbauen zu können, hat man den ersten *Prolongationstermin* der Schatzanweisungen bereits auf den Juli gelegt, anstatt — wie bisher vorgesehen — auf den September. Das Reich braucht übrigens nicht den Kredit zu prolongieren, während die Banken *verpflichtet* sind, den Kredit bis März 1932 zu verlängern. Die Schatzanweisungen sind bei der Reichsbank lombardierbar, aber nicht diskontfähig. Zeitweise hatten sich zahlreiche Banken aus Furcht vor der Kreditrestriktion von der Übernahmeverpflichtung zurückgezogen; erst nach der eingetretenen Entspannung gelang es, das Konsortium wenigstens einigermaßen vollständig wieder zusammenzubringen.

## Die Warenmärkte

In der zweiten Hälfte der Berichtszeit kamen auch die Warenmärkte unter den stimmungsmäßigen Einfluß der Hoover'schen Botschaft. Die damit eingeleitete Aufwärtsbewegung war in einzelnen Fällen zunächst recht kräftig; jedoch lassen die wenigen seither verfloßenen Tage ein Urteil darüber, ob es sich um einen grundlegenden Umschwung in der Marktmeinung handelt, noch nicht zu. Nur soviel läßt sich mit Sicherheit feststellen, daß die Kraft der Aufwärtsbewegung, ähnlich wie auf den Wertpapiermärkten, zu einem guten Teil mit der Deckung von Leerverkäufen zusammenhing, und daß ihr deshalb rasch größere Schwankungen folgten. Das gilt mit am stärksten von den

### Metallmärkten

die bis dahin ausgesprochen flau verkehrt hatten und auf denen z. B. für *Kupfer* noch weitere Preisherabsetzungen durch das Kartell zu verzeichnen waren. Der Montag aber brachte eine geradezu stürmische Aufwärtsbewegung an der Londoner Börse, und das Kartell benutzte diese Hausse — zusammen mit einer (unter solchen Umständen selbstverständlichen) Belegung des Konsumgeschäftes —, um den Preis erneut auf 8,52½ und 8,77½ Cents in die Höhe zu setzen. Die amerikanischen Märkte sind dieser Aufwärtsbewegung nur sehr zögernd gefolgt.

Auf dem *Zinnmarkt* beherrschte die Unmöglichkeit, den erstrebten Zinn-Pool zustande zu bringen, der die Vorräte durchschleppen soll, das Feld. Die Stimmung war um so ungünstiger, als die Vorräte besonders in England deutliche Neigung zeigten, weiter zu wachsen.

Verhältnismäßig fest lagen während der ganzen Zeit *Blei* und *Zink*, ohne daß hier von besonderen Gründen oder Ereignissen gesprochen werden kann. Eine sehr starke spekulative Preissteigerung, allerdings fast vom niedrigsten bisherigen Stande aus, erfuhr *Silber* unter Führung der asiatischen Märkte. — Auf den

### Getreidemärkten

hatten während der ganzen Woche die schlechten Nachrichten aus Kanada der Stimmung eine Stütze geboten. Die Klagen wegen des Regenmangels halten an, und die Befürchtungen für die kanadische Ernte sind mindestens in den Kabeln gewachsen. Trotzdem war bis zum Beginn der Kalenderwoche kaum eine wesentliche Änderung der Preise zu verzeichnen; aus welchen Gründen sie dann zunächst eintrat, ist oben gesagt. Es gibt übrigens auch heute noch genügend Kreise in Europa, die der Ansicht sind, daß die Verhältnisse in Kanada bei weitem nicht so ungünstig liegen, wie sie dargestellt werden. Die Ernte in der Union scheint jedenfalls trotz größerer auch dort behaupteter Schäden bei der Sommerfrucht den kühnsten Erwartungen zu entsprechen.

Für Deutschland war das wichtigste Ereignis die Bekanntgabe der *ermäßigten Preise für Mais und Kartoffelflocken*. Von der ursprünglich geplanten dreifachen Verkoppelung hat man schließlich doch abgesehen; wie weit sich aber die gegenwärtige Preissenkung als zureichend erweist, um das Geschäft anzuregen, bleibt abzuwarten. Bei *Brotgetreide* haben sich die Verhältnisse gegenüber der Vorwoche nicht wesentlich geändert; auf den Preisen für die neue Ernte liegt deutlicher, aus der Angst vor raschem Ernteangebot herrührender (übrigens zum Teil durch Verkäufe der Landwirte selbst bedingter) Verkaufsdruck. Die Sichten der alten Ernte haben sich aus Mangel an greifbarer Ware versteift, was nur beim Weizen während eines Teiles der Woche infolge der jüngst geschilderten Vorgänge um Danziger Weizen und Weizenmehl nicht deutlich zum Ausdruck kam. — Auf den

### Baumwollmärkten

verlief der größere Teil der Woche wieder ausgesprochen gedrückt, zumal die Nachrichten über die ame-

rikanische Ernte weiter günstig lauteten. Zum Teil wurde die Ernte mit über 13 Mill. Ballen geschätzt, und man fügte hinzu, daß dies nach den Anzeichen der letzten Zeit zur Deckung des Weltbedarfs an amerikanischer Baumwolle ausreiche, ohne daß man auf den Übertrag von rund 9 Mill. Ballen zurückzugreifen brauche. Im übrigen waren die Märkte für die Reaktion, die der Hoover-Botschaft folgte, auch hier technisch recht gut vorbereitet; man hatte bereits seit einigen Wochen den Eindruck, daß der Markt überverkauft sei; besonders scheint das von Liverpool zu gelten. In Bombay sprach man bereits vorher von einem sich verbreitenden Corner in Broach-Baumwolle, von der große Posten für chinesische Rechnung aus dem Markt genommen waren.

### Der Wollmarkt

bereitet sich auf die kommende Londoner Versteigerung vor; das Angebot dürfte ziemlich bedeutend sein. Vor dem Sonntag nahm man (wie aus Fachberichten zu ersehen ist) an, daß die Versteigerung unter besonders starkem Druck stehen werde, weil die australische Schaar auffallend früh und stark in Bewegung zu kommen scheint. — Die Lage auf den

### Kolonialwarenmärkten

war während des größten Teils der Berichtswoche einheitlich. Auf dem *Kautschukmarkt* herrschte völlige Stagnation bei langsam weiter abbröckelnden Kursen. Die Stimmung stand unter Druck, weil die Einschränkungsvorschläge des holländischen Ausschusses von den englischen Pflanzungsgesellschaften auch weiter abgelehnt werden und die Produktion in Ostasien nur langsam abzunehmen scheint.

Auf dem *Kaffeemarkt* hat die brasilianische Regierung seit einiger Zeit wieder etwas größere Ellbogenfreiheit; trotzdem bröckelten die Kurse auch hier bis zum „kritischen Tage“ weiter ab. Das war in der Hauptsache damit zu erklären, daß von neuen großen Konsignationen der brasilianischen Regierung nach New York berichtet wurde, und daß außerdem Zeitungsmeldungen davon sprachen, Brasilien und Sao Paulo wollten die nächsten Zinsen aus den in London befindlichen Rücklagen zahlen, weil die gegenwärtigen Valutaschwierigkeiten eine Überweisung „im Augenblick unzweckmäßig“ machten. Man hört wieder manches von zerstörtem Kaffee; aber die Nachrichten lassen nicht erkennen, wie das geschehen ist, und weder über die Häfen (Versenkung) noch über die in Frage kommenden Ortschaften (Verbrennung) sind klarere Nachrichten gekommen, obgleich eine solche Zerstörung kaum im Geheimen erfolgen kann. Der Weltverbrauch dürfte im laufenden Jahre auf etwa 25 Mill. Sack ansteigen, wovon allerdings ein guter Teil voraussichtlich auf die Auffüllung der unsichtbaren Lager in den Verbrauchsgebieten entfallen wird. Die Aussichten für die nächsten Ernten bleiben gut.

Vom *Zuckermarkt* sind grundsätzlich wichtige Ereignisse nicht zu berichten. Während des größten Teils der Berichtszeit boten die amerikanischen Raffinerien durch ihre Käufe dem Markt eine gute Stütze. In England ist der Zuschuß für die Rübenbauer erneut in die Höhe gesetzt worden. Der Rübenstand in Europa ist im allgemeinen günstig.

## Die Effektenmärkte

### Berliner Börse

#### Tendenzumschwung

Auf den Effektenmärkten ist es schon lange nicht zu einem so plötzlichen Tendenzumschwung gekommen wie in der Berichtszeit. Ende der vorigen Woche gingen die Kurse noch weiter zurück, obwohl schon Gerüchte über eine Wendung in der Reparationsfrage umliefen. Im Zusammenhang mit den im Gefolge der Credit-Anstalt-Krise eingetretenen Schwierigkeiten der Amstelbank (vgl. S. 1055)

wollte man größere Abgaben für holländische Rechnung wahrnehmen. Ferner verstimmte die anhaltende starke Nachfrage auf dem Devisenmarkt, wozu noch Befürchtungen hinsichtlich der Ultimo-Abwicklung kamen. Am Sonnabend trat zunächst eine Befestigung ein, als sich zeigte, daß die Meldungen aus Amerika über die Initiative der amerikanischen Regierung in der Kriegsschuldenfrage nicht ohne Grundlage waren. Man verwies auch auf die Konferenzen des amerikanischen Schatzsekretärs Mellon mit MacDonald, Henderson und Montague Norman, aus denen man schloß, daß eine Neuregelung der internationalen Schuldzahlung unmittelbar bevorstehe. Die Aktien verschiedener Unternehmungen wurden mit dem Plus-Plus-Zeichen an die Maklertafeln geschrieben, und die Tendenz erfuhr eine erhebliche Besserung. Im weiteren Verlauf, als sich herausstellte, daß abermals sehr erhebliche Devisenanforderungen an die Reichsbank gestellt worden waren, entstand die Befürchtung, daß die Reichsbank, um nicht unter die Deckungsgrenze zu kommen, zu besonderen Maßnahmen schreiten werde. Als plötzlich bekannt wurde, daß die Reichsbank die Privatliskont-Notiz habe aussetzen lassen und den Verkäufern von Privatliskonten die Einreichung und den Wechsel an den Schaltern anheimgestellt werde, kam es zu einem geradezu panikartigen Rückschlag. Man betrachtete die Maßnahme der Reichsbank als die Einleitung zu tiefgreifenden Kreditrestriktionen, denen man an der Börse schon im Hinblick auf den herannahenden Ultimo mit Sorge entgegenseh. Sowohl auf den Aktienmärkten als auch auf den Rentenmärkten zeigte sich starke Verkaufeneigung, und die Kurse gaben sehr erheblich nach. Die Baissiers schritten zu umfangreichen Blanko-Abgaben. Kein Marktgebiet blieb von dem Rückschlag verschont.

Die Veröffentlichung der *Hoover-Botschaft* führte am Montag der neuen Woche zu einem durchgreifenden Tendenzumschwung. Es kam zu einer stürmischen Aufwärtsbewegung auf der ganzen Linie. Von den Baissiers wurden überstürzte Rückkäufe vorgenommen, und vielfach wollte man auch Meinungskäufe beobachten. Die Maklertafeln waren mit Plus-Plus-Zeichen übersät, und auf verschiedenen Marktgebieten machte sich ein starker Materialmangel bemerkbar. Die Banken waren naturgemäß nicht geneigt, den Baissiers angesichts des allgemeinen Tendenzumschwungs das benötigte Material zu niedrigen Kursen zur Verfügung zu stellen. Namentlich in solchen Werten, die in den letzten Wochen bei den Blanko-Abgaben im Vordergrund gestanden hatten, wirkte sich die Materialknappheit sehr aus, so daß schon eine verhältnismäßig geringe Nachfrage sprunghafte Kurssteigerungen auslöste. Da die Reichsbank auch wieder eine Privatliskontnotiz vornehmen ließ, hielt die Hausse bis zum Schluß der Montag-Börse an.

Wie zu erwarten war, konnten die am Montag erreichten Höchstkurse schon am nächsten Tage nicht voll behauptet werden. Die berufsmäßige Spekulation nahm am Dienstag Realisationen vor, und aus den Kreisen des Privatpublikums kam zu den so plötzlich gebesserten Kursen gleichfalls einiges Material heraus, was bei der Enge des Marktes in vielen Papieren auf den Kurs drückte. Dazu kam, daß man begann, den Schritt des Präsidenten Hoover etwas skeptischer zu beurteilen. Insbesondere verwies man auf die von Frankreich zu erwartenden Schwierigkeiten sowie auf den Umstand, daß so wichtige internationale Verhandlungen längere Zeit in Anspruch zu nehmen pflegen. Die psychologische Wirkung des amerikanischen Vorgehens, so argumentierte man an der Börse, sei zwar nicht zu verkennen, man müsse sich aber darüber klar sein, daß eine wirklich fühlbare Entlastung für die deutsche Wirtschaft nicht sehr rasch erwartet werden dürfe. Die Wirkung des Hooverschen Vorgehens war besonders nachhaltig auf dem Devisenmarkt. Hier trat fast sofort eine völlige Entspannung ein. Nachfrage und Angebot glichen sich fast aus, so daß die Reichsbank kaum Abgaben vorzunehmen brauchte.

Daß die Hausse auf den Effektenmärkten so rasch gedämpft worden ist, hat außer den erwähnten noch andere Ursachen. Abgesehen von der nüchterneren Beurteilung

des Hooverschen Vorschlags trugen auch einige Äußerungen des Reichskanzlers, so insbesondere sein Hinweis auf die noch im Jahre 1932 zu erwartenden Schwierigkeiten, zur Zurückhaltung bei. Man gab sich an der Börse keinem Zweifel darüber hin, daß zunächst eine Reihe von Konferenzen und Verhandlungen bevorsteht, die keineswegs glatt und ohne Schwierigkeiten zu dem von Hoover gewünschten Ziel führen würden. Eine gewisse Beunruhigung wurde schließlich durch Insolvenzgerüchte ausgelöst, für die indes keine Bestätigung vorlag. — Irgendwelche Sonderbewegungen von Bedeutung waren nicht zu verzeichnen.

## Frankfurter Börse

Die große Woche der Frankfurter Börse fand den Platz in voller Funktionsbereitschaft. Die Berichtszeit hatte unter dem Eindruck der ausländischen Remboursrestriktionen mit starker Verstimmung begonnen; die Sorge über die Beunruhigung im internationalen Finanzgeschäft und über das Absinken der Notendeckung der Reichsbank sowie die Kreditrestriktionen hatten die Kurse wieder scharf herabgedrückt, obwohl das Aufhören des Angebots auf dem Pfandbriefmarkt und damit die Rückkehr der normalen Kursregulierung auf diesem Gebiet einen guten Eindruck gemacht hatten. Am Samstag bereitete sich dann mit den ersten Nachrichten über das amerikanische Eingreifen der Umschwung vor, der dann am Montag zum *exaltierten Ausbruch* kam. In Frankfurt selbst waren die Baisseengagements nicht allzu erheblich. Indessen strahlte der Berliner Deckungsbedarf des enormen Decouverts, das sich in den letzten Wochen dort herausgebildet hatte, nach Frankfurt aus. Daß die lokale Kursfeststellung am kritischen Montag der „Baissiers-Einschwängung“ regulär arbeitete, wurde nur dadurch möglich, daß sich die in- und ausländische Kontermine in deutschen Aktien am Berliner Platz mit dessen vermuteter größerer Bewegungsmöglichkeit auswirkte, während nur Bruchteile nach Frankfurt a. M. in Order gegeben wurden. Aus diesem Grunde und wegen des späteren Börsenbeginns liefen die Dinge in Frankfurt ziemlich glatt; zu sprunghaft erhöhten Kursen konnten die Bewertungen zumeist rechtzeitig und vollständig, mit nur vereinzelten Verzögerungen und Rationierungen erfolgen. In den großen Werten bedeckten Plus-Plus-Zeichen die Maklertafeln. Zur Kassanotiz mußten die Kaufaufträge in *AEG* rationiert werden, ebenso in *Heidelberger Cement* bei 50 %, in *Aschaffener Zellstoff* bei etwa 30 % Zuteilung. *Dyckerhoff & Widmann* konnten mangels Angebot an der Mittagsbörse nicht notiert werden; die Kursfeststellung folgte dann an der Abendbörse (später wieder matt, 51 1/4 %). Die durch den einseitigen Deckungsbedarf bewirkten exaltierten Kurs sprünge wurden durch Meinungskäufe der Kulisse und durch Nachfrage des inländischen und ausländischen Publikums verstärkt.

Auf dem *Versicherungsmarkt* zeigte sich eine starke Nachfrage nach den auch früher gut gehaltenen Aktien Allianz Leben und Stuttgarter Verein sowie Frankona (später 104 RM bei 90 % Zuteilung), die mangels Materials nicht notiert werden konnten. Auf dem *Einheitsmarkt* ist der Umschwung ebenfalls deutlich hervorgetreten, wenn

## Bayerische Vereinsbank

Kredit- und



Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen  
größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern

auch nicht allseitig. So mußte weiterhin mangels Interesses verzichtet werden auf die Notierung von Keramische Werke Offstein, Unterfranken (später 80 nach 85), Hafentmühle (Taxe 60—65 gegen 104), Voltohm auf den Verlustabschluß, Emag auf den unerwarteten Dividendenausfall (später 33½ nach 37), Beck & Henkel sowie Parkbrauerei (Taxe 80).

Dagegen zeigte sich andererseits bei Materialmangel vorerst nicht zu befriedigende Nachfrage nach einigen bisher stark vernachlässigten und deshalb besonders herabgedrückten Papieren wie Mainkraftwerke (später zu 62 mit 40 % zuteilt, dann 64), Pokorny & Wittekind (10¼ nach 9.10), Schöffershof Brauerei, Strohstofffabriken Dresden (104 nach 96 mit 20 % Zuteilung, dann 106¼), Gummiwerke Veritas, Veithwerke, Hirsch Kupfer-Werke und Esslinger Maschinenfabrik. Volle I. G. Chemie Basel konnten mangels Angebots am 22. Juni nicht notiert werden; die Kursschätzung betrug 157½ nach 146.

	14. 6.	19. 6.	20. 6.	22. 6.	23. 6.	24. 6.
Dt. Effecten- u. Wechselbank ..	93	92¾	92¾	9 9/4	92¾	92¾
Frankfurter Bank ..	86	84	86	86 1/2	86 1/2	85 1/2
Frankfurter Hypotheken-Bank	125	123 1/2	124 1/2	121 1/2	126	125
Cementwerk Heidelberg .....	119 1/4	60	50	58	57	53
Scheidensanstalt .....	115	113 1/2	112 1/2	128	141 1/2	121 1/2
Frankfurter Hof .....	35	35	35	35	36	—
Hanfwe. Füssen-Immensstätt	41 1/4	44 1/4	—	—	—	43 1/2
Henninger Brauerei .....	—	121	—	120	120	120
Hochtief .....	61 1/2	61	61	62 1/2	65	64
Holzmann .....	67	64 1/2	68 1/2	78	93 1/4	76
Main-Kraftwerke .....	53	—	51 1/2	57	62	61
Metallgesellschaft .....	54	54	—	59 1/4	61	60
Maschinenfabrik Moenz .....	—	24	—	25	26	—
Ludwigshafener Walzmühle ..	30	35	37 1/2	37	37	37
Tellus-Bergbau u. Hüttenind. .	—	28	28	28	28	28
Verein f. chem. Industrie .....	44	44	44	—	49 1/4	49

### Hamburger Börse

Wieder war die Kursbewegung an der Hamburger Börse fast ausschließlich von den allgemeinen Vorgängen beeinflusst, die auch an anderen Börsen die Entwicklung der Kurse bestimmte. Die Spezialbewegungen einzelner Werte traten demgegenüber weit in den Hintergrund. Am Beginn der Berichtswoche, d. h. am Donnerstag und Freitag der vorigen Woche, war die Haltung schwach und unsicher. Man befürchtete neue Goldabzüge bei der Reichsbank, beobachtete den festen Stand des Dollars mit wachsendem Mißtrauen und ließ sich von den Verlusten bei Nordwolle zu neuen Abgaben veranlassen. Die Kurse gaben im allgemeinen um 2 bis 3 Punkte, teilweise auch stärker, nach. Trotz der Kreditrestriktionen, die von der Reichsbank durch Streichung der Berliner Notiz des Privatdiskontsatzes vorgenommen wurden, bot die Börse jedoch am Sonnabend ein etwas freundlicheres Bild; offenbar war die Spekulation zu einigen Deckungskäufen geschritten. Grundsätzlich aber veränderte sich die Lage erst am Montag, nachdem inzwischen der Moratoriumsvorschlag bekanntgeworden war. Auf der ganzen Linie nahm die Spekulation Deckungs- und Meinungskäufe vor, und bei starkem Materialmangel trat eine stürmische Aufwärtsbewegung fast aller Papiere ein, so daß die Kurse in einzelnen Fällen nur schwer festzustellen waren. Auch die zögernde Haltung, die Frankreich gegenüber dem Hoover-Plan einnahm, und die Unklarheit über die Situation der Reichsbank konnten zunächst die lebhaftige Stimmung des Marktes nicht beeinträchtigen. Erst am Dienstag und noch stärker am Mittwoch trat eine gewisse Unschlüssigkeit der Spekulation zutage; in größerem Umfang wurden bereits Gewinnrealisationsverkäufe vor-

	18. 6.	19. 6.	20. 6.	22. 6.	23. 6.	24. 6.
Deutsch-Ostafrika-Linie ....	—	—	—	—	—	—
Woermann-Linie .....	—	—	—	—	—	—
Flensburger Dampfercomp. .	125B	125B	125B	121G	180bz	170bz
Bavaria-u. St. Pauli-Brauerei	180B	180B	180B	180B	180B	180B
Bill-Brauerei .....	—	—	—	—	—	—
R. Dolberg .....	74G	74G	74G	74G	74G	74G
Eisenwerk Nagel & Kaemp. .	—	—	—	—	—	—
Flensburger Schiffsbau G. . .	95G	95bz	—	—	—	—
Lederwerke Wiemann .....	—	—	—	—	—	—
Chem. Hell & Stamer .....	—	—	—	—	—	—
Chem. Fabr. Harburg-Staßfurt	34 1/2 G	34 1/2 G	34 1/2 G	34 1/2 G	34 1/2 G	34 1/2 G
Transp.-AG. (vorm. Hevecke)	38G	38G	38 1/2	38G	38G	38G
Malzfabrik Hamburg .....	80B	80B	80B	80B	80H	80B
Schwartauer Werke .....	23B	23B	21B	22 1/2 B	22 1/2 B	22 1/2 B
Jaluit-Gesellschaft .....	35G	35G	35G	30 1/2	35 1/2	35 1/2
Geo. Genußscheine .....	30G	30G	30G	40G	30G	30G
Deutsche Hand. u. Plant. Ges.	40G	40G	40G	45G	40G	40G
Geo. Genußscheine .....	35G	35G	35G	40G	35G	35G

genommen. Da jedoch das Privatpublikum inzwischen Kauforders gegeben hatte, stiegen die Kurse von Spezialwerten noch an. So erhöhten sich Hapag und Lloyd auf 48 und 50 (gegen 45 und 45 am 18. Juni), Holsten Brauerei auf 110 (gegen 104 B), Bavaria Brauerei auf 130 (gegen 125) und Guinea auf 225 (gegen 160). Die meisten Papiere sanken jedoch von ihrem Höchststand, den sie am Montag erreicht hatten, ab. Die Karstadt-Aktie insbesondere ging von 31½ wieder auf 30 % zurück.

### Londoner Börse

Wie für die deutschen und amerikanischen Börsen, so war auch für London das wichtigste Ereignis der Woche der Vorschlag Hoovers, ein allgemeines internationales Schuldenmoratorium durchzuführen. Die Londoner Börse reagierte jedoch auf diese Meldung weit ruhiger und nicht annähernd so überstürzt wie die anderen Plätze. Das hatte zunächst darin seinen Grund, daß sich die Kurse in London schon seit der Mitte der vorigen Kalenderwoche im allgemeinen gehalten hatten und daß vor allem die Stimmung der Börse besser war. Der plötzliche Entschluß, der Österreichischen Credit-Anstalt einen Kredit einzuräumen, hatte die Vormachtstellung Londons auf den internationalen Kapitalmärkten — besonders gegenüber Paris — in die Erscheinung treten lassen, und die beträchtlichen Goldzuflüsse bei der Bank von England hatten eine ähnliche Wirkung ausgeübt. An der Börse konnten zwar diese beiden Ereignisse keine Kurserholung durchsetzen, wohl aber blieben die schweren Einbußen, die andere Plätze zunächst erlitten, dem Londoner Markt erspart. Die ruhigere Aufnahme des Hoover-Plans in London erklärt sich außerdem aus der Einsicht, daß seine Verwirklichung mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein müsse und daß insbesondere jene Länder, die gleichzeitig Gläubiger und Schuldner, vorwiegend also Durchgangsstellen sind — und zu diesen gehört auch England —, nur mittelbar von dem Plan profitieren können. Immerhin war auch in London am Montag eine lebhaftige Erholung festzustellen. In einigen Papieren trat ein Stückemangel ein, da die Spekulation wegen der Ruhe, die während der letzten Zeit im gesamten Börsengeschäft herrschte, ihre Baisseengagements wenig beachtet hatte. Deutsche Anleihen stiegen besonders stark im Kurs; internationale Werte und auch britische Staatspapiere folgten der Bewegung. Im weiteren Verlauf trat ein stärkeres Interesse des privaten Publikums hervor, das jedoch eine leichte Abschwächung der Gesamttenzid nicht aufhalten konnte.

Der Geldmarkt war flüssig, bis in den letzten Tagen der Berichtswoche die Vorsorge für den Ultimo eine lebhaftere Nachfrage verursachte.

	17. 6.	18. 6.	19. 6.	22. 6.	23. 6.	24. 6.
4% Funding Loan .....	987 1/8	96 5/8	96 5/8	91 1/4	97 1/8	97 1/8
London Midl. & Scot. Ord.	17	16 1/2	16	17 3/4	17 1/4	17 1/2
Central Argentine Ord.	43 1/2	44	44	46 1/2	48 1/2	49
De Beers Cons. Mines Def	31 1/2	31 1/4	31 1/4	33 1/4	33 1/8	41/8
Burmah Oil Co. ....	29 1/2	29 1/2	29 1/2	29 1/2	29 1/2	29 1/2
Anglo Dutch Plantation. .	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	13 1/2	13 1/2
Courtaulds .....	25 1/2	25 1/2	25 1/2	27 1/2	27 1/2	27 1/2
Imperial Chemical Industr.	13 1/2	13 1/2	13 1/2	13 1/2	14 1/2	14 1/2
Vickers .....	6 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2	6 1/2
Rio Tinto Ord.	15 1/2	15 1/2	15 1/2	18 1/4	18 1/4	19 1/2
Aktienindex 1928—100 ...	57.5	55.9	57.0	59.3	58.8	—
Abschlüsse total .....	4 436	3 813	4 479	6 558	5 811	—
Staats- u. Kommunalanl.	1 310	1 186	1 205	1 677	1 391	—
Verkehr u. Public Utilities	905	728	81	1 204	981	—
Handel u. Industrie .....	1 285	1 184	1 441	1 669	1 446	—
Bank, Versicherung .....	471	333	467	523	523	—
Minenwerte .....	322	300	390	527	514	—
Oelwerte .....	74	79	104	247	241	—
Gummi, Tee, Kaffee .....	72	63	80	134	118	—

### New Yorker Börse

Bis zum Ende der vorigen Kalenderwoche lag die Börse in New York weiter schwach. Mehrere ungünstige Quartalsberichte, Dividendenreduktionen (American Smelting, Magma Copper, Granby Copper, Kansas City & Southern Railway) und einige Dividendenausfälle veranlaßten einen starken Pessimismus. Die Eingabe der Eisenbahngesellschaften an die Interstate Commerce Commission (Erhöhung

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
17. 6. 31	189,68	77,16	20. 6. 31	188,96	78,83
18. 6. 31	180,56	76,16	22. 6. 31	145,32	81,76
19. 6. 31	180,31	74,71	23. 6. 31	143,83	80,70

der Frachtrate), die Maizahlen über den Außenhandel, die Statistik über die geringe Bautätigkeit und über die niedrige Stahlherzeugung erstickten die schwachen Ansätze zu Kurssteigerungen im Keim. Am Sonnabend aber wurde Hoovers Plan eines allgemeinen Schulden-Moratoriums bekannt, das die Börse als ein Zeichen wirtschaftspolitischer Energie lebhaft begrüßte. Plötzlich stiegen einige Papiere im Kurs, Deckungsnachfrage tauchte auf, und bald war eine stürmische *Hausse* im Gang, die sich am Montag weiter fortsetzte. Besonders fest lagen Bahnwerte und ausländische Renten. Für die Eisenbahnen erhoffte man eine starke finanzielle Entlastung, da Hoovers Programm u. a. Konferenzen zur Untersuchung der Lage der Eisenbahnen vorsehen soll. Die Kursbesserung *ausländischer Bonds* ergab sich hauptsächlich aus dem größeren Vertrauen, das man dem Ausland, besonders Deutschland, entgegen bringt; man erwartet mit Zuversicht eine wesentliche Besserung der Konjunkturlage als Folge des Hoover-Plans. So stieg die Young-Anleihe am Sonnabend um 3 auf 69 1/2 % und am Montag um weitere 5 Punkte; die Dawes-Anleihe schloß sogar mit 100 %. In beiden Papieren waren lebhaftere Umsätze zu verzeichnen, wie überhaupt die Tätigkeit der Börse rasch wuchs: Am Sonnabend wurden 1,5 Mill., am Montag sogar 4,6 Mill. Aktien umgesetzt. Gewinnrealisationen konnten zwar am Dienstag und Mittwoch das Kursniveau um einige Dollar senken; doch blieb die zuversichtliche Stimmung bestehen, zumal die neue Erhöhung des Kupferpreises den Kurs der Kupferwerte befestigte. Ein nennenswerter Rückgang trat nur bei Eisenbahnwerten ein.

	18. 6.	19. 6.	20. 6.	22. 6.	23. 6.	24. 6.
U. S. Steel Corporat.	87	86 3/4	92 3/4	98 1/8	96	98 7/8
American Can Co. . .	99 1/2	99 1/4	105 1/2	107 7/8	107 1/4	111
Anaconda Copper . .	20 3/4	20 5/8	23 1/4	26 3/8	27	28 3/4
General Motors . . .	35 5/8	33 3/8	36 5/8	37 3/8	36 3/4	39 1/4
Chrysler . . . . .	1 7/8	1 7/8	1 5/8	2 1/8	1 7/8	2 1/8
General Electric . . .	35 3/8	38 1/2	42 1/4	43 1/2	42 1/4	41 7/8
Am Tel. & Telegr. . .	16 7/2	*) 16 4/2	17 1/2	17 1/4	17 1/4	17 1/2
Radio Corporation . .	14 3/8	14 1/2	15 7/8	17 1/2	1 1/4	2 1/2
Allied Chemical . . .	11 3/4	11 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2
Standard Oil N. J. . .	84 1/4	85	86 3/4	88	8 3/4	40 1/8
Woolworth . . . . .	65 7/8	65 1/2	66 1/8	69 1/2	67 3/4	68 1/2
Pennsylv.-Railr. Co.	47 1/4	46 3/4	48 1/4	50 1/4	46 1/2	46 7/8
Aktienumsatz (1000)	1100	1100	1600	4600	2600	5100

\*) ex div.

# Statistik

## Deutsche Reichsfinanzen im April 1931

(Mill. RM)	Haush.-Soll u. Rechn.-Soll der Vorjahrsreste	April 1931	März 1931
<b>A. Ordentlicher Haushalt</b>			
Fehlbetrag am Schluß des Rechnungsjahres 1929	1) 1030,5		
<b>I. Einnahmen:</b>			
1. Steuern, Zölle und Abgaben . . .	9 155,6	818,7	467,5
2. Dividende aus Reichsbahn-Vorzugsaktien . . . . .	28,7	28,2	—
2a. Zuschuß des außerordentlichen Haushalts aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn . . .	150,0	—	150,0
3. Überschüsse der Post und der Reichsdruckerei . . . . .	214,8	14,9	10,6
a) Post . . . . .	—	—	—
b) Reichsdruckerei . . . . .	4,9	—	4,6
4. Aus der Münzprägung . . . . .	—	—	—
4a. Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank . . . . .	25,0	—	—
5. Reparationssteuer der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft . . . . .	660,0	55,0	55,0
6. Sonstige Verwaltungseinnahmen . . .	—	—	—
a) Arbeitsministerium . . . . .	14,1	0,8	10,5
b) Wehrministerium . . . . .	25,3	1,8	1,1
c) Justizministerium . . . . .	20,9	1,9	1,8
d) Verkehrsministerium . . . . .	84,4	1,1	2,8
e) Finanzministerium . . . . .	78,1	6,2	5,9
f) Übrige Reichsverwaltung . . . . .	85,9	1,6	6,8
<b>Einnahmen</b> . . . . .	<b>10 447,7</b>	<b>924,2</b>	<b>715,6</b>

(in Mill. RM)	Haush.-Soll und Rechn.-Soll der Vorjahrsreste	April 1931	März 1931
<b>II. Ausgaben:</b>			
1. Steuerverweisungen an die Länder . . . . .	2) 2 965,8	264,5	109,1
2. Bezüge der Beamten und Angestellten (ausschl. Ruhegehälter u. s.) . . . . .	789,4	64,5	65,9
3. Versorgung und Ruhegehälter einschl. der Kriegeschädigtenrenten . . . . .	1 648,1	143,8	141,2
4. Innere Kriegslasten . . . . .	874,2	950,9	20,4
5. Reparationszahlungen a) zu Lasten des Reichshaushalts b) aus der Reparationssteuer der Dtsch. Reichsbahn-Gesellsch. . . . .	1 025,0	79,9	3) 114,9
6. Sonstige äußere Kriegslasten . . . . .	660,0	55,0	55,0
7. Sozialversicherung . . . . .	108,7	9,1	9,1
8. Knappschaft . . . . .	437,1	39,2	36,9
9. Invalidenversicherung . . . . .	11,0	—	—
10. Kleinrentnerfürsorge . . . . .	35,0	—	—
11. Krisenunterstützung . . . . .	400,0	50,7	52,3
12. Zahlung an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung zur Abgeltung der bei Durchführung der Krisenfürsorge entstehenden Kosten . . . . .	20,0	2,5	2,7
13. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge . . . . .	35,5	—	— 9,6
14. Zinszuschüsse zu Darlehen der Dtsch. Ges. f. öffentl. Arbeit AG usw. . . . .	7,5	—	—
15. Arbeitslosenversicherung . . . . .	—	—	52,4
16. Reichsschuld: a) Verzinsung und Tilgung . . . . . b) Außerordentliche Tilgung der schwebenden Schuld . . . . .	199,7	16,5	40,3
c) Anleiheablösung . . . . .	422,0	—	—
d) Anleiheablösung . . . . .	285,5	15,3	1,6
17. Schutzzölle . . . . .	190,0	15,8	16,3
18. Münzprägung . . . . .	5,0	0,1	0,2
19. Sonstige Ausgaben: a) Reichstag . . . . . b) Auswärtiges Amt . . . . . c) Ministerium des Innern . . . . . d) Arbeitsministerium . . . . . e) Wehrministerium . . . . . f) Heer . . . . . g) Marine . . . . . h) Ernährungsministerium . . . . . i) Verkehrsministerium . . . . . j) Finanzministerium . . . . . k) Allgemeine Finanzverwaltung . . . . .	8,7	0,4	0,4
	26,4	1,9	2,0
	28,8	1,1	4,2
	79,0	5,3	7,2
	230,2	8,4	32,0
	165,8	3,3	11,3
	54,7	0,4	29,7
	125,4	6,7	10,2
	85,0	3,6	7,9
	95,7	2,4	4,8
	13,0	0,4	1,1
<b>Ausgaben insgesamt:</b> . . . . .	<b>10 615,2</b>	<b>850,7</b>	<b>820,4</b>
Mehrausgabe . . . . .	—	—	104,8
Mehreinnahme . . . . .	—	73,5	—
<b>B. Außerordentlicher Haushalt</b>			
<b>I. Einnahmen:</b>			
<b>Insgesamt</b> . . . . .	582,7	4) 8,0	116,3
(darunter aus Anleihen) . . . . .	(405,0)	(—)	(—)
<b>II. Ausgaben</b>			
1. Wohnungs- und Siedlungswesen . . . . .	12,7	—	11,0
2. Verkehrswesen (Ausbau der Wasserstraßen) . . . . .	69,6	5,8	2,0
3. Rückkauf von Reichsschuldverschreibungen . . . . .	—	—	—
4. Einlösungen von Reichsschatzanweisungen und von Scheckscheinen-Darlehen . . . . .	0,2	—	0,1
5. Darlehen zur Fortführung begonnenen Eisenbahnen . . . . .	—	—	—
5a. Zuschuß an den ordentlichen Haushalt (S. A. 1, 2a) . . . . .	150,0	—	150,0
6. Innere Kriegslasten . . . . .	69,6	0,9	1,8
7. Sondereinlage bei der Bank für international. Zahlungsausgleich . . . . .	—	—	—
8. Übrige Reichsverwaltung . . . . .	19,2	0,2	0,3
<b>Ausgaben insgesamt</b> . . . . .	<b>321,3</b>	<b>6,9</b>	<b>165,9</b>
Mehrausgabe . . . . .	—	—	48,9
Mehreinnahme . . . . .	—	2,0	—
<b>C. Abschluß</b>			
<b>A. Ordentlicher Haushalt</b>			
Fehlbetrag aus dem Vorjahr . . . . .	—	—	1030,5
Mehreinnahmen April 1931 . . . . .	—	—	73,5
Mithin Fehlbetrag . . . . .	—	—	957,0
<b>B. Außerordentlicher Haushalt</b>			
Fehlbetrag aus dem Vorjahr . . . . .	—	—	261,4
Mehreinnahmen April 1931 . . . . .	—	—	2,0
Mithin Fehlbetrag . . . . .	—	—	259,4
<b>Fehlbetrag im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt</b> . . . . .	—	—	<b>1 216,4</b>
<b>D. Stand der schwebenden Schuld</b>			
	31. März 1931	30. April 1931	
1. Unverzinsliche Schatzanweisungen . . . . .	1 100,5	1 137,0	
2. Umlauf an Reichswechseln . . . . .	400,0	400,0	
3. Kurzfristige Darlehen . . . . .	161,5	126,5	
4. Betriebskredit bei der Reichsbank . . . . .	88,1	58,6	
5. Schatzanweisungen für den Rumänien-Vertrag vom 3. Febr. 1929 . . . . .	15,0	—	
6. Verpflichtungen aus früheren Anleihe-Operationen . . . . .	4,4	4,4	
<b>Stand der schwebenden Schuld</b> . . . . .	<b>1 769,5</b>	<b>1 726,6</b>	

1) Nach Abzug von 43 Mill. RM aus der Tantiemensteuer und den erhöhten Zuschlägen zur Einkommensteuer, die vom Reichstag beschlossen, vom Reichsrat aber abgelehnt worden sind. — 2) Nach Abzug von 35 Mill. RM aus den erhöhten Zuschlägen zur Einkommensteuer, die vom Reichstag beschlossen, vom Reichsrat aber abgelehnt worden sind. — 3) Darunter 100,5 Mill. RM aus der Auflösung des Reservefonds des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen und 142,2 Mill. RM aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Ges. — 4) Darunter 6,7 Mill. RM aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Ges.

## Reichseinnahmen im Mai 1931 und im Rechnungsjahr 1931<sup>1)</sup>

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Einnahmen	im Monat (Mai 1931)		im Vorjahr (Mai 1930)		im Vormonat (April 1931)		1. April 1931 bis 31. März 1931		Im Reichshaushaltplan ist die Einnahme für den Monatsdurchschnitt im Rechnungsjahr 1931 veranschlagt mit RM
		Reichsmark	Rpf	Reichsmark	Rpf	Reichsmark	Rpf	Reichsmark	Rpf	
<b>A. Besitz- und Verkehrssteuern</b>										
<b>a) Fortdauernde Steuern</b>										
1	Einkommensteuer									} 233 749 999
	a) aus Lohnabzügen <sup>2)</sup> .....	96 029 420	14	104 878 525	93	88 784 206	89	184 813 627	03	
	b) Steuerabzug vom Kapitalertrage .....	12 991 978	14	34 361 827	24	14 090 157	24	26 482 195	34	
	c) andere .....	39 731 085	46	198 926 635	60	160 703 711	86	200 434 856	82	
2	Körperschaftsteuer .....	8 974 930	55	101 521 623	53	69 389 722	57	78 364 703	12	3 116 667
3	Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Vermögensteuer .....	73 864 046	69	11 198 769	13	11 191 511	80	85 655 558	49	30 416 667
5	Aufbringungsumlage .....	4 244 747	57	70 000 000	00	7 784 305	75	12 029 053	32	15 000 000
6	Aus der Abwicklung des Industriebelastungsgesetzes und des Aufbringungsgesetzes .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Vermögenszuwachssteuer .....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Erbschaftsteuer .....	5 359 137	17	6 372 447	38	7 550 747	45	12 909 884	62	7 500 000
9	Umsatzsteuer .....	37 232 339	87	168 759 387	60	156 045 408	42	193 237 748	29	86 686 666
10	Grundwerbsteuer <sup>3)</sup> .....	2 051 511	63	2 791 758	15	2 012 986	33	4 064 497	96	3 333 333
11	Kapitalverkehrssteuer:									
	a) Gesellschaftsteuer .....	2 904 104	83	3 338 975	49	1 503 127	60	4 407 232	43	3 750 000
	b) Wertpapiersteuer .....	799 108	58	1 267 513	80	541 064	03	1 340 172	61	1 333 333
	c) Börsenumsatzsteuer .....	1 606 905	78	2 608 625	90	1 954 960	29	3 661 866	05	2 666 667
12	Kraftfahrzeugsteuer .....	21 744 460	97	20 237 645	43	21 805 927	86	43 550 388	83	19 166 667
13	Versicherungssteuer .....	5 725 757	92	5 952 811	53	5 798 498	31	11 524 256	23	5 416 667
14	Rennwett- und Lotteriesteuer:									
	a) Totalisatorsteuer .....	1 448 214	77	1 166 987	86	1 021 109	75	2 469 324	52	3 000 000
	b) andere Rennwettsteuer .....	1 867 530	44	1 727 297	12	1 875 261	28	3 742 791	72	—
	c) Lotteriesteuer .....	4 920 878	85	3 065 149	95	1 769 379	18	6 690 216	03	5 000 000
15	Wechselsteuer .....	2 694 170	90	3 490 208	40	3 009 740	80	5 703 911	70	—
16	Beförderungsteuer:									
	a) Personenbeförderung .....	12 652 657	57	12 664 872	96	12 110 197	73	24 782 855	30	14 166 667
	b) Güterbeförderung .....	10 338 252	06	13 600 624	91	10 767 422	54	21 105 674	60	12 500 000
	<b>Summe a....</b>	<b>346 581 237</b>	<b>87</b>	<b>768 097 630</b>	<b>91</b>	<b>579 669 507</b>	<b>18</b>	<b>928 280 795</b>	<b>05</b>	<b>481 583 332</b>
17	<b>b) Einmalige Steuern</b>									
	Steuer zum Geldentwertungsausgleich bei Schuldverschreibungen (Obligationensteuer)	76 673	20	297 348	06	47 070	89	150 744	09	83 333
	<b>Summe b....</b>	<b>76 673</b>	<b>20</b>	<b>297 348</b>	<b>06</b>	<b>47 070</b>	<b>89</b>	<b>150 744</b>	<b>09</b>	<b>83 333</b>
	<b>Summe A....</b>	<b>346 657 961</b>	<b>07</b>	<b>768 394 978</b>	<b>97</b>	<b>579 773 578</b>	<b>07</b>	<b>928 431 539</b>	<b>14</b>	<b>481 666 665</b>
<b>B. Zölle und Verbrauchsabgaben</b>										
18	Zölle (einschl. Nachzölle) .....	66 935 803	58	80 658 285	29	127 162 345	75	194 098 149	33	104 333 333
19	Tabaksteuer:									
	a) Tabaksteuer (einschl. Aufschlag) .....	53 922 519	24	55 906 716	81	36 263 683	42	90 186 202	66	} 95 250 000
	b) Materialsteuer (einschließlich Ausgleichsteuer u. Nachsteuer) .....	5 072 047	89	18 303 699	73	9 978 580	94	15 050 628	83	
	c) Tabakersatzstoffabgabe .....	830	83	15 709	20	19 735	60	20 066	43	
20	Zuckersteuer .....	10 136 662	74	9 101 837	59	9 677 038	38	19 813 701	00	12 500 000
21	Biersteuer <sup>4)</sup> .....	34 732 422	46	27 062 185	30	28 618 724	69	63 351 147	15	42 500 000
22	Aus dem Spiritusmonopol .....	15 145 812	21	18 290 943	60	17 369 319	97	32 515 142	18	19 166 667
23	Keilgäsuresteuer .....	179 788	25	147 443	50	149 720	15	329 508	40	218 667
24	Schaumweinsteuer .....	396 177	29	720 114	50	527 816	07	923 995	96	666 667
25	Zündwarensteuer .....	862 577	65	3 308 090	40	871 433	05	1 731 010	70	1 166 667
26	Aus dem Zündwarenmonopol .....	280 812	35	—	—	267 375	55	548 217	90	250 000
27	Leuchtmittelsteuer .....	741 392	13	967 327	87	841 764	65	1 586 146	78	1 000 000
28	Spielkartensteuer .....	148 787	70	230 870	37	321 832	60	4 016 570	30	200 000
29	Statistische Abgabe .....	216 328	60	262 961	60	222 603	93	4 8 932	50	250 000
30	Saßstoffsteuer .....	18 216	00	22 025	70	15 403	45	33 649	45	33 333
31	Mineralwassersteuer .....	1 143 192	64	—	—	890 367	27	2 033 559	91	2 600 000
32	Brennweinersatzsteuer .....	8 043	75	—	—	6 910	35	12 954	10	18 667
33	Mineralölsteuer .....	1 473 257	70	—	—	709 372	50	2 132 630	20	1 250 000
	<b>Summe B....</b>	<b>191 415 191</b>	<b>01</b>	<b>214 998 311</b>	<b>46</b>	<b>233 914 211</b>	<b>77</b>	<b>426 829 213</b>	<b>78</b>	<b>281 299 999</b>
	<b>Im Ganzen (Summe A + B) ..</b>	<b>538 073 154</b>	<b>08</b>	<b>983 393 290</b>	<b>43</b>	<b>813 687 598</b>	<b>84</b>	<b>1 351 760 752</b>	<b>92</b>	<b>762 966 664</b>

<sup>1)</sup> Einschließlich der aus den Einnahmen den Ländern usw. überwiesenen Anteile.

<sup>2)</sup> An Lohnsteuer sind erstattet: im Mai 1931: 481 416,57 RM; in der Zeit vom 1. April 1931 bis 31. Mai 1931: 16 159 382,75 RM.

<sup>3)</sup> Nach Abzug von 43 Mil. RM, die vom Reichstag beschlossen, vom Reichsrat aber abgelehnt worden sind.

<sup>4)</sup> Hierin ist die von Landesbehörden erhobene Grundwerbsteuer nicht enthalten.

Berliner Börsenkurse vom 18. bis 24. Juni 1931

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Main table containing various market data sections: Heimische Anleihen, Ausländische Anleihen, Bank-Werte, Bahnen-Werte, Schiffahrts-Werte, Automobil-Werte, Chemische Werte, Elektrizitäts-Werte, Kalt-Werte, Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien, Maschinen- und Metall-Fabrik-Aktien, Montan-Werte, Textil-Werte, Sonstige Werte. Each section lists items with their respective prices and changes over time.

1) Abschlagsdividende. - 2) RM je Stück = 200 Schilling.

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Rubrik werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

Table with columns for Year (1930, 1931), Unit (Einheit), and Weeks (23-28, 17, 18-22, 23-30, 1-6, 8-13, 15-20, 22-27). Rows include Production (Kohle, Petroleum), Arbeitslosigkeit (Deutschland, Großbritannien), Umsätze und Geschäftsgang (Güterveranstellung, Postcheckverkehr, etc.), Preise (Großhandelspreise, Großhandelsindizes), and Baumwolle.



Main table containing market data for 1930 and 1931. Columns include 'Einheit', '1930' (with sub-columns for June, April, and May), and '1931' (with sub-columns for June and May). Rows are categorized into 'Großhandelspreise', 'Einzelhandelspreise', 'Geld- und Kapitalmarkt', and 'Effektenkurse'.

- 1) Arbeitstaglich.
2) Tägliche Durchschnittsproduktion.
3) 1 barrel (42 gallons) = 1,5898 hl.
4) Stichtagsnotierungen vom 15. u. 30. des Monats.
5) Verfügbare Arbeitssuchende bei den Arbeitsämtern ohne die noch in Stellung oder im Notstandsarbeit befindlichen Arbeitssuchenden.
6) Einsch. der Pflichtarbeiter, aber ohne Notstandsarbeiten, ohne unterstützte Kursarbeiter und ohne arbeitsunfähige Kranke.
7) Ohne Nordirland. Wochenanfang.
8) Einnahmen der 4 größten Eisenbahngesellschaften aus den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung Berlin.
9) London town, metropolitan, country. Woche endend Mittwoch.
10) Bank clearings. Woche endend Donnerstag.
11) Woche endend Donnerstag.
12) Stichtag Mittwoch.
13) Financial Times.
14) Bulletin de la statistique générale de la France. Stichtag Sonnabend.
15) Irving Fisher. Ab 13. Febr. 1931 Originalbasis 1928 = 100.
16) Vorläufige Zahl.

- 17) Notierungen vom Dienstag der jeweiligen Woche. Falls kein Termin angegeben, greifbar.
18) 1 bushel Weizen = 27,22 kg.
19) 1 bushel Mais = 23,40 kg.
20) 1 lb = 0,4536 kg.
21) 1 cwt = 50,8 kg.
22) Einschliel. 5,25 RM Verbrauchsabgabe und 0,50 RM für Säcke.
23) Superior Santos, Terminnotierung von 16 Uhr.
24) Fair fermented mid-crop.
25) Good fern.
26) Calcutta.
27) 1 long ton = 1016,048 kg.
28) Singapore: f. m. s., cif. Rotterdam.
29) Fully good fair Sakellaridis.
30) Machine-ginned: Broach = wichtigste ostindische Sorte.
31) Preise aus den statistischen Berichten der Vereinigung des Gewandels.
32) Capwolle mittl. gew., gute Feinh. 6-8 Monatsw.

- 33) Buenos Aires D 1 mittel.
34) 1 ounce = 31,1 gramm.
35) 985/1000 Feingehalt.
36) Stichtag Mittwoch; Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin.
37) Wochendurchschnitt. Für die letzte Woche sind die Stichtagnotierungen vom 23. Juni eingesetzt.
38) Auf 1 Monat.
39) Festverzinsliche Werte. Angaben des Statistischen Reichsamts.
40) Zu- (+) oder Abnahme (-) des Goldbestandes der Zentralnotenbanken nach dem Bankausweisen.
41) Unter Berücksichtigung der Abgänge nach u. der Zugänge von dem Earmarkings-Konto.
42) Stichtag Freitag.
43) Woche endend am Freitag. Irving Fisher; gewogener Index 22 Aktien. Ab 13. Febr. 1931 Originalbasis 1928 = 100.
44) New York reporting member banks.
45) Durchschnitt aus langer und kurzer Sicht.

**Reichsbank-Ausweis**

(Mill. RM)	23. 6. 1931	15. 6. 1931	23. 5. 1931	23. 6. 1930
<b>Aktiva</b>				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile .....	—	—	—	177.212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1392 RM berechnet .....	1 411,173	1 765,571	2 370,420	2 618,921
und zwar:				
Goldkassenbestand .....	1 293,485	1 587,459	2 162,782	2 469,133
Golddepot (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken .....	117,678	198,112	207,638	149,788
3. Deckungsfähige Devisen .....	42,594	101,509	196,564	457,242
4. a) Reichsschatzwechsel .....	—	13,590	0,010	0,130
b) Sonstige Wechsel und Schecks .....	2 349,775	2 019,084	1 430,488	1 348,070
5. Deutsche Scheidemünzen .....	213,476	199,111	199,664	173,835
6. Noten anderer Banken .....	27,708	17,825	20,866	21,410
7. Lombardforderungen .....	136,651	154,848	67,000	65,281
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel .....	0,001	0,001	0,001	0,001
8. Effekten .....	1) 102,9 6	1) 102,729	1) 102,710	1) 101,022
9. Sonstige Aktiva .....	579,980	573,973	472,266	620,500
<b>Passiva</b>				
Grundkapital:				
a) begeben .....	150,000	150,000	150,000	122,788
b) noch nicht begeben .....	—	—	—	177,212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds .....	57,920	57,920	57,920	53,915
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung .....	46,235	46,235	46,235	46,224
c) Sonstige Rücklagen .....	233,176	233,176	233,174	271,000
3. Betrag der umlaufenden Noten .....	3 725,980	3 882,610	3 751,895	4 037,982
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten .....	433,043	323,630	374,094	648,612
5. Sonstige Passiva .....	24,919	251,480	246,912	212,870
Bestand an Rentenbankscheinen .....	49,21	38,1	45,8	49,0
Umlauf an Rentenbankscheinen .....	378,7	390,6	392,6	329,6
Deckungsverhältnis %o .....	40,4	48,1	68,4	76,2
Diskontsatz %o .....	7	7	5	4
Lombardsatz %o .....	8	7	6	5

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

**Ausweise deutscher Privatnotenbanken**

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
15. Juni 1931				
<b>Aktiva</b>				
Gold .....	28,559	21,032	8,124	8,179
Deckungsfähige Devisen .....	6,529	10,409	2,995	5,094
Sonstige Wechsel u. Schecks .....	50,300	47,374	18,284	17,223
Deutsche Scheidemünzen .....	0,061	0,104	0,121	0,126
Noten anderer Banken .....	0,917	4,164	0,089	0,229
Lombardforderungen .....	2,211	1,895	1,119	2,315
Wertpapiere .....	5,201	9,443	10,458	4,373
Sonstige Aktiva .....	8,672	9,700	20,409	37,716
<b>Passiva</b>				
Notenumlauf .....	67,680	62,885	19,869	23,601
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten .....	2,519	12,889	11,611	8,398
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist .....	0,077	5,677	16,981	29,864
Sonstige Passiva .....	3,034	1,838	1,506	4,592
Weitergegebene Wechsel .....	1,775	0,001	0,487	0,778

Verantwortlich für die Redaktion: R. Bernfeld, Berlin W 62. — Für die Inserate: W. Hess. — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck: Berlin 149 296.

**Finanzanzeigen in diesem Heft.**

- Aktiebolaget Kreuger & Toll: Dividende und Zahlstellen.
- Berliner Bank für Handel und Grundbesitz Aktiengesellschaft: Bilanz.
- Deutscher Eisenhandel Aktiengesellschaft: Bilanz.
- Schlesische Herold Volks- und Lebensversicherung A.-G.: Bilanz.
- Dyckerhoff & Widmann A.-G.: Bilanz.
- Julius Pintsch Aktiengesellschaft: Bilanz und Dividende.
- Polyphonwerke Aktiengesellschaft: Bilanz.
- Rütgerswerke A.-G.: Nachtrag zur ordentlichen Generalversammlung.
- Schlesische Portland-Zement-Industrie A.-G.: Dividendenzahlstellen.
- Süddeutsche Bodenereditbank: Zeichnungseinladung auf GM. 3 000 000 7prozentige Goldpfandbriefe.

**Deutscher Eisenhandel Aktiengesellschaft**

Bilanz am 31. Dezember 1930.

Aktiva.	RM	RM
Grundstücke		
Neue Grün- u. Alte Jakobstr.	2 144 538,—	
steuerlich zul. Abschreibung	21 344,—	2 123 194,—
Sickingenstraße .....	1 065 371,20	
steuerlich zul. Abschreibung	9 684,—	1 055 687,20
Bessemerstraße .....	946 276,10	
Zugang .....	72 491,80	
	1 018 767,90	
Abgang .....	298 800,—	
	719 967,90	
steuerlich zul. Abschreibung	6 430,—	713 537,90
Fabrikgrundstück Industriestr.	1 783 315,—	
steuerlich zul. Abschreibung	17 833,—	1 765 482,—
Kasse und Bankguthaben .....	1 183 947,33	
Wechselbestand .....	903 802,05	
Debitoren .....		2 087 749,38
Beteiligungen .....		7 251 300,40
Hypotheken-Amortisations-Konto .....		15 421 818,93
		26 670,—
*Anspruch aus § 31 der 2. Durchführungsverordnung zur Goldbilanzverordnung, bewertet mit .....		3 000 000,—
(nicht dividendenberechtigt und nicht bezugsberechtigt) .....		
Aval-Konto .....	1 042 319,19	
		33 445 439,81
<b>Passiva.</b>		
Stammaktien .....	21 000 000,—	
*Vorratsaktien .....	3 000 000,—	
Vorzugsaktien .....	250 000,—	24 250 000,—
Reservefonds .....		2 300 000,—
Hypotheken-Konto I (Bürohaus Neue Grün- u. Alte Jakobstr.)	700 000,—	
Hypotheken-Konto II (Fabrikgrundstück Industriestraße)	1 201 170,—	1 901 170,—
Kreditoren .....		4 281 663,08
Noch nicht behobene Dividende .....		10 104,90
Aval-Konto .....	1 042 319,19	
Gewinn .....		702 501,83
		33 445 439,81

**Gewinn- und Verlust-Rechnung am 31. Dezember 1930.**

Debet.	RM	RM
Abschreibungen auf:		
Grundstück Neue Grün- und Alte Jakobstraße .....	21 344,—	
Grundstück Sickingenstraße .....	9 684,—	
„ Bessemerstraße .....	6 430,—	55 291,—
„ Industriestraße .....	17 833,—	702 501,83
Netto-Gewinn .....		757 792,83
<b>Kredit.</b>		
Vortrag aus 1929 .....		208 394,20
Gewinn auf Waren und Beteiligungen .....		301 249,89
Zinsen .....		248 148,74
		757 792,83

Der Vorstand. Dr. Plagemann. Hahn.

## NACHTRAG.

Auf die Tagesordnung unserer ordentlichen Generalversammlung vom 3. Juli 1931 setzen wir nachträglich noch folgenden Punkt:

### „Erwerb eigener Aktien“

Berlin, den 20. Juni 1931

RÜTGERSWERKE - AKTIENGESELLSCHAFT  
Der Aufsichtsrat: v. Stauß

## DYCKERHOFF & WIDMANN Aktiengesellschaft

Wiesbaden-Biebrich.

Geschäftsabschluss zum 31. Dezember 1930.

Vermögenswerte.	RM	RM
Grundstücke .....		1 682 346,30
Gebäude .....	1 094 603,25	
Abschreibungen .....	76 963,26	1 017 639,99
Geräte und Maschinen .....	4 715 980,90	
Abschreibungen .....	980 882,80	3 735 097,50
Werkstoffe, Holz und Waren <sup>1)</sup> .....		2 951 233,97
Patente und Lizenzen .....		1,—
Kasse und Wechsel .....		435 427,15
Wertpapiere .....		471 037,06
Beteiligungen .....		3 087 985,43
Schuldner <sup>2)</sup> .....		11 523 618,18
Nicht vorgesehene Avale und Kautionen: <sup>3)</sup>		
a) für Baugeschäft .....	7 140 505,65	
b) für Baggergeschäft .....	766 836,—	
c) Bankbürgschaften .....	4 134 565,98	
		24 904 388,57

Verpflichtungen.	RM
Aktienkapital .....	8 000 000,—
Gesetzliche Rücklage .....	1 015 759,43
Hypotheken <sup>4)</sup> .....	3 543 189,04
Anzahlungen auf Bauten und Betonwaren .....	868 279,59
Dividenden-Konto .....	1 177,20
Bankschulden <sup>5)</sup> .....	3 888 003,26
Gläubiger <sup>6)</sup> .....	5 943 426,23
Übergangs-Konto .....	884 023,20
Gewinn- und Verlust-Rechnung .....	760 531,62
Nicht vorgesehene Avale und Kautionen:	
a) für Baugeschäft .....	7 140 505,65
b) für Baggergeschäft .....	766 836,—
c) Bankbürgschaften .....	4 134 565,98
	24 904 388,57

<sup>1)</sup> Davon Werkstoffe .....

<sup>2)</sup> Darunter Forderungen an Tochtergesellschaften in laufender Rechnung .....

<sup>3)</sup> Außerdem sind RM 949 101,36 vorgesehene Avale vorhanden.

<sup>4)</sup> RM 3 543 189,04 zu 8% verzinslich eingetragen auf den gesamten Grundbesitz; rückzahlbar bis zum 1. Juli 1946 (seitens der Gläubigerin ist das Darlehen während der ganzen Tüchtigkeit dauer unkündbar).

<sup>5)</sup> Nach vorheriger Absetzung von RM 387 077,16 Bankguthaben.

<sup>6)</sup> Darunter Akzente (nur Lieferfirmen) RM 935 648,29.

### Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.	RM	RM
Abschreibungen auf Gebäude .....	76 963,26	
Geräte und Maschinen .....	980 882,80	1 057 846,06
Gewinn .....		760 531,62
		1 818 377,68
Haben.	RM	RM
Vortrag per 1. Januar 1930 .....		114 297,19
Betriebsgewinn aus 1930 <sup>1)</sup> .....		1 704 080,49
		1 818 377,68

<sup>1)</sup> Darin enthaltenen Gewinn aus Beteiligungen RM 219 601,20

Vorher abgesetzt wurden für Verwaltungskosten RM 1 021 196,20

Laufende Steuern .....

Vorstehende Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir geprüft und mit den Büchern der Gesellschaft übereinstimmend gefunden.

Wiesbaden, im Mai 1931.  
Treuhand A.-G. Rheinland.  
Dr. Hackmann.

Wiesbaden-Biebrich, im Mai 1931.  
Dyckerhoff & Widmann  
Aktiengesellschaft.  
Der Vorstand.



Schutzmarke

### Abteilung A:

Verdichtete und flüssige Gase

### Abteilung B:

Autogene Schweiß- u. Schneidegeräte

### Abteilung C:

Medizinische- und Wiederbelebungsapparate

**Sauerstoff-Fabrik Berlin** G.m.b.H.

Berlin N 65, Tegeler Straße 15

Gegr. 1889 / Älteste Sauerstoff-Fabrik Deutschlands

## Julius Pintsch Aktiengesellschaft.

Bilanz am 31. Dezember 1930.

Aktiva.	RM
Grund und Gebäude und sonstige Werksanlagen .....	5 648 905,—
Wertpapiere und Beteiligungen .....	3 375 529,28
Kasse und Wechsel .....	2 606 020,61
Schuldner .....	17 592 698,83
Vorräte .....	2 421 114,20
	31 644 267,92

Passiva.	RM
Aktienkapital .....	9 012 000,—
Reserve .....	901 200,—
Hypotheken .....	35 000,—
Vorauszahlungen auf Lieferungen .....	2 133 647,43
Sonstige Verbindlichkeiten .....	18 634 529,84
Gewinnvortrag aus 1929 .....	89 289,54
Reingewinn 1930 .....	838 601,11
	31 644 267,92

### Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Soll.	RM
Unkosten einschließlich Steuern und Tantiemen .....	8 360 363,76
Abschreibungen .....	2 144 341,34
Gewinnvortrag aus 1929 .....	89 289,54
Reingewinn 1930 .....	838 601,11
	11 432 595,75

Haben.	RM
Gewinnvortrag aus 1929 .....	89 289,54
Rechnungsmäßiger Roh-Überschuß .....	11 343 306,21
	11 432 595,75

Die Gewinnanteilscheine Nr. 24 gelangen bei der Berliner Handelsgesellschaft in Berlin, der Deutschen Bank und Discontogesellschaft in Berlin mit RM 50,— pro Stück unter Abzug von 10% Kapital-Ertragsteuer von heute ab zur Auszahlung.

Berlin, den 22. Juni 1931.

Der Vorstand.



# Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Berlin — Preußenkasse — Frankfurt a.M.

Eingezahltes Grundkapital und Reserven 168,7 Millionen Reichsmark

Anstalt des öffentlichen Rechts

Geegründet 1895

Zentralkreditinstitut der deutschen Genossenschaften

## Anhaltische Kohlenwerke, Halle a. d. S.

Bilanz am 31. Dezember 1930.

Aktiva:	Zugang	Abgang und Ab- schreibun- gen	Passiva:		RM.
	RM.	RM.	RM.	RM.	
Grubenfelder .....	796 223,42	785 303,09	10 384 569,56	Aktienkapital: Vorzugsakt. 1 350 000,—	22 950 000,—
Grundstücke .....	118 666,96	320,—	3 704 085,91	Stammaktien 21 600 000,—	2 590 000,—
Eisenbahnanlagen ..	—,—	33 813,21	304 318,86	Gesetzlicher Reservefonds .....	598 265,—
Wohn- und Verwal- tungsgebäude ....	21 591,73	42 124,25	2 012 001,47	Teilschuldverschreibungen .....	358 585,36
Betriebsgebäude ..	2 383,27	244 629,—	3 176 842,47	AKW.-Ruhegehaltskasse .....	9 716,—
Maschinen .....	498 463,79	788 604,81	5 075 822,69	Wohlfahrt .....	—,—
Geräte .....	52 285,21	104 106,25	231 962,28	Bürgschaften .....	2 050 653,26
Fuhrpark .....	82 064,30	53 789,14	124 080,42	Dividenden-Rückstände .....	15 317,80
Materialienbestände.			994 810,72	Verschiedene Gläubiger .....	5 169 887,46
Warenbestände ....			365 806,59	Gewinn:	
Kasse und Wechsel			110 272,43	Gewinn-Vortrag aus 1929 .. 309 845,44	
Wertpapiere u. Be- teiligungen ....			2 363 388,59	Überschuß in 1930 .....	967 715,13
Hypothekenforde- rungen d. AKW.- Ruhegehaltskasse.			51 164,—		1 277 560,57
Wertpapiere der AKW. - Ruhege- haltskasse .....			61 279,45		
Bürgschaften					
RM. 2 050 653,26					
Außenstände .....			4 008 926,75		
	<u>1 571 683,68</u>	<u>2 052 689,75</u>	<u>32 969 332,19</u>		<u>32 969 332,19</u>

### Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1930.

Soll:	RM.	Haben:	RM.
Generalunkosten .....	1 519 827,79	Gewinn-Vortrag aus 1929 .....	309 845,44
Soziallasten .....	977 179,10	Betriebs-Überschuß .....	6 668 114,25
Unterstützungen .....	60 267,87		
Steuern .....	1 167 889,30		
Abschreibungen (ausschl. Abgänge) ....	1 975 235,06		
Bilanz-Konto: Überschuß .....	1 277 560,57		
	<u>6 977 959,69</u>		<u>6 977 959,69</u>

### ANHALTISCHE KOHLENWERKE. Der Vorstand.

In der am heutigen Tage stattgefundenen Generalversammlung ist die Dividende für das verflossene Geschäftsjahr auf 6 % für die Vorzugsaktien und auf 5 % für die Stammaktien festgesetzt worden, die ab 25. Juni dieses Jahres bei einer der nachbezeichneten Banken, nämlich:

in Berlin

bei der Dresdner Bank,  
bei der Berliner Handelsgesellschaft,  
bei der Deutschen Bank u. Disconto-Gesellschaft,  
bei der Commerz- und Privatbank A.-G.,  
bei der Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien,  
bei dem Bankhause Gebrüder Arons,  
bei dem Bankhause N. Helfft & Co.,

in Prag

bei dem Bankhause Petschek & Co.,

in Essen

bei der Essener Creditanstalt, Filiale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft,

in Dortmund

bei der Dresdner Bank,

in Frankfurt a. M.

bei der Dresdner Bank,  
bei dem Bankhause Baß & Herz,

in Wernigerode

bei der Commerz- und Privatbank A.-G.

oder bei der Kasse der Gesellschaft in Halle a. d. S.,  
Prinzenstr. 16, gezahlt wird.

Halle a. d. S., den 24. Juni 1931.

Der Aufsichtsrat: Schiffer:

# Polyphonwerke Aktiengesellschaft

Bilanz am 31. Dezember 1930

Gewinn- und Verlust-Rechnung

AKTIVA	RM	RM	SOLL	RM	RM
Nom. RM 1 800 000,— zurück- erworbene Aktien .....		1 800 000,—	Handlungskosten .....		1 754 697,61
Grundstücke und Gebäude ..	2 680 000,—		Steuern .....		870 252,57
Abschreibung .....	55 000,—	2 625 000,—	Abschreibungen auf:		
Maschinen I .....	540 000,—		Grundstücke und Gebäude	55 000,—	
Zugang .....	31 040,09		Maschinen I .....	57 040,09	
	571 040,09		Maschinen II .....	47 560,—	
Abschreibung .....	57 040,09	514 000,—	Werkzeuge .....	35 730,—	
Maschinen II .....	190 560,—		Hypotheken-Aufwertungs- ausgleichs-Konto .....	13 956,84	209 286,93
Abschreibung .....	47 560,—	143 000,—	Bilanz-Konto:		
Matrizen .....		1,—	Reingewinn, wovon vorge- schlagen werden:		
Gleisanlage .....		1,—	6% Dividende a. RM 60 000,—		
Werkzeuge .....	1,—		Vorzugsaktien .....	3 600,—	
Zugang .....	35 730,—		4% Dividende auf		
	35 731,—		RM 15 200 000,— Stamm- aktien .....	608 000,—	
Abschreibung .....	35 730,—	1,—	Satzungsmäßige Tantieme ..	98 886,48	
Inventar .....		1,—	8% Superdividende auf		
Fuhrpark .....		1,—	RM 15 200 000,— Stamm- aktien .....	1 216 000,—	
Modelle .....		1,—	6% Superdividende auf		
Patente .....		1,—	RM 60 000,— Vorzugs- aktien .....	3 600,—	
Klischees .....		1,—	Vortrag auf neue Rechnung	70 868,78	2 000 955,26
Elektrische Anlagen .....		1,—			4 835 192,37
Original-Notenscheiben .....		1,—			
Urheber- und Verlagsrechte		1,—			
Effekten und Beteiligungen		4 470 397,—			
Flüssige Mittel:					
Kassa, Postscheckguthaben			HABEN	RM	RM
und Wechsel .....	981 103,59		Vortrag aus 1929 .....		52 295,64
Festverzinsliche Werte .....	1 180 506,72	10 410 590,74	Betriebsüberschuß:		
Bankguthaben .....	7 618 980,43	8 422 720,30	Ertrag 1930 .....		4 782 896,73
Debitoren .....					4 835 192,37
(Darunter RM 3 219 233,19					
Forderungen an Tochter- gesellschaften)					
Hypotheken-Aufwertungs- ausgleichs-Konto (gemäß § 81					
Aufwertungsgesetz)	69 784,21	55 827,37			
Abschreibung .....	13 956,84				
Fabrikations-Konten:					
Bestand an Rohmaterialien	921 673,01				
Bestand an Halb- und Fer- tigfabrikaten .....	1 931 578,33	2 853 251,34			
		31 294 797,75			
PASSIVA	RM	RM			
Aktienkapital .....		17 000 000,—			
Vorzugsaktienkapital .....		60 000,—			
Reservefonds .....		9 639 917,36			
Hypotheken-Aufwertungs- Konto .....		315 795,90			
Übergangs-Konto für Steuern		489 636,46			
u. a. .....		1 781 955,97			
Kreditoren .....					
(Darunter RM 15 965,51 For- derungen von Tochter- gesellschaften)		6 536,80			
Rückständige Dividende .....					
Gewinn- und Verlust-Konto:					
Vortrag 1929 .....	52 295,64	2 000 955,26			
Reingewinn .....	1 948 659,62	31 294 797,75			

Die auf 12% festgesetzte Dividende für das Geschäfts-  
jahr 1930 gelangt mit

- RM 12,— pro Aktie von RM 100,—
- RM 48,— pro Aktie von RM 400,—
- RM 96,— pro Aktie von RM 800,—
- RM 120,— pro Aktie von RM 1000,—

abzüglich 10% Kapitalertragsteuer bei folgenden Stellen:

- Gebr. Arnhold, Berlin und Dresden,
- Commerz- und Privat-Bank A.-G., Berlin und deren  
Niederlassungen,
- Martin Schiff-Marcus Nelken & Sohn, Berlin,
- Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin,
- Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale  
Leipzig,
- H. Aufhäuser, München,
- Gebr. Teixeira de Mattos, Amsterdam,

gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins für 1930 zur  
Auszahlung.

Leipzig-Wahren, den 15. Juni 1931.

**Polyphonwerke Aktiengesellschaft**

Der Vorstand:  
Borchardt.

Das Inhaltsverzeichnis für die erste Hälfte des  
Jahrgangs 1931 wird  
der Nr. 28 beigelegt

# Schlesische Portland- Oppeln O/S. Zement-Industrie A.G.

Die von der Generalversammlung beschlossene Dividende von 8% auf unsere Aktien wird ausgezahlt:

in **Berlin:** bei der **Gesellschaftskasse in Oppeln**,  
bei der **Dresdner Bank**,  
bei der **Darmstädter und Nationalbank**, Kommanditgesellschaft auf  
Aktien,  
bei der **Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft**,  
bei dem **Bankhaus J. Dreyfus & Co.**,  
bei der **Commerz- und Privat-Bank A. G.**,  
bei der **Reichs-Kredit-Gesellschaft A. G.**,  
in **Breslau:** bei der **Dresdner Bank, Filiale Breslau**,  
bei der **Darmstädter und Nationalbank**, Kommanditgesellschaft auf  
Aktien, **Filiale Breslau**,  
bei dem **Schlesischen Bankverein**, **Filiale der Deutschen Bank und  
Disconto-Gesellschaft**,  
bei der **Commerz- und Privat-Bank A. G., Filiale Breslau**,  
bei dem **Bankhaus E. Heimann**,  
in **Frankfurt a. M.:** bei dem **Bankhaus Bass & Herz**,  
in **Amsterdam:** bei dem **Bankhaus Lippmann, Rosenthal & Co.**

Es entfallen:

auf unsere Aktien Nr. 1—22 000 zu RM 1000,— je RM 80,—  
auf unsere Aktien Nr. 1—2 600 zu RM 500,— je RM 40,—  
auf unsere Aktien Nr. 1—9 200 zu RM 100,— je RM 8,—  
auf unsere Aktien Nr. 32 621—38 020 zu RM 500,— je RM 40,—  
auf unsere Aktien Nr. 38 021—42 020 zu RM 20,— je RM 1,60

Für die Dividendenzahlung sind einzureichen die Gewinnanteilscheine Nr. 7 bzw. für die Aktien  
Nr. 32 621—38 020 die Dividendenscheine für 1930.

## Berliner Bank für Handel und Grundbesitz Aktiengesellschaft Bilanz per 31. Dezember 1930 nach der Verteilung des Reingewinnes

Aktiva.	RM	RM	Passiva	RM	RM
Kassenbestand und Guthaben bei Banken .....		10 791 019,64	Aktienkapital .....		2 000 000,—
Wechsel .....		631 366,96	Reservefonds .....	700 000,—	
Effekten: RM			Spezialreservefonds .....	300 000,—	1 000 000,—
Pfandbriefe . 16 592 209,34			Beamtenwohlfahrtsfonds ....		20 000,—
Sonstige			Einlagen:		
Wertpapiere <u>802 943,02</u>		17 395 152,36	1—14 Tage kündbar .....	37 738 528,08	
Debitoren in laufender Rech- nung:			1—6 Monate kündbar ....	50 317 907,86	88 056 435,94
fällig innerhalb 7 Tagen ..	40 984 065,96		Eigenes Dividenden-Konto:		
fällig innerhalb 1 Monats			noch nicht erhobene Divi- dende pro 1927/29 .....	295,—	
und später .....	21 028 664,10	62 012 730,06	ausgeschüttete Dividende pro 1930 .....	200 000,—	200 295,—
Bankgebäude .....		600 000,—	Gewinnvortrag .....		153 539,08
Inventar .....		1,—			
		91 430 270,02			91 430 270,02

## Aktiebolaget KREUGER & TOLL, Stockholm

Hierdurch wird bekanntgegeben, daß ab 1. Juli 1931  
auf den Kupon Nr. 5 der Participating Debentures Aktie-  
bolaget Kreuger & Toll

30 % Zinsen für 1930 (5 % fest und 25 % Zusatz-  
verzinsung)'

zur Auszahlung gelangen, und zwar

in Berlin:

bei der **Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft**,  
bei der **Berliner Handels-Gesellschaft**,  
bei der **Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft**,  
bei der **Darmstädter und Nationalbank Kommandit-  
gesellschaft auf Aktien**,  
bei der **Deutschen Unionbank Aktiengesellschaft**,  
bei der **Dresdner Bank**,  
bei dem **Bankhaus Mendelssohn & Co.**,  
bei der **Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft**,

bei der **Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft  
auf Aktien**;

in Frankfurt a. M.:

bei den **Frankfurter Niederlassungen der obigen  
Banken**;

in Hamburg:

bei dem **Bankhaus L. Behrens & Söhne**,  
bei dem **Bankhaus Simon Hirschland**,  
bei dem **Bankhaus M. M. Warburg & Co.**,  
sowie bei den **Hamburger Niederlassungen der obigen  
Banken**;

in Köln:

bei dem **Bankhaus A. Levy**,  
sowie bei den **Kölner Niederlassungen der obigen  
Banken**.

Die Umrechnung in Reichsmark erfolgt unter Zu-  
grundelegung des jeweiligen Tageskurses für Auszah-  
lung Stockholm.

In unserer Schriftenfolge erschien:

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 1*

## Deutschlands Reparationslast

Ein Vergleich zwischen Dawes-Plan und Young-Plan

M. J. Bonn: Die Bestimmungen des Neuen Plans

Ministerialrat Dr. Fritz Soltau: Der Wohlstandsindex — die Bedeutung seines Fortfalls  
Annuitäten und Kapitalwert auf Grund des Dawes-Plans und des Young-Plans

Umfang 100 Seiten / Preis kartoniert 3,60 RM

---

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 2*

## Ist Arbeitslosigkeit unvermeidlich?

Von Prof. Dr. L. Albert Hahn, Frankfurt a. M.

Umfang 56 Seiten / Preis kartoniert 2,40 RM

---

*Die Schriften des Magazins der Wirtschaft / 3*

## Die Schäden der deutschen Milchwirtschaft

Von Prof. Dr. Karl Brandt,

Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Berlin

Umfang 52 Seiten / Preis kartoniert 1,60 RM

---

\*

Magazin der Wirtschaft Verlagsgesellschaft mbH

Berlin W 62 / Kurfürstenstraße 131 / Postscheckkonto: Berlin 149 296



# DRESDNER BANK

DIREKTION BERLIN W 56

EIGENKAPITAL RM 134000000

GENOSSENSCHAFTS- ABTEILUNGEN

IN BERLIN UND FRANKFURT A. M.

ZENTRALKREDITINSTITUT DER GENOSSENSCHAFTLICHEN VOLKSBANKEN



## Deutscher Herold

Volks- und Lebensversicherungs-AG.



### Bilanz für den 31. Dezember 1930

#### AKTIVA

I. Forderungen an die Aktionäre für noch nicht eingezahltes Aktienkapital . . . . .	RM	1 500 000,—
II. Grundbesitz . . . . .	RM	10 396 000,—
III. Hypotheken und Grundschuldforderungen . . . . .	RM	24 576 754,70
IV. Schuldscheinforderungen gegen öffentliche Körperschaften . . . . .	RM	8 073 069,98
V. Wertpapiere . . . . .	RM	9 938 335,—
VI. Darlehen auf Wertpapiere . . . . .	RM	—
VII. Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine . . . . .	RM	828 859,37
VIII. Beteiligungen an anderen Unternehmungen . . . . .	RM	68 000,—
IX. Kurzfristige verbriefte Forderungen im Sinne des § 39 Ziffer 5 VAG. . . . .	RM	39 044,84
X. Guthaben bei Bankhäusern, Sparkassen usw. . . . .	RM	1 655 898,82
XI. Gestundete Prämien . . . . .	RM	2 726 142,92
XII. Rückständige Zinsen und Mieten . . . . .	RM	314 972,12
XIII. Außenstände bei Generalagenten und Agenten . . . . .		
1. aus dem Geschäftsjahre . . . . .	RM	2 793 999,33
2. aus früheren Jahren . . . . .	RM	87 052,86
	RM	2 881 052,19
XIV. Kassenbestand einschließlich Postscheckguthaben . . . . .	RM	93 670,63
XV. Inventar . . . . .	RM	667 900,—
XVI. Sonstige Aktiva . . . . .	RM	808 780,72
	Gesamtbetrag	RM 64 566 481,29

#### PASSIVA

I. Aktienkapital . . . . .	RM	2 000 000,—
II. Reservefonds (§ 262 HGB., § 37 VAG.) . . . . .	RM	200 000,—
III. Prämienreserven . . . . .	RM	38 571 142,09
IV. Prämienüberträge . . . . .	RM	2 676 649,10
V. Reserven für schwebende Versicherungsfälle . . . . .	RM	229 032,22
VI. Gewinnreserven der mit Gewinnanteil Versicherten . . . . .	RM	3 222 117,45
VII. Rücklage für Verwaltungskosten . . . . .	RM	516 192,59
VIII. Sonstige Reserven und Rücklagen . . . . .	RM	818 539,63
IX. Guthaben anderer Versicherungsunternehmen aus dem laufenden Rückversicherungsverkehr . . . . .	RM	342 196,89
X. Barkautionen . . . . .	RM	111 346,02
XI. Sonstige Passiva, und zwar . . . . .		
1. Gutgeschriebene Gewinnanteile der Versicherten . . . . .	RM	8 070 863,19
2. Vorausbezahlte Zinsen und Mieten . . . . .	RM	633 541,22
3. Prämiendepot . . . . .	RM	860,62
4. Nicht abgehobene Aktionärsdividenden . . . . .	RM	252,—
5. Hypotheken auf eigenen Grundstücken . . . . .	RM	32 756,18
6. Verschiedene Gläubiger . . . . .	RM	3 355 220,72
	RM	12 093 493,93
XII. Gewinn . . . . .	RM	3 785 771,57
	Gesamtbetrag	RM 64 566 481,29

#### VERWENDUNG DES ÜBERSCHUSSES

I. An die Aktionäre . . . . .	RM	35 000,—
II. Tantieme an den Aufsichtsrat . . . . .	RM	75 315,43
III. An die Gewinnreserve der Versicherten . . . . .	RM	3 625 456,14
IV. An die „Wohlfahrtskasse des Deutschen Herold e. V.“ . . . . .	RM	50 000,—
	RM	3 785 771,57